

Jahresbericht 2013



Schwerpunktthemen

Modell für die Zukunft: die „Handelskammer Bremen - IHK für Bremen und Bremerhaven“
Bildung und Migration: Potenziale und Chancen für den Wirtschaftsstandort
Vorschläge der Bremer Wirtschaft zur föderalen Finanzreform 2020
Offshore-Windenergie - Klimastadt Bremerhaven



HK Handelskammer
Bremen



IHK Industrie- und Handelskammer
Bremerhaven

Inhalt

Vorwort 3

Konjunkturbericht Weltwirtschaft, Bremen, Prognose 4

**Schwerpunktthemen
Bremen_Bremerhaven** Modell für die Zukunft: die „Handelskammer Bremen
– IHK für Bremen und Bremerhaven“ 6
Bildung und Migration: Potenziale und Chancen für
den Wirtschaftsstandort 9
Vorschläge der Bremer Wirtschaft zur
föderalen Finanzreform 2020 12
Offshore-Windenergie – Klimastadt Bremerhaven 15

**Leistungsbilanzen
Bremen_Bremerhaven** Standortpolitik, Häfen, Verkehr 18
Industrie, Innovation, Umwelt 26
Aus- und Weiterbildung 29
International 33
Starthilfe und Unternehmensförderung 38
Einzelhandel, Tourismus, Recht 40
Public Relations 45
Service 48
Juniorenkreise 49

**Ehrenamt,
Geschäftsbereiche,
Stellungnahmen** Das Ehrenamt in Bremen 50
Ausschüsse und Kommissionen
der Handelskammer Bremen 51
Geschäftsbereiche Bremen 51
Das Ehrenamt in Bremerhaven 52
Ausschüsse und Arbeitskreise der
IHK Bremerhaven 52
Geschäftsbereiche Bremerhaven 52
Ausgewählte Stellungnahmen 53

Impressum 55

Titelbild Schütting-Projektion, Rotorblätter,
Jacobs University

Vorwort

2013 ist für die Geschichte des bremischen Kammerwesens ein ganz besonderes Jahr. Das Plenum der Handelskammer Bremen und die Vollversammlung der Industrie- und Handelskammer (IHK) Bremerhaven haben am 21. August beschlossen, mit Wirkung zum 1. Januar 2016 eine gemeinsame Kammer zu bilden. Künftig wird die „Handelskammer Bremen – IHK für Bremen und Bremerhaven“ die Stimme der Wirtschaft im Land Bremen sein. Sie gewinnt damit an Überzeugungskraft im politischen Dialog und an Attraktivität als Dienstleisterin für die Unternehmen. Mit ihrem gebündelten Know-how wird sie landesweit die großen Zukunftsthemen mitgestalten können.

Eines dieser Zukunftsthemen ist die Bildungspolitik. Sie betrifft beide Städte gleichermaßen. Die Handelskammer Bremen und die IHK Bremerhaven engagieren sich seit vielen Jahren für eine bessere Aus- und Weiterbildung und eine höhere Schulqualität. Die Sicherung des Fachkräftenachwuchses ist für einen Wirtschaftsstandort essentiell. Dabei richten wir unser Augenmerk nicht nur auf die schulische und betriebliche Ausbildung. Wir müssen auch die großen Potenziale ausschöpfen, die Jugendliche mit ausländischen Wurzeln für unseren Standort bieten. Bremen ist ein weltoffener und internationaler Handelsstandort. Er muss alles dafür tun, möglichst viele Jugendliche, die Verständnis für mehrere Kulturen haben, gut zu integrieren.

Ein zweites großes Thema, mit dem sich die Kammern sehr intensiv befassen, ist die anstehende Föderalismusreform. Dazu haben wir in enger Abstimmung mit der Handelskammer Hamburg eine eigene, wissenschaftlich fundierte Position erarbeitet. Das bestehende Bund-Länder-Finanzsystem muss ab 2020 – nicht nur in bremischem Interesse – so gestaltet sein, dass es das Wachstum der Länder stärkt und dass sich dieses durch die daraus resultierende zusätzliche Steuerkraft jedes einzelne Bundesland auch lohnt.



(v.l.) Dr. Matthias Fonger, Christoph Weiss, Ingo Kramer, Michael Stark

Bremen und Bremerhaven bekommen eine gemeinsame, starke und durchsetzungsfähige Kammer. Dass uns dieser Zusammenschluss gelungen ist, kann auch Vorbild sein für die Politik. Das Bundesland Bremen braucht dringend strukturelle Reformen – Reformen, die helfen, die öffentlichen Haushalte zu konsolidieren, den Wirtschaftsstandort weiter zu stärken, und damit die Zukunftsfähigkeit und die Selbstständigkeit unseres Bundeslands zu sichern.

Christoph Weiss Präses

Ingo Kramer Präsident

Dr. Matthias Fonger Hauptgeschäftsführer, I. Syndicus

Michael Stark Hauptgeschäftsführer

Konjunkturbericht 2013

Die Rückkehr zur Normalität

➔ Die Weltwirtschaft hat im Verlauf des Jahres 2013 die konjunkturelle Schwächephase langsam überwunden. Dank eines guten zweiten Halbjahrs konnte das Wachstumstempo des Vorjahres mit einer Rate von knapp mehr als zwei Prozent weitgehend gehalten werden. Auch der Weltmarkt hat sich sukzessive erholt. Auf Jahressicht ist ein Zuwachs von gut zwei Prozent möglich.

Das hohe Expansionstempo in den Schwellenländern hat nachgelassen. Gerade die BRICS-Nationen mussten ihre Wachstumsmodelle überdenken und Reformen anpacken. China steckt bereits mitten in diesen Reformprozessen. Indien und Brasilien sind zumindest bemüht, ihre Standortbedingungen zu verbessern, bleiben bei den wirtschaftspolitischen Reformen aber hinter den Erfordernissen zurück.

Die Vereinigten Staaten sind vor allem im Hinblick auf Energiekosten attraktiver geworden. Sie nutzen zunehmend die Chancen, die aus der Stärkung der industriellen Basis hervorgehen, und verzeichnen insgesamt ein moderates Wachstum. Auch der Arbeitsmarkt erholt sich weiter, zu guten Teilen auch infolge des Niedriglohnbereiches. Zugleich ist aber das Staatsdefizit weiter erheblich gestiegen.

Das nach Premierminister Shinzo Abe getaufte neue japanische Wirtschaftspolitik-Paradigma Abenomics hat noch nicht die erhofften nachhaltigen Effekte auf die Volkswirtschaft entfaltet. Wichtige Strukturereformen sind ausgeblieben.

Die europäischen Volkswirtschaften sind gerade erst aus dem Größten herausgekommen. Zwar haben viele Länder ihre Haushalte bereits ordentlich konsolidieren können, doch bleibt bei der Öffnung von Märkten, den notwendigen Reformen der Arbeitsmärkte und dem Abbau von bürokratischen Hürden noch einiges zu tun. Die ersten Monate des Jahres waren schwierig, so dass das BIP auf Jahressicht noch kein Plus schreiben wird. Vor allem Griechenlands, Italiens, Portugals und Spaniens Wirtschaft sowie die Wirtschaft der Niederlande sind 2013 geschrumpft. Zuwächse gab es dagegen in England, Frankreich, Österreich und der Schweiz sowie in den skandinavischen Staaten.

Die deutsche Konjunktur erholte sich nach einem schwachen ersten Halbjahr und schloss dieses mit einem Zuwachs der Wirtschaftsleistung von 0,3 Prozent ab. Vor allem die Inlandsnachfrage erwies sich als Stütze. Rund 250.000 zusätzliche Arbeitsplätze und steigende Einkommen bildeten mit nur leicht steigenden Verbraucherpreisen ein gutes Konsumumfeld. Der Export in die EU entwickelte sich rückläufig. Schwächere Zuwachsraten als in den Vorjahren wies das Auslandsgeschäft mit den Emerging Markets auf, so dass im Gesamtdurchschnitt nur ein marginaler Zuwachs von 0,2 Prozent zu Buche steht.

Bremen: Industrie bremst BIP-Anstieg

Bremen ist in der ersten Jahreshälfte 2013 konjunkturell nicht vorangekommen, hat aber im weiteren Jahresverlauf Boden gemacht und seine Wirtschaftsleistung ausgeweitet. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten stieg weiter.

Die gute Beschäftigungsentwicklung schlug sich aber nicht vollständig in sinkenden Arbeitslosenzahlen nieder, weil die Neueinstellungen häufig aus der Arbeitsmarktreserve getätigt wurden bzw. vor allem Zuwanderer und Pendler davon profitierten.

Stockend verlief die Konjunktur in der Industrie. Insbesondere aufgrund nachlassender Impulse aus der Eurozone schloss diese das Jahr mit einem Umsatzrückgang ab. Sinkende Umsatzerlöse verzeichneten Teile des Ernährungsgewerbes, der Fahrzeugbau, die Hersteller von Gummi- und Kunststoffwaren und die Branchen Glas, Keramik und Verarbeitung von Steinen und Erden. Etwa auf Vorjahresniveau hielten sich die Umsätze in der Fischverarbeitung, der chemischen Industrie sowie im Textil- und Bekleidungsindustrie. Aufwärtsgerichtet war der Trend dagegen im Maschinenbau, bei den Herstellern von Backwaren sowie in Teilen der Elektroindustrie. Kräftige Zuwächse erzielten insbesondere die Hersteller von Metallerzeugnissen. Die Beschäftigtenbilanz war insgesamt ausgeglichen.

Die Baubranche verzeichnete nach einem frostigen Jahresanfang eine befriedigende Entwicklung. Das niedrige Zinsniveau und energetische Sanierungsmaßnahmen sorgten weiter für Impulse. Freundlich verlief die Geschäftsentwicklung in der Grundstücks- und Wohnungswirtschaft.

Im Dienstleistungssektor lag das Expansionstempo weiter im Plus. Allgemein freundlich entwickelte sich das Geschäftsklima der unternehmensbezogenen Dienste, so zum Beispiel in der Medien- und IT-Wirtschaft. Der Bremen-Tourismus ver-



Die Weltkonjunktur zieht an, die maritime Wirtschaft ist wieder zuversichtlicher geworden.

buchte eine positive Entwicklung. Sowohl der innerdeutsche Tourismus als auch die Anreise von Auslandsgästen trugen zu einem Anstieg bei, der die Konjunktur der Hoteliers stützte. Die Gastronomie zeigte sich angesichts eines anhaltenden Kostendrucks dagegen weiter skeptisch. Die Kreditwirtschaft vermeldete ebenfalls einen rückläufigen Geschäftstrend. Für Belastungen sorgten die niedrige Zinsmarge und die stockende Nachfrage nach Investitionsfinanzierungen.

Ein heterogenes Bild gab die Hafен- und Logistikwirtschaft: Nach einer rückläufigen Entwicklung in den ersten neun Monaten des Jahres (-7,3 Prozent) haben die bremischen Häfen im Jahresverlauf mehr Geschäft gemacht, schlossen das Jahr aber noch im Minus ab. Der Containerbereich reduzierte sich im kleinen einstelligen Prozentbereich. Der Automobilumschlag hat das Vorjahresergebnis von knapp 2,2 Millionen Fahrzeugen annähernd gehalten. Umschlag- und Lagereibetriebe sowie das Speditionsgewerbe wiesen insgesamt ein verbessertes Geschäftsklima auf. Die Seeschifffahrt wird dagegen das Konjunkturtal frühestens 2014 verlassen. Insgesamt hat die anziehende Weltkonjunktur im Jahresverlauf die Geschäftsprognosen der ma-

ritimen Wirtschaft für 2014 deutlich zuversichtlicher ausfallen lassen.

Der stationäre Einzelhandel erholte sich insgesamt nur leicht. Steigende Beschäftigung und höhere Einkommen eröffneten den Verbrauchern zwar zusätzliche Spielräume, doch davon hat vor allem der Dienstleistungskonsum profitiert. Zudem setzt der Internethandel dem klassischen Einzelhandel stärker zu. Im Groß- und Außenhandel zeigte der Geschäftstrend nach oben. Das Geschäftsklima fiel dabei im Binnengroßhandel besser als im Import- und Exporthandel aus, dem erst im späteren Jahresverlauf die einsetzende weltweite Konjunkturerholung zugute kam.

Prognose und Aufgaben für das Jahr 2014

Die Aussichten für die Weltwirtschaft haben sich sukzessive verbessert: 2014 wird die EU der Weltwirtschaft wieder Impulse verleihen. Hinzu kommt ein höheres Wachstumstempo in den USA. Auch in den Schwellenländern dürfte das Geschäft besser als zuvor verlaufen. Nach dem mühsamen Aufholprozess im vergangenen Jahr wird die deutsche Konjunktur daher 2014 zügiger wachsen. Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) erwartet einen Anstieg des Wachstums auf 1,7 Prozent. Insbesondere die Investitionstätigkeit könnte die Wirtschaft wieder beleben.

Aber auch der Konsum wird zum Wachstum beitragen, sofern die Rahmenbedingungen dies ermöglichen.

Eine große Bedeutung kommt der Wirtschafts- und Finanzpolitik der neuen Bundesregierung zu. Mit den wachstumsbedingt steigenden Staatseinnahmen können unter Verzicht auf neue Schulden und Steuererhöhungen wichtige Zukunftsaufgaben finanziert und die Investitionsbedingungen am Standort Deutschland nachhaltig verbessert werden.

Ganz oben auf der To-do-Liste steht die Verkehrsinfrastruktur. Allein der Sanierungsstau bei Straßen, Schienen und Wasserwegen des Bundes für die nächsten 15 Jahre beläuft sich inzwischen auf 45 Milliarden Euro. Zudem stehen Aus- und Neubaumaßnahmen in Höhe von 89 Milliarden Euro an. Mehr Investitionen und weniger Staatskonsum muss daher das Leitmotiv der Politik in den kommenden Jahren sein – im Bund wie in Bremen. ←

Modell für die Zukunft: die „Handelskammer Bremen – IHK für Bremen und Bremerhaven“

➔ Das ist zukunftsweisend: Die Wirtschaft in Bremen und Bremerhaven spricht künftig mit einer Stimme. Auch bundesweit stellt der Zusammenschluss zweier Kammern nach nur 18 Monaten Vorbereitungszeit ein Novum dar. In parallelen Sitzungen in Bremen und Bremerhaven haben das Plenum der Handelskammer Bremen und die Vollversammlung der Industrie- und Handelskammer (IHK) Bremerhaven am 21. August 2013 die Bildung einer gemeinsamen Kammer für Bremen und Bremerhaven beschlossen. Die höchsten ehrenamtlichen Gremien beider Häuser haben einem entsprechenden Vertrag über den Zusammenschluss sowie einer gemeinsamen Satzung zugestimmt.

Wenige Tage zuvor haben sie in zwei ebenfalls getrennten Sitzungen die vertraglichen und finanziellen Details des vorgesehenen Zusammenschlusses intensiv und offen diskutiert. In Bremen fiel der Beschluss anschließend einstimmig, in Bremerhaven haben von 25 stimmberechtigten Vollversammlungsmitgliedern 19 zugestimmt. IHK-Präsident Ingo Kramer hatte sich – über die rechtliche Notwendigkeit hinaus – zum Ziel gesetzt, eine Zwei-Drittel-Mehrheit zu erreichen. Das ist am 21. August mit einer Dreiviertel-Mehrheit mehr als gelungen.

Solide Grundlage

Die ersten Gespräche fanden auf Basis von Plenar- bzw. Vollversammlungsbeschlüssen beider Kammern ab Mai 2012 in einem Verhandlungsteam statt, dem die beiden Präsidenten Otto Lamotte und Ingo Kramer sowie die Hauptgeschäftsführer Dr. Matthias Fonger (Bremen) und Michael Stark (Bremerhaven) angehörten und zu dem später der heutige Handelskammer-Präsident Christoph Weiss hinzu kam. Im weiteren Verlauf der Verhandlungen – in Bremerhaven wurde zusätzlich ein eigener Vorbereitungsausschuss aus dem Ehrenamt eingerichtet – konnten am 4. Oktober 2012 in Bremerhaven und am 12. November 2012 in Bremen erste grundlegende Positionen zur Fortsetzung der weiteren Gespräche beschlossen werden. In parallel stattfindenden Sitzungen hatten das Plenum der Handelskammer Bremen und die Vollversammlung der IHK Bremerhaven sodann am 6. Februar 2013 einem differenzierten Eckpunktepapier für einen Zusammenschluss sowie einem gemeinsamen Zeitplan für die weitere Umsetzung der Fusion zugestimmt.

Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz (7. Februar 2013) erklärten die Präsidenten beider Kammern, dass mit den grundlegenden Positionen der entscheidende Schritt getan worden sei, um die Standortinteressen der Wirtschaft in Bremen und Bremerhaven in einer gemeinsamen Kammer kraftvoller und effizienter wahrzunehmen. Für zusätzliche Projekte

und Initiativen würden so mehr Kräfte frei; die fachliche Dienstleistungsqualität an beiden Standorten werde gestärkt. Nach dem Beschluss vom 21. August 2013 betonten die beiden Präsidenten, der Zusammenschluss sei ein regional wie überregional historischer Schritt, der der Wirtschaft im Land Bremen eine stärkere Stimme in Bremen, in der Metropolregion und im Bund verleihen werde. Mit der Zustimmung in Plenum und Vollversammlung, so sagten Präsident Weiss und Präsident Kramer bei einer Pressekonferenz am 22. August 2013, sei „der Weg frei für eine starke wirtschaftliche Selbstverwaltung für das gesamte Bundesland Bremen. Wir sind fest davon überzeugt, dass die gebündelten Kräfte beider Städten gleichermaßen zugutekommen werden. Bei den Unternehmerinnen und Unternehmern in unserem Land besteht Einigkeit darüber, dass wir uns geeint und gestärkt für eine prosperierende Wirtschaftsregion einsetzen werden.“

Gewinner in beiden Städten

Beide Kammern seien Gewinner, weil die ab 2016 gebündelten Kräfte beider Städten gleichermaßen zugutekommen werden. Dass sich die bremische Wirtschaft nach fast 150 Jahren (die IHK Bremerhaven wurde 1867 gegründet) einer getrennten Wirtschaftspolitik einheitlich organisiere, sei auch als ein deutliches Zeichen an die Politik zu verstehen und könne ein Vorbild sein für mehr gemeinsame Aktivitäten.



Eine historische Stunde im Haus Schütting: (v.l.) Dr. Matthias Fonger, Christoph Weiss, Ingo Kramer, Otto Lamotte und Michael Stark präsentieren das neue Logo der gemeinsamen Kammer für Bremen und Bremerhaven.

Die Einigung sei auch deswegen so rekordverdächtig rasch verlaufen, weil beide Häuser schon seit dem Jahr 2001 auf Basis einer Kooperationsvereinbarung in vielen Bereichen zusammenarbeiteten. So müssten sie nun bei der Vorbereitung für den Zusammenschluss nicht bei Null beginnen.

Auf den Beschluss zu den grundlegenden Positionen wurden seit Februar 2013 die Inhalte eines Zusammenführungsvertrages sowie die Satzung der neuen Kammer zwischen beiden Häusern abgestimmt. Diese wurden rechtlich durch das Institut für Kammerrecht in Halle gutachterlich geprüft. Parallel haben zwei unabhängige Wirtschaftsprüfungsgesellschaften aus Bremen und Bremerhaven mögliche finanzielle Risiken und bilanzielle Fragen geprüft und einen gemeinsamen Bericht vorgelegt. Die Vertrags- und Satzungstexte wurden zudem rechtlich durch den Deutschen Industrie- und Handelskammertag (DIHK) geprüft. Dieses Vorgehen stellte einen Zusammenschluss sicher, „der den Unternehmerinnen und Unternehmern in Bremen und Bremerhaven die Sicherheit bietet, eine leistungsstarke Kammer ohne zusätzliche Kostenbelastungen in Bremen und bei Kostensenkungen in Bremerhaven zu bekommen“, betonten die beiden Kammer-Präsidenten.

Die ab 1. Januar 2016 bestehende neue Kammer wird den Namen „Handelskammer Bremen – IHK für Bremen und Bremerhaven“ tragen und in ihrem Logo das

Wappen mit dem doppelköpfigen Adler und IHK führen. Sie wird das gesamte Gebiet des Landes Bremen umfassen. Fest vereinbart ist, dass die neue Handelskammer als Rechtsnachfolgerin alle Dienst- und Arbeitsverträge der beiden bisherigen Kammern übernimmt.

Gemeinsames Ehrenamt

Das erste Plenum der neuen Kammer wird im Herbst 2015 noch formal getrennt in den beiden Kammerbezirken in Bremen und Bremerhaven gewählt. Es wird aus bis zu 60 Mitgliedern bestehen, 52 davon werden unmittelbar von den Kammerzugehörigen gewählt – 40 Mitglieder für den Wahlbezirk Bremen und 12 für den Wahlbezirk Bremerhaven. Ferner kann das neue Plenum bis zu acht Mitglieder kooptieren. Dem ersten Plenum der neuen Kammer werden 20 Mitglieder des derzeitigen Handelskammer-Plenums angehören, die bis zum 31. Dezember 2018 gewählt sind. Das neue Plenum wird in seiner ersten Sitzung Präses, Präsidium und Ausschussmitglieder wählen. Hier, wie auch schon im vorangegangenen Diskussionsprozess, werden alle Beteiligten darauf achten, dass es um ein Miteinander im Interesse der gemeinsamen Themen geht.

Im Vertrag über das Zusammengehen ist festgehalten, dass die neue Handelskammer dauerhaft Standorte in Bremen und Bremerhaven unterhält, wobei der Sitz der Hauptgeschäftsführung in Bremen ist. Der Hauptgeschäftsführer der Handels-

kammer Bremen wird Hauptgeschäftsführer der neuen gemeinsamen Kammer. Es wird sichergestellt, dass an beiden Standorten kompetente Ansprechpartner auf Führungsebene für die Unternehmen zur Verfügung stehen. Alle notwendigen Dienstleistungen zur Betreuung der Mitglieder werden an beiden Standorten vorgehalten, einschließlich der notwendigen Räumlichkeiten für Sitzungen, Schulungen, Prüfungen, Kontaktpflege und öffentliche Veranstaltungen. Nach dem Vorbild des Unternehmensservices Bremen soll es mittelfristig auch in Bremerhaven eine zentrale Anlaufstelle geben, wo Unternehmerinnen und Unternehmer eine Beratung zu allen Fragen der Betriebswirtschaft und Wirtschaftsförderung aus einer Hand erhalten.

Das Plenum in Bremen und die Vollversammlung in Bremerhaven haben sich im August 2013 mit ihrer Zustimmung zum Zusammenführungsvertrag auch darauf verständigt, dass für die Wirtschaft in Bremen und Bremerhaven durch die Fusion die Kosten nicht steigen dürfen, „sondern im Gegenteil durch die Nutzung von Synergien ein verbessertes Preis-Leistungsverhältnis erreicht werden soll“, wie es im Vertrag heißt. Präses Weiss und Präsident Kramer sagten bei der Pressekonferenz: „Wir haben unsere Gespräche in den zurückliegenden Monaten im gegenseitigen Vertrauen und mit partnerschaftlicher Fair-



Vertragsunterzeichnung im Haus Schütting: (v.l.) Hauptgeschäftsführer Dr. Matthias Fonger, Präses Christoph Weiss, Präsident Ingo Kramer und Hauptgeschäftsführer Michael Stark

ness geführt. Das war uns von Anfang an wichtig, weil es um ein übergreifendes Ziel geht: um die gemeinsamen Entwicklungsinteressen der Wirtschaft in unserem Bundesland und eine größere Durchsetzungsfähigkeit gegenüber der Landespolitik in Bremen und in der Metropolregion Nordwest.“

Zur weiteren Umsetzung des Zusammenschlusses als Neugründung, insbesondere zur notwendigen Änderung des Bremischen IHK-Gesetzes, haben die beiden Kammern inzwischen mit dem Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen als zuständige Rechtsaufsichtsbehörde Kontakt aufge-

nommen. Ziel ist es, die gemeinsame Handelskammer zeitnah auch durch die Bremische Bürgerschaft beschließen zu lassen. In den beiden Übergangsjahren 2014 und 2015 wird Schritt für Schritt die operative Zusammenführung der Kammern und ihrer Geschäftsbereiche vorbereitet. ◀

Leitende Motive für den Zusammenschluss

➔ Die Gespräche zum Zusammengehen beider Kammern basierten auf sachlich-strategischen Überlegungen, die das Ziel hatten, die Stimme der Wirtschaft im Land Bremen zu stärken, die Durchsetzungsfähigkeit gegenüber der Landespolitik zu erhöhen und die positive Entwicklung des Landes Bremen als wirtschaftsstarkes Oberzentrum in der Metropolregion Nordwest zu festigen.

Die für die Wirtschaft wichtigen Themen werden immer seltener auf kommunaler Ebene behandelt, sondern haben landesweite, regionale und nationale – häufig auch europäische – Dimensionen. Darauf müssen die Kammern reagieren und ihr politisches Gewicht durch die Bündelung ihrer Kräfte erhöhen. Eine solche Bündelung bringt die Wirtschaft im gesamten Land Bremen voran und erhöht zugleich die Servicequalität der Kammern für jedes einzelne Unternehmen.

Diese sieben generellen Aspekte waren für den Einigungsprozess leitend:

Mehr Durchsetzungskraft Das Zusammengehen der Handelskammer Bremen und der IHK Bremerhaven ist ein entscheidender Schritt, um die Standortinteressen der Wirtschaft in Bremen und Bremerhaven effizienter wahrnehmen zu können – als gemeinsame Landeskammer, die gegenüber der Landes-, Bundes- und Europapolitik in den großen Wirtschafts- und Infrastrukturthemen eine größere Durchsetzungskraft hat. Angesichts der komplexer werdenden Herausforderungen, die auf die

Kammern zukommen, ist eine Kammer für das gesamte Bundesland in Expertise und Vernetzung leistungsfähiger. Auch im Deutschen Industrie- und Handelskammertag (DIHK) kann Bremen so als stärkerer Partner mitwirken. Dies gilt auch für die Interessen und Aktivitäten der Bremer und Bremerhavener Wirtschaft in der Metropolregion Nordwest sowie im gesamten nordwestdeutschen Raum.

Optimales Preis-Leistungsverhältnis Das Zusammengehen beider Kammern bedeutet: mehr Service für weniger Geld. Für die Wirtschaft im Land wird das Preis-Leistungsverhältnis optimiert. Das Dienstleistungsangebot für die Betriebe in Bremen und Bremerhaven kann in einer gemeinsamen Kammer bei gleicher oder geringerer Kostenstruktur erhöht werden. Angebote wie die des Unternehmensservices Bremen, der im Sinne einer One-Stop-Agency unbürokratisch in allen Wirtschafts-, Förderungs- und Verwaltungsfragen weiterhilft, sind für alle Unternehmer im Land Bremen vorteilhaft. Das Serviceniveau wird in einer gemeinsamen Kammer mit zwei Dienstleistungsstandorten in Bremen und Bremerhaven nicht nur gehalten, sondern spürbar erweitert.

Synergieeffekte nutzen Das Zusammengehen beider Häuser führt zum Abbau von Doppelstrukturen. Dies betrifft insbesondere die interne Verwaltung. In einer gemeinsamen Kammer können Abläufe bei einer insgesamt effizienteren Fixkostenstruktur verschlankt werden. Dies schafft Freiräume für die originären Dienstleistungen der Mitgliedervertretung und spart Ausgaben.

Mehr Projekte und Initiativen Der Zusammenschluss schafft Freiräume für zusätzliche Projekte und neue Initiativen. Themen wie beispielsweise eine prosperierende maritime Wirtschaft, die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Hafen-, Industrie- und Energiestandortes Bremen/Bremerhaven oder die Entwicklung des Tourismus können so intensiver bearbeitet werden.

Gemeinsame Stimme Die Positionen in den großen Wirtschaftsthemen lassen sich in einer gemeinsamen Kammer schneller abstimmen. Beschlüsse aus einem gemeinsamen Gremium für die Städte Bremen und Bremerhaven lassen sich zügiger und effektiver umsetzen.

Zusätzliches Know-how Das Zusammengehen beider Häuser wird zusätzliches Know-how bringen. In einer gemeinsamen Kammer kann die fachliche Dienstleistungsqualität durch eine weitergehende Spezialisierung in beiden Standorten erheblich gesteigert werden.

Fortsetzung der hanseatischen Tradition Die Handelskammer Bremen und die IHK Bremerhaven blicken auf eine lange Tradition der wirtschaftlichen Selbstverwaltung zurück. Ein wichtiger Teil dieser Tradition war es immer, gemeinsam für die Entwicklung der Wirtschaft in Bremen und in Bremerhaven einzutreten. Diese Tradition wird durch einen Zusammenschluss beider Kammern ganz in hanseatischem Sinne fortgeführt. ◀

Bildung und Migration: Potenziale und Chancen für den Wirtschaftsstandort

➔ Deutschland wird auf Dauer ein Land mit einer sprachlich und kulturell plural zusammengesetzten Bevölkerung sein. Bremen steht damit vor ähnlich großen Aufgaben wie viele andere Großstädte in Deutschland. Der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund liegt in der Hansestadt bei mehr als 20 Prozent – also ist mehr als ein Fünftel der Bremer Bevölkerung aus dem Ausland zugezogen oder Mitglied einer Familie mit Migrationsbiographie. In einigen gesellschaftlichen Bereichen schafft das Probleme, andererseits liegt hier auch ein großes Potenzial, zukünftige Fachkräfte auszubilden und zu gewinnen.

Eine der großen Chancen des Landes Bremen liegt darin, in seine „Köpfe“ zu investieren. Eine wichtige Aufgabe wird daher sein, den vorhandenen Wissensschatz so umfassend wie möglich zu heben. Für einen Wirtschaftsstandort mit der höchsten industriellen Exportquote in Deutschland – aktuell gut 55 Prozent – ist es ein Vorteil, wenn er auf Menschen setzen kann, die in mehreren Sprachen und Kulturen zu Hause sind.

Chancen unterschiedlicher Kulturen nutzen

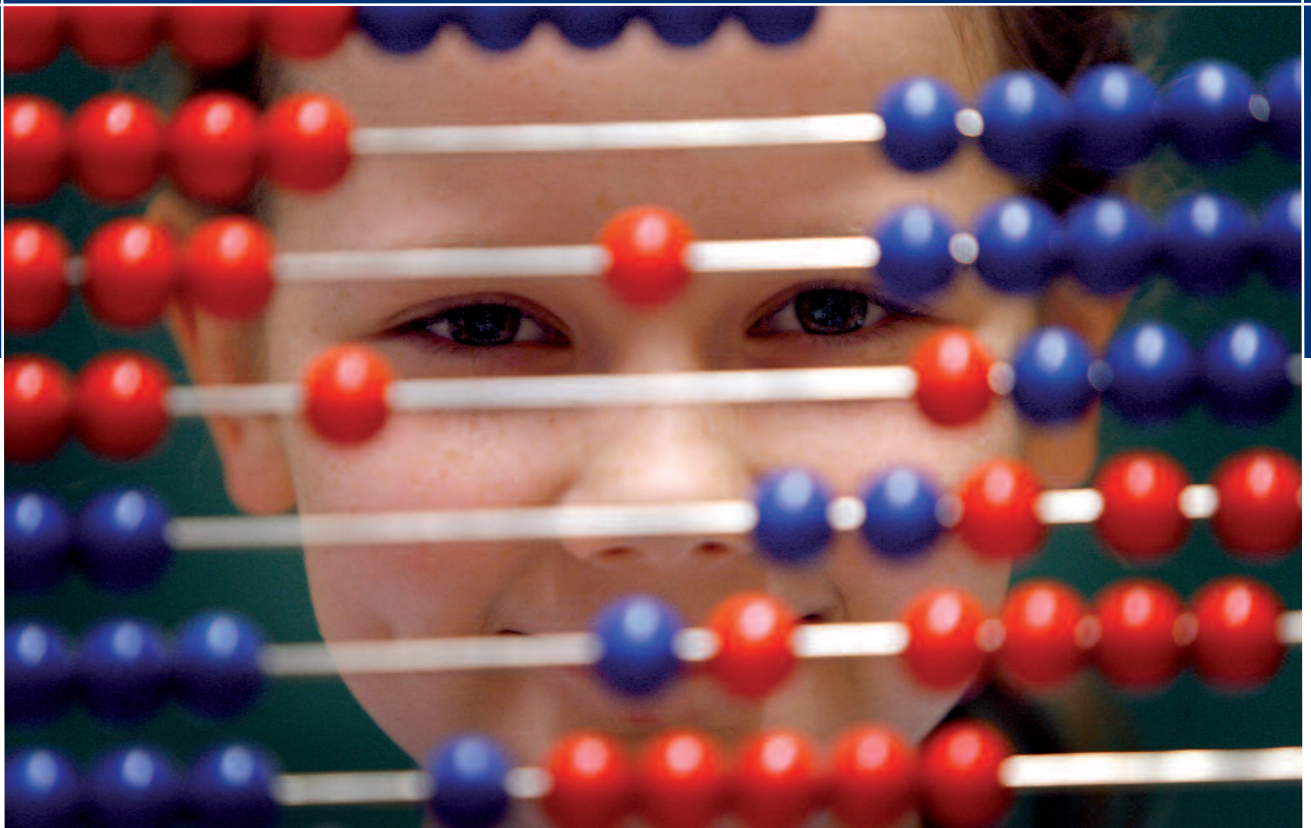
In den allgemein bildenden Schulen in Bremen liegt der Anteil der Schülerinnen und Schüler mit nicht-deutscher Muttersprache im Schuljahr 2013/14 bei etwa 38 Prozent. Kinder mit Migrationshintergrund machen an vielen Schulen mehr als 50 Prozent aus. Diese Entwicklung wird sich in den nächsten Jahrzehnten fortsetzen. Interkulturelle Kompetenz als Schlüsselqualifikation wird daher immer wichtiger.

Die Handelskammer Bremen hat im Februar 2013 das Positionspapier „Chancen ergreifen – für eine bessere Bildung“ vorgestellt. Darin schlägt sie Maßnahmen für eine qualitative Verbesserung des Unterrichts, für ein deutlich höheres Lernniveau und für mehr Integration vor. Denn in bundesweiten Vergleichsstudien schneiden Bremens allgemein bildende Schulen schlecht ab. Viele Unternehmen spüren die Konsequenzen. Einer wachsenden Zahl von Auszubildenden fehlen nicht nur fachliche, sondern auch soziale und sprachliche Kompetenzen.

Diese für den Wirtschaftsstandort negative bildungspolitische Entwicklung beschäftigt die Handelskammer seit langem. So hat sie schon 2008 in ihrer Initiative „Perspektive Bremen 2020“ eine Bildungspolitik als Schwerpunkt benannt, die Integration und Schulqualität priorisiert. Position der Kammer ist, dass Integration vor allem dann gelingen kann, wenn möglichst

alle Menschen ihre Potenziale entwickeln können. Noch ist die soziale Kopplung zwischen Elternhaus und Schulerfolg in Bremen wie in ganz Deutschland zu groß, wie beispielsweise der Ländervergleich des Instituts zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB) im Oktober 2013 gezeigt hat. Im Primarsektor belegte Bremen dort den letzten Platz im Bereich Lesen und den vorletzten Platz in Mathematik. Zusätzlich wurden deutliche Unterschiede (Disparitäten) zwischen Kindern aus zugewanderten Familien und Kindern ohne Zuwanderungshintergrund ermittelt. Um Bildungsbenachteiligung und damit Bildungsarmut entgegenzuwirken, muss Bildung schon frühzeitig verlässlich und qualitativ hochwertig angeboten werden.

Dies beginnt bereits im Vorschulbereich. Schon jetzt ist abzusehen, dass der Bedarf an Kinderbetreuungsplätzen weiter steigen wird. Deswegen müssen die entsprechenden Kapazitäten dringend ausgebaut werden. Auch in die Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher muss investiert werden, um nicht nur eine gute Betreuung zu gewährleisten, sondern auch ein auf frühkindliche Bedürfnisse zugeschnittenes Bildungsangebot zu schaffen. Denn dies ist Grundlage für erfolgreiche schulische Bildung. Ein wichtiger Aspekt ist zudem, dass allen Kinder schon in den Vorschulen und Kindergärten hinreichende Kenntnisse der deutschen Sprache vermittelt werden.



Großen Nachholbedarf gibt es im MINT-Bereich. In die Fächer Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik muss zukünftig viel mehr investiert werden.

Die Grundlagen für Bildung

Die Handelskammer erachtet einheitliche Sprachtests für alle Kinder zu Beginn des ersten Schuljahres als sinnvoll. Vorschulen und später Ganztagschulen mit zusätzlichem Förderunterricht helfen insbesondere Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund. Große Bedeutung hat die durchgängige integrierte Sprachförderung.

Die Grundlagen für Bildung werden nicht erst in der Schule gelegt. Es beginnt schon früher – im Kindergarten und in der Vorschule. Danach sind aber die Schulen mit einem Bildungsangebot gefragt, das motiviert und Fähigkeiten der Kinder optimal entwickelt. Dies gilt insbesondere für den MINT-Bereich. In die Fächern Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik muss zukünftig erheblich mehr investiert werden; Partner müssen in die Arbeit mit einbezogen werden. Die Handelskammer Bremen kooperiert daher mit der Bildungsbehörde und dem Projekt „Haus der kleinen Forscher“. Gemeinsam arbeitet sie an der Verbesserung der naturwissenschaftlich-technischen Bildung von Kindergartenkindern und Schülerinnen und Schülern. Die 13 am Projekt beteiligten Schulen fördern insbesondere auch das Interesse

von Mädchen an MINT-Themen. Denn viele Unternehmen machen hervorragende Erfahrungen mit jungen Frauen, die sich entschlossen haben, gewerblich-technische Berufe anzustreben.

Damit Schülerinnen und Schüler den Übergang von der allgemein bildenden Schule in den beruflichen Bereich problemfreier angehen können, muss die Berufsorientierung einen größeren Stellenwert erhalten. Hier setzt das Bremer Qualitätssiegel „Schule mit vorbildlicher Berufsorientierung“ an. Das ist ein Zertifikat für Schulen, die in vorbildlicher Weise ihre Schülerinnen und Schüler auf die Zukunft vorbereiten und ihnen den Übergang in Ausbildung, Studium oder weitere Bildungsgänge erleichtern.

Das Bremer Qualitätssiegel soll helfen, einen für die Zukunftsentwicklung richtungsweisenden Weg, nämlich die schulische Arbeit mit den Arbeitsprinzipien Transparenz, Kommunikation und Qualität weiter zu entwickeln. Das Siegel ist ein sichtbarer Ausweis für die Qualität schulischer Berufs- und Studienorientierung. Schulen, denen es zuerkannt wird, dürfen es drei Jahre lang führen. Damit ausgezeichnete Schulen sollen in diesem Sinne als gute Beispiele wirken. 2013 wurden 15 Schulen erneut zertifiziert. Erstmals hat die Oberschule an der Schaumburger Straße die Auszeichnung erhalten.

Land der Bildungsextrême

Bremen ist das Land der Bildungsextrême. Das hat die Vergleichsstudie „Bildungsmonitor 2013“ des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW) im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) ergeben, die im Herbst 2013 veröffentlicht wurde. Während die berufliche Bildung und der Bereich Hochschulausbildung hervorragend abgeschnitten haben, zeigen sich erhebliche Schwächen und Nachholbedarfe bei der Schulqualität und der Bekämpfung von Bildungsarmut an allgemein bildenden Schulen.

Die Handelskammer fordert, den Schulkonsens fortzuführen und keine weiteren parteipolitisch motivierten Strukturveränderungen vorzunehmen. An der Struktur aus Oberschulen und Gymnasien sowie den privaten Schulen als Wettbewerbsalternativen muss Bremen festhalten. Alle Energie ist in die qualitative Verbesserung der Arbeit im Unterricht und im direkten schulischen Umfeld zu setzen. Die Einführung eines verbindlichen Qualitätsmanagementsystems mit transparenter öffentlicher Darstellung der Leistungskennziffern bezogen auf alle Schulformen und die Bildungsverwaltung ist aus Sicht der Handelskammer dringend geboten.



Der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund liegt in der Hansestadt bei mehr als 20 Prozent. Hier gibt es ein großes Potenzial, zukünftige Fachkräfte auszubilden und zu gewinnen.

Im Ausland erworbene Abschlüsse anerkennen

Auf dem Weg in den Beruf ist es für Menschen mit Migrationshintergrund häufig schwierig, die Abschlüsse, Ausbildungen oder Qualifizierungen aus ihrem Herkunftsland in der Bundesrepublik anerkannt zu bekommen. Hier herrscht noch ein Labyrinth der Zuständigkeiten. Unterschieden wird beispielsweise zwischen der Anerkennung ausländischer Schulabschlüsse, der Anerkennung beruflicher Qualifikationen, dem Zugang zum Hochschulstudium und weiteren Differenzierungen wie etwa reglementierten und unreglementierten Berufen. Mal sind Landesbehörden, mal Berufsverbände, mal Kammern oder andere Stellen zuständig. Die Möglichkeiten der Anerkennung hängen auch von der Herkunft der Migranten ab. Es gibt unterschiedliche Regelungen und unterschiedliche Anerkennungsverfahren für Spätaussiedler, EU-Bürger oder Menschen, die nicht aus der EU kommen.

Mit dem Gesetz zur Verbesserung der Feststellung und Anerkennung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen (BQFG), das im April 2012 in Kraft getreten ist, haben sich der Bund und die Länder vorgenommen, die Anerkennungspraxis und die Transparenz der Verfahren und Entscheidungen grundlegend zu verbessern. Seitdem gibt es für die bundesrechtlich reg-

lementierten Berufe – also für die weitaus meisten Berufe – erstmals umfassende Regelungen zur Anerkennung von ausländischen Berufsqualifikationen. Immerhin besteht nun das Recht auf ein Anerkennungsverfahren. Zugleich wurde das Verfahren für die unterschiedlichen ausländerrechtlichen Statusgruppen einheitlich gestaltet.

Die Zahl der Anerkennungsverfahren liegt insgesamt weit hinter den Prognosen der Bundesregierung zurück, die mit etwa 300.000 potenziellen Antragstellerinnen und Antragstellern gerechnet hat. Diese Situation findet sich auch in Bremen. Ende Oktober 2013 hatten erst 40 Personen einen Antrag auf Feststellung der Gleichwertigkeit ihres im Ausland erworbenen Bildungsabschlusses gestellt. Die Gründe für die geringe Antragszahl sind vielfältig.

Die Handelskammer wird aber auch in Zukunft für eine stärkere Inanspruchnahme von Anerkennungsverfahren werben und künftige Antragstellerinnen und Antragsteller gerne im Vorfeld und nach Durchlaufen des Antragsverfahrens umfassend beraten. Die Finanzierung der Verfahrensgebühren ist für viele Antragstellerinnen und Antragsteller problematisch. Die Handelskammer Bremen hat daher in Gesprächen mit der Arbeitsagentur Bremen-Bremerhaven und dem Jobcenter Bremen erreicht, dass Empfängern von Arbeitslosengeld die Kosten für das Anerkennungsverfahren erstattet werden. Ein landesweites Förderprogramm zur Kostenübernahme für alle Antragsteller fehlt jedoch bislang.

Klare Regelungen zügig umsetzen

Obwohl die Deputation für Bildung bereits im April 2013 das „Bremische Gesetz über die Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen“ auf den Weg gebracht hat, konnte das Gesetz im parlamentarischen Verfahren bislang nicht verabschiedet werden. Dies behindert das Anerkennungsverfahren für alle landesrechtlich geregelten Berufe – beispielsweise für Lehrer und Erzieher. Klare gesetzliche Regelungen, die die Anerkennung der Abschlüsse transparenter und einfacher machen sollen und den Antragstellern Rechtssicherheit vermitteln, bestehen im Land Bremen derzeit noch nicht. ➔

Vorschläge der Bremer Wirtschaft zur föderalen Finanzreform 2020

➔ Der Bund-Länder-Finanzausgleich in Deutschland muss grundlegend reformiert werden. Notwendig ist eine Neuausrichtung und Vereinfachung der gesamtdeutschen Finanzverfassung mit dem Ziel, für die Bundesländer größere Anreize zur nachhaltigen Stärkung ihrer Wirtschafts- und Finanzkraft zu schaffen. Dies empfehlen Wirtschafts- und Finanzexperten bei einer Tagung der Handelskammern Bremen und Hamburg im Mai 2012 im Haus Schütting. Sie war der Auftakt einer Offensive der Handelskammer Bremen, das so zentrale Thema einer grundlegenden Föderalismusreform öffentlich zu diskutieren. Die Fachbeiträge des Expertenforums, an dem anerkannte Finanz- und Wirtschaftswissenschaftler aus Deutschland und der Schweiz teilnahmen, wurden Anfang Mai 2013 im Internet veröffentlicht.

Quellen der Wertschöpfung pflegen

Eines der wesentlichen Ergebnisse des Workshops war, dass das föderale Finanzsystem die Quellen der Wertschöpfung pflegen und Wachstumsanreize geben muss. Wer Aufgaben und damit vor allem Ausgaben verursacht, muss für die Kosten verantwortlich sein. Dieses sogenannte Konnexitätsprinzip sollte wieder stärker in den Fokus rücken. Ziel einer grundlegen-

den Reform des Bund-Länder-Finanzausgleichs muss auch sein, die Transparenz des Systems zu erhöhen, das heute nur noch von wenigen verstanden wird. Als empfehlenswert wird auch das Prinzip „mehr Demokratie“ in Steuerangelegenheiten erachtet. So kann ein Bürgerföderalismus die Rechte stärken, über kommende Steuern und Ausgaben mitzuentcheiden. Ein sinnvoller Ansatz kann es sein, dass Bundesländer gewisse steuerliche Gestaltungsmöglichkeiten, beispielsweise bei den Hebesätzen, erhalten können. Der Föderalismus in Deutschland sollte durch mehr Dezentralität gestärkt werden. Verantwortung und Autonomie auf dezentralen Einheiten zu belassen, ist besser als Zentralisierung.

Das Expertenforum griff ferner die – nicht nur für Bremen – wichtige Frage auf, inwieweit bei einer Startgerechtigkeit auch vermehrt föderale Wettbewerbselemente zugelassen werden können. Ein Vorschlag ist, die Altschuldenproblematik mit den daraus resultierenden dramatisch unterschiedlichen Zinsbelastungen der Länder zumindest teilweise zu entschärfen, ohne die Verursacher völlig aus der Verantwortung zu nehmen. Zudem wurde angeregt, den Finanzausgleich von der horizontalen auf die vertikale Ebene zu verlagern, um eine klare Trennung von Wachstumsanreizen und Ausgleichsfunktionen zu erreichen.

Auf Basis der Ergebnisse dieses wissenschaftlichen Workshops und früherer, gemeinsam mit der Handelskammer Hamburg veranstalteter Fachforen hat die Handelskammer das Positionspapier „Bürgerföderalismus – Ein Konzept zur Reform des föderalen Finanzausgleichs“ erarbeitet. Es wurde im September 2013 im Plenum verabschiedet. Darin empfiehlt die Handelskammer eine grundlegende Neuordnung der gesamten föderalen Finanzbeziehungen, die mit einer zehnjährigen Übergangsfrist nach dem Auslaufen der jetzigen Regelungen ab 2020 greifen soll.

Bestehende Schwächen beseitigen

Das Papier zielt mit seinen Vorschlägen in besonderer Weise darauf, die bestehenden Schwächen der deutschen Finanzverfassung zu beseitigen und zugleich die Interessen von Geber- und Nehmerländern auszugleichen. Vor allem durch die Abschaffung des horizontalen Finanzausgleichs in der bisherigen Form kann der aktuelle systemimmanente Konflikt zwischen Geber- und Nehmerländern aufgelöst werden. Dies würde für einen besseren Interessenausgleich zwischen den Ländern sorgen und die Zukunftsfähigkeit der föderalen Strukturen langfristig sichern.



Auf dem Podium in der Handelskammer diskutierten (v.l.) Professor Dr. André W. Heineman, Dr. Matthias Fonger, Moderatorin Annemarie Struß-von Poellnitz, Professor Dr. Wolfgang Rensch und die Bremer Staatsräte Dr. Olaf Joachim und Dietmar Strehl.

Die Bremer Positionen wurden eng mit der Handelskammer Hamburg abgestimmt und als gemeinsame Position beim Deutschen Industrie- und Handelskammertag eingebracht, damit dieser im anstehenden Reformprozess bestmöglich die Interessen der Wirtschaft vertritt.

Der Zeitpunkt für die Veröffentlichung des Positionspapieres wurde bewusst gewählt, um den Bremer Standpunkt frühzeitig zu dokumentieren und in den Diskussionsprozess einzugreifen. Der Handlungsdruck ist enorm, das Zeitfenster klein. So fallen durch die am 31. Dezember 2019 auslaufenden Regelungen wichtige Finanzausgleichströme weg, gleichzeitig bestehen aber weiterhin erhebliche regionalwirtschaftliche Unterschiede innerhalb Deutschlands. Die Ministerpräsidenten der Länder haben sich bereits darauf verständigt, mit der neuen Bundesregierung zügig Gespräche über eine föderale Finanzreform aufzunehmen und sie 2016 gesetzgeberisch abzuschließen.

Wettbewerb unter den Ländern stärken

Nach Ansicht der Handelskammer müssen drei wesentliche Eckpfeiler die Basis einer Föderalismusreform III bilden: Es muss erstens eine Stärkung des Wettbewerbs unter den Ländern geben, sodass sich eine gute wirtschaftliche Entwicklung deutlicher in den Länderhaushalten niederschlägt. Wo Wirtschaftskraft erzeugt wird, muss auch die Steuerkraft verbleiben. Zweitens muss die Altschuldenfrage gelöst werden, um eine faire Ausgangsposition für mehr Wettbewerb zu schaffen. Und drittens müssen die Kosten für bundesweit bedeutende Infrastrukturen sowie zum Ausgleich regionaler Sonderlasten aus Strukturkrisen vertikal finanziert werden. Weiterhin sollte mit Inkrafttreten des neuen Systems zum

Empfehlungen der Handelskammer Bremen für eine Reform des föderalen Finanzausgleichs

1. Anreizorientierung Ein föderales Finanzsystem muss an der regionalen Wertschöpfung anknüpfen und Wachstumsanreize geben. Investitionen in wirtschaftsfreundliche Rahmenbedingungen und eine gute Infrastrukturausstattung müssen daher in den regionalen Gebietskörperschaften durch entsprechende Steuermehreinnahmen „belohnt“ werden.

2. Verantwortungskongruenz Wer Aufgaben und damit vor allem Ausgaben verursacht, muss für die Kosten verantwortlich sein. Dieses Grundprinzip sollte wieder stärker in den Fokus rücken (Konnextätsprinzip).

3. Transparenz Ziel einer grundlegenden Reform muss es sein, die Transparenz des Systems zu erhöhen. Aktuell wird es nur noch von wenigen verstanden.

4. Dezentralität und Subsidiarität Das Prinzip, Eigenverantwortung und Autonomie auf dezentralen Einheiten zu belassen, ist besser als das Prinzip der Zentralisierung. Ein solcher Bürgerföderalismus würde ermöglichen, überkommene Steuern und Ausgaben mitzuentcheiden. Ein sinnvoller Ansatz könnten eventuell eigene Hebesatzrechte der einzelnen Bundesländer sein.

5. Wettbewerb Es muss ein gesundes Maß an Wettbewerb zwischen den

Bundesländern geben. Eine maßvolle Stärkung des föderalen Wettbewerbs könnte zu langfristig stabilen Finanzen führen, was wiederum die Chance für Wachstum und Beschäftigung erhöht.

6. Startgerechtigkeit Nur eine Startgerechtigkeit ermöglicht es, mehr föderale Wettbewerbselemente zuzulassen. Deshalb muss die Altschuldenproblematik mit den daraus resultierenden dramatisch unterschiedlichen Zinsbelastungen zumindest teilweise entschärft werden, ohne die Verursacher völlig aus der Verantwortung zu nehmen. Die Altschulden sollten in einen gemeinsamen Altschuldenfonds eingebracht werden, der vom Bund verwaltet wird.

7. Vertikalisierung Schließlich sollte der Finanzausgleich von der horizontalen auf die vertikale Ebene zwischen Bund und Ländern verlagert werden, um eine klare Trennung von Wachstumsanreizen und Ausgleichsfunktionen zu erreichen. Die Kosten für bundesweit bedeutende Infrastruktur – in Bremen träge das insbesondere auf den Ausbau und die Unterhaltung der Häfen zu – sowie der Ausgleich regionaler Sonderlasten in Folge von Strukturschwächen müssen durch einen vertikalen Strukturfonds finanziert werden. Ein solcher von Bund und Ländern finanzierter Fonds kann das im Grundgesetz verankerte Ziel, gleichwertige Lebensverhältnisse zu schaffen, mit fairen regionalen Wettbewerbsbedingungen verknüpfen.

Schwerpunktthema

1. Januar 2020 ein zehnjähriger Übergangszeitraum bis zum 1. Januar 2030 geschaffen werden, um so eine mögliche Besser- oder Schlechterstellung einzelner Bundesländer abzufedern.

Am 11. November 2013 diskutierte die Handelskammer auf einer Vortrags- und Podiumsveranstaltung die Frage, wie Bremen seine Interessen und Vorschläge in die kommenden Verhandlungen zur Föderalismusreform 2020 einbringen kann. Präses Christoph Weiss betonte die politische Aufgabe, tragfähige Lösungen zu finden. Mit Blick auf die Normenkontrollanträge der Länder Bayern und Hessen verwies er darauf, dass die Verantwortung nicht an das Bundesverfassungsgericht abgegeben werden dürfe. Dr. Matthias Fonger, Hauptgeschäftsführer der Handelskammer, stellte das Thesenpapier der Handelskammer vor.

Finanzreform benötigt Schulterschluss aller Kräfte

Gastredner war Professor Dr. Wolfgang Rensch von der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg. Er erläuterte, mit welchen Problemen die aktuelle Steuerertragsverteilung behaftet sei und zu welchen unvermeidbaren Ergebnissen sie führe. So würden gerade die aktuellen und zukünftigen Problemländer – Bremen, Saarland und die ostdeutschen Länder – von der derzeitigen Steuerverteilung benachteiligt, während die sogenannten Geberländer in nicht gerechtfertigter Weise von der primären Steuerverteilung profitierten. Zudem würden diese Verwerfungen durch erhebliche Unterschiede bei den Belastungen, die aus der Ausführung von Bundesgesetzen resultieren, noch vergrößert.

In der anschließenden Podiumsdiskussion, an der auch der Bremer Finanzwissenschaftler Professor Dr. André Heinemann, Vertreter der Bremer Senatskanzlei und des Finanzressorts teilnahmen, wurde deutlich,



Der Magdeburger Professor und renommierte Länderfinanzexperte Dr. Wolfgang Rensch war Gast eines Forums in der Handelskammer und erläuterte die problematische Steuerertragsverteilung.

dass für die Finanzreform 2019 ein Schulterschluss aller Kräfte nötig sei, um den Föderalismus in Deutschland langfristig zu stärken.

Starke Bundesländer in einem starken Föderalismus – das ist keine Utopie, sondern ein erreichbares Ziel. Die Handelskammer ist überzeugt, dass Bremen in einem reformierten Föderalismus an seine jahrhundertealte Tradition der Selbstständigkeit und der wirtschaftlichen Prosperität zum Wohle der gesamten Ländergemeinschaft anknüpfen kann. Die Handelskammer, die bereits die Föderalismusreformen I und II mit eigenen wissenschaftlichen Gutachten und Positionen begleitet hat, wird auch an der Diskussion um die Föderalismusreform III kritisch und konstruktiv teilnehmen.

CDU, CSU und SPD haben in ihrer Koalitionsvereinbarung für die 18. Legislaturperiode des Deutschen Bundestags am 27. November 2013 vereinbart, bis zur Mitte der Legislaturperiode neue Regeln für die Ausgestaltung der föderalen Finanzbeziehungen zu schaffen, um damit die Handlungsfähigkeit des föderalen Systems in Deutschland künftig sicherzustellen. Die Lösung der Altschuldenfrage wurde dabei ausdrücklich in das Arbeitsprogramm aufgenommen. ◀

Offshore-Windenergie – Klimastadt Bremerhaven

➔ Eine der großen gegenwärtigen Herausforderungen ist die Energiewende, die Umstellung von herkömmlicher Energieproduktion auf regenerative Energien. 2013 ist die Energiewende allerdings parziell ins Stocken geraten. Viele Akteure beklagen, dass sichere, verlässliche und langfristige Rahmenbedingungen fehlen. Das schreckt Investoren ab – mit der Folge, dass Investitionen nicht getätigt oder zurückgestellt werden. Das gefährdet nicht nur Arbeitsplätze (allein in Bremerhaven sind mittlerweile 4.000 Arbeitsplätze im Offshore-Bereich entstanden), sondern die Energiewende als Ganzes. Die Rahmenbedingungen der Energiepolitik müssen daher dringend verlässlich festgeschrieben werden.

Für den Erfolg der Energiewende ist eine Energiepolitik erforderlich, die es ermöglicht, dass Energie langfristig planbar, zu wettbewerbsfähigen Preisen, umweltschonend und sicher zur Verfügung gestellt werden kann. Zur Unterstützung insbesondere der Offshore-Windenergie ist ein intensiveres Engagement der staatlichen Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) zu prüfen. Zugleich ist das System degenerativer Einspeisevergütungen nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) konsequent, aber verlässlich weiterzuentwickeln. Um Versorgungssicherheit zu wettbewerbsfähigen Konditionen zu garantieren, sind in Ergänzung konventionelle Kraftwerke

unter Berücksichtigung von Klimaschutzmaßnahmen zu modernisieren. Für die Ausnutzung von Energie-Effizienzpotenzialen ist auf freiwillige Anstrengungen der Unternehmen und nicht auf weitere ordnungsrechtliche Vorgaben zu vertrauen. Für die erfolgreiche Umsetzung der Energiewende ist zudem eine bessere Koordination der energiepolitischen Ziele, Strategien und Programme auf Bundes- und Länderebene sowie auf europäischer Ebene erforderlich.

Im Bereich der erneuerbaren Energien spielt in Bremerhaven die Windenergie und hier vor allem das Offshore-Segment die Hauptrolle. Die Stadt hat sich in den vergangenen Jahren zum führenden Kompetenzstandort der Offshore-Windenergiebranche in der Bundesrepublik entwickelt. In der Region sind Anlagenhersteller, Windpark-Errichter und -betreiber sowie Zulieferer, wissenschaftliche Einrichtungen und Verbände ansässig. Für Wirtschaft und Magistrat in Bremerhaven besteht die Herausforderung darin, die Infrastruktur und Angebote vor Ort zu stärken, um eine „Willkommenskultur“ für Investoren wie für qualifizierte Fach- und Führungskräfte zu schaffen.

Deutscher Gründerpreis für Windenergie-Zulieferer

Einen beeindruckenden Beleg für diesen Sachverstand lieferte die Innoven GmbH: Sie wurde 2013 mit dem Deutschen Gründerpreis geehrt. Das Unternehmen mit Sitz

im Fischereihafen entwickelt innovative Komponenten und Systeme im Bereich der erneuerbaren Energien. Je nach Bedarf liefert es alle Komponenten und Systeme für moderne Windenergieanlagen, vom Entwurf bis zum Prototypen; die Entwicklungen sind laut Jury sehr effizient, das Geschäftsmodell ist innovativ. Die Ingenieure seien bestens vernetzt und wüssten, welche Anforderungen Windenergie und Schifffahrt künftig bewegen werden.

Der Preis für den maritimen Zulieferer zeigt, wie gut sich Bremerhaven in der Offshore-Branche behauptet hat. Zu den Standortvorteilen gehören auch eine schwerlastfähige Hafeninfrastruktur und Lagerflächen mit direktem Zugang zum Wasser, ebenso zahlreiche wissenschaftliche Einrichtungen. Das gilt beispielsweise für das Fraunhofer-Institut für Windenergie und Energiesystemtechnik (IWES) und die Deutsche WindGuard GmbH mit ihrem Windkanal. Am IWES wurde 2013 der Grundstein für einen Gondelprüfstand (Investitionssumme: 30 Millionen Euro) gelegt, der 2014 einsatzbereit sein soll. Eine große Rolle spielen weiterhin die speziellen Aus- und Weiterbildungsinstitutionen, die Hochschule Bremerhaven mit ihrem klaren



Bremerhaven hat sich in den vergangenen Jahren zum führenden Kompetenzstandort der Offshore-Windenergie-Branche in der Bundesrepublik Deutschland entwickelt.

maritimen Profil (beispielsweise mit dem deutschlandweit einzigartigen Masterstudiengang Windenergie und dem Forschungsinstitut fk-wind) und das Offshore-Sicherheitstrainingszentrum des dänischen Unternehmens Falck Nutec. Auch das Investitionsklima in Bremerhaven wird in verschiedenen Meinungsumfragen unter Unternehmen immer wieder positiv bewertet.

Offshore-Fachkonferenz „Windforce“

Nicht zuletzt profitiert Bremerhaven davon, dass es Sitz der Windenergie-Agentur Bremerhaven/Bremen (WAB) ist. Dieses größte Offshore-Netzwerk in der Bundesrepublik mit mehr als 350 Mitgliedern veranstaltete 2013 zum neunten Mal die Offshore-Fachkonferenz „Windforce“. Vom 4. bis 7. Juni trafen sich in Bremerhaven rund 800 Fachleute und Vertreter der Branche. Schirmherr der Veranstaltung war Bundesumweltminister Peter Altmaier. Auf der Windforce 2013 wurden in erster Linie die Möglichkeiten des Baus, Anschließens und Betriebens von Windparks auf dem Meer erörtert. Darüber hinaus wurden einige Arbeits- und Versorgungsschiffe vorgestellt.

Die Windforce-Konferenz zeigte erneut, dass die Offshore-Windenergie alle Akteure vor enorme technische Herausforderungen stellt – in einem Areal von 30 bis 100

Kilometer vor der Küste. Bei einer Wassertiefe von bis zu 40 Metern soll aus Wind Strom gewonnen. Dabei ist ein Windrad inklusive des Fundaments fast so hoch wie der Bremer Dom; die Spannweite der Rotorblätter erreicht bis zu 130 Meter. Der im August 2013 eingeweihte Offshore-Windpark Riffgat, 15 Kilometer nordwestlich der Insel Borkum, ist ein Beleg dafür, dass diese Herausforderungen gemeistert werden können.

Dabei müssen die Stärken der Offshore-Windenergie im Blick bleiben. So liegt die durchschnittliche Windgeschwindigkeit von etwa 10 m/s in den Offshore-Baugebieten auf der Nordsee rund 100 Prozent über der durchschnittlichen Windgeschwindigkeit von guten bis sehr guten Standorten auf dem Festland. Hinzu kommt die sehr hohe Betriebsstundenzahl von bis zu 4.500 Volllast-Stunden jährlich.

Studien belegen Kostensenkungspotenziale

Noch gibt es viele Vorurteile und Fehleinschätzungen der Offshore-Windenergie. Demnach würden die Kosten für diese Form der Energiegewinnung immer weiter in die Höhe schnellen. Das Gegenteil ist der Fall, wie mehrere Untersuchungen nachgewiesen haben. Kostensenkungspotenziale eröffnen zum Beispiel die Serienfertigung der Anlagenteile, die technologische Weiterentwicklung bei Rotorblättern und Konstruktion sowie Produktinnovatio-

nen wie etwa der Einsatz von Monopiles in höheren Wassertiefen. Hierzu wird 2014 eine „wind:research“-Studie erscheinen. Auch eine Studie der Prognos AG und der Fichtner-Gruppe im Auftrag der Stiftung Offshore-Windenergie belegen Kostensenkungspotenziale. In ihr werden verschiedene Szenarien geprüft. Je nach Szenario könnten die Stromerzeugungskosten der Offshore-Windenergie – bei optimalen Marktbedingungen – innerhalb von zehn Jahren um bis zu 39 Prozent verringert werden. Dafür wird die kontinuierliche technische Weiterentwicklung entlang der gesamten Wertschöpfungskette vorausgesetzt. Bei den Investitionskosten ist laut Studie eine Reduktion von bis zu 21 Prozent möglich, wenn der Trend zu größeren Turbinen und effizienten Fertigungsverfahren bei der Tragstruktur anhält. Die Betriebs- und Wartungskosten könnten um bis zu acht Prozent gesenkt werden. Zusätzliche Einsparungen kommen bei den Finanzierungskosten in Frage – und bei der Reserve für Projektrisiken, die gesenkt werden könnten. Generell gilt: Ökologisch erzeugter Strom wird immer billiger, je mehr Anlagen produziert werden und je weiter die technologische Entwicklung voranschreitet.



Die technischen Entwicklungen sorgen dafür, dass die Kosten für die Offshore-Windenergie sinken werden: Ökologisch erzeugter Strom wird immer billiger, je weiter diese Entwicklung voranschreitet und je mehr Anlagen produziert werden.

Neuer Energie-Arbeitskreis der IHK

Die IHK Bremerhaven hat einen neuen Arbeitskreis Energie gebildet. Vorsitzender ist Axel Siemsen, Niederlassungsleiter des Energieversorgers swb. Der Arbeitskreis hat sich zum Ziel gesetzt, zu möglichst vielen Energie-Themen Empfehlungen zu erarbeiten und regionale und überregionale Stellungnahmen zu verfassen.

Wie groß der Handlungsbedarf für den Arbeitskreis ist, zeigt beispielsweise, dass die Ausschreibung für den Bau des Offshore-Terminals Bremerhaven (OTB) im Juli 2013 zunächst ausgesetzt werden musste. Vorher hatte das Bundesverwaltungsgericht in einem Urteil zur Weservertiefung eine Reihe offener Punkte aufgeworfen. Ungeachtet dessen halten Politik und Wirtschaft am Bau des OTB fest. Er sollte ursprünglich 2015 in Betrieb gehen. Auf dem OTB sollen laut Konzept 160 Windenergieanlagen pro Jahr montiert und anschließend auf Spezial-Schiffe und Jack-Ups verladen werden. Welche terminlichen Verzögerungen es geben wird, ist zurzeit nicht absehbar.

Verbindung von Offshore und Klimaschutz

Bremerhavens Status als das deutsche Kompetenzzentrum für die Offshore-Windenergie fügt sich gut in das Vorhaben der Seestadt ein, Klimastadt zu werden. Die Themen Offshore und Klimaschutz sollen auch im Erlebnis- und Informationszentrum zur Offshore-Windenergie im Klimahaus 8° Ost, das der Magistrat 2012 beschlossen hat, kombiniert werden. Das Zentrum mit einer Fläche von ungefähr 300

Quadratmetern soll 2014 eröffnet werden. Geplant sind folgende Schwerpunkte: der Wind als Energielieferant; der lange Weg bis zur fertigen Anlage; Material und Dimension; Errichtung, Betrieb und Wartung; Energieertrag und Zukunftsperspektiven. Zum einen möchte das Erlebnis- und Informationszentrum einer großen Öffentlichkeit die Faszination der Offshore-Windenergie anschaulich vermitteln. Zum anderen soll den Unternehmen der Windenergiebranche ein Schaufenster gegeben werden, das sie mitgestalten und auch nutzen können, um ihre Technologien und Entwicklungen publikumswirksam darzustellen.

Anfang 2010 war die Konzeptstudie zur Klimastadt mit Analysen, Perspektivbeschreibungen und Empfehlungen vorgestellt worden. Erstellt hat sie eine Projektgruppe unter der Federführung des Alfred-Wegener-Institutes für Polar- und Meeresforschung. Sie lotet die Chancen und Möglichkeiten Bremerhavens aus, sich glaubhaft als Klimazentrum zu positionieren.

Die IHK unterstützt das Projekt Klimastadt auf vielfältige Weise. So ist sie in der Arbeitsgruppe Verbundprojekte Wirtschaft/Wissenschaft – unter anderem zusammen mit der Bremerhavener Wirtschaftsförderungsgesellschaft BIS und dem Alfred-Wegener-Institut für Polar- und Meeresforschung – vertreten. Dort tauschen sich Wirtschaft und Wissenschaft über laufende Transferprojekte mit Klimabezug aus. Es werden Best-Practice-Beispiele Bremerhavener Unternehmen präsentiert und besonderes Engagement in den Bereichen Klimaschutz und Anpassungstechnologien, nachhaltige Produkte, Prozesse und Dienstleistungen vorgestellt. Immer wieder werden auch geeignete Förderinstrumente für Innovationsprojekte mit dem Bezug zur Kli-

mastadt thematisiert. Weitere Arbeitsgruppen des Projektes „Kurs Klimastadt“ befassen sich mit den Themen Klimaschutz-Veranstaltungen, Bürger und Schulen, Elektromobilität, Bauen und Sanieren sowie nachhaltiger Tourismus. Ein Klimastadtbüro des Magistrats koordiniert die Tätigkeit der Arbeitsgruppen und andere Aktivitäten wie etwa die des Jugendklimarates.

2013 war geprägt von vielen guten Klimaschutz-Nachrichten. So wurde beispielsweise TGA-Ingenieurin Joanna Lensch von Seestadt-Immobilien von der gemeinnützigen Klimaschutzagentur energiekonsens mit dem Bremer Klimaschutz-Preis für ihr Engagement für energieeffiziente Gebäude ausgezeichnet. Bereits im Vorjahr gewann die Frosta AG, die in Bremerhaven produziert, den Deutschen Nachhaltigkeitspreis. Die Hafengesellschaft bremenports erhielt im Juli 2013 als erster Hafen Deutschlands die GRI-Zertifizierung für Nachhaltigkeit. Die Stadtverwaltung wurde im September als „Aufsteiger des Jahres“ geehrt – für die höchste Steigerungsrate beim Recyclingpapier-Anteil unter den deutschen Städten. In Sachen Klimaschutz bleibt aber noch viel zu tun. ←

Leistungsbilanzen

Bremen_Bremerhaven

Standortpolitik, Häfen, Verkehr

Bremen

Überregionale Verkehrsprojekte

A 281 Nachdem das Bundesverwaltungsgericht den Planfeststellungsbeschluss zum Bauabschnitt 2/2 (Lückenschluss zwischen Kattenturm und Airport-Stadt) im November 2010 für „nicht vollziehbar“ erklärt hat, ist ein „Runder Tisch“ unter Beteiligung der Handelskammer eingesetzt worden, um eine konsensfähige und rechtssichere Trassenführung zu finden. Das Ergebnis dieser Diskussion, die Variante „4Süd“, ist als bremische Wunschlösung dem Bundesverkehrsministerium vorgelegt worden. Bei den anschließenden Gesprächen wurde eine modifizierte Variante mit einem verkürzten Tunnel untersucht, die bei geringeren Kosten die gesetzten Kriterien ebenfalls erfüllen sollte. Diese Variante – „4Süd modifiziert“ genannt – hat die Bremische Bürgerschaft im Oktober 2012 beschlossen. Anschließend hat die technische Detailplanung begonnen. Der so genannte RE-Entwurf wurde dann im Mai 2013 dem Bundesverkehrsministerium zur Genehmigung vorgelegt.

Im Frühjahr 2014 soll nun ein neues Planfeststellungsverfahren eingeleitet werden. Auch wenn erneute Klagen gegen diesen Beschluss nicht auszuschließen sind, werden sie voraussichtlich keine aufschiebende Wirkung haben. Voraussetzung ist jedoch, dass Bremen die „sofortige Vollziehbarkeit“ beantragt. Hier ist die bremi-

schen Politik gefordert, zu ihren Beschlüssen und Zielen zu stehen. Unter der Voraussetzung, dass es einen Sofortvollzug des Planfeststellungsbeschlusses gibt, könnte im Frühjahr 2015 mit dem Bau begonnen werden. Eine Fertigstellung wäre 2019 möglich. Politisch erklärtes Ziel des Senats ist ein Baubeginn vor der nächsten Bürgerschaftswahl (2015).

Von größter Bedeutung für die Verbesserung der verkehrlichen Erreichbarkeit ist auch die Weserquerung im Zuge der A 281 (Bauabschnitt 4). Derzeit ist der entsprechende Planfeststellungsbeschluss noch nicht rechtskräftig, da erst für einige ruhende Klagen Vergleiche abgeschlossen werden müssen. Da es jedoch nur um Entschädigungshöhen geht, hemmt dies nicht den Fortgang des Projektes. Die Weserquerung soll als ÖPP-Projekt realisiert werden. Die Arbeiten für das entsprechende Vergabeverfahren (Konzessionärsuche) sowie die Vorarbeiten laufen. Unter Voraussetzung einer sicheren Finanzierung ist eine Fertigstellung bis 2020/2021 realistisch.

Die vollständige Fertigstellung der A 281 ist nicht nur für viele bremische Unternehmen von großer Standortrelevanz. Die gesamte zukünftige bremische Verkehrsplanung fußt auf diesem Projekt. Der Verkehrsentwicklungsplan Bremen 2025 (VEP), der gerade erstellt wird, setzt eine komplette A 281 mit Anbindung an die B 212 (neu) als gegeben voraus. Die Prognosen zeigen, dass diese neuen Strecken weite Teile des bremischen Stadtstraßennetzes, auf die der Verkehrsentwicklungsplan baut, erheblich entlasten werden. Ohne diese neuen Verkehrsachsen wäre der bremische Verkehrsentwicklungsplan daher größtenteils Makulatur.

Küstenautobahn A 20 Die geplante A 20 in Schleswig-Holstein und Niedersachsen ist die westliche Verlängerung der Ostseeautobahn A 20, Lübeck-Stettin, und soll über eine Nordwestumfahrung Hamburgs mit Elbquerung bei Glückstadt bis nach Westerstede führen. Die Wirtschaft sieht in dieser Fortführung wichtige Vorteile für die Unternehmen der Region. So stärkt die A 20 die Zusammenarbeit und Hinterlandanbindung der deutschen Seehäfen. Gleichzeitig wird die trennende Wirkung der Unterelbe aufgehoben und die Wirtschaftsstandorte in Niedersachsen und Schleswig-Holstein werden enger miteinander verknüpft. Für Bremen und insbesondere Bremerhaven würde sich die Standortlage strukturell deutlich verbessern.

Zentral für das Gesamtprojekt ist die neue Elbquerung bei Drochtersen. Dieser Abschnitt ist planerisch bereits weit vorgeschritten. Für sämtliche Abschnitte der A 20 in Schleswig-Holstein einschließlich der Elbquerung sind die Planfeststellungsverfahren eingeleitet worden. Im Koalitionsvertrag der neuen schleswig-holsteinischen Landesregierung ist eine bauliche Umsetzung der Abschnitte westlich der A 7 allerdings nicht vor 2017 vorgesehen.

In Niedersachsen wurde im September 2012 das Planfeststellungsverfahren für den ersten Abschnitt (Bereich Bremervörde, Ortsumgehung) eingeleitet. Er ist – im Gegensatz zu den anderen Bauabschnitten – bereits im vordringlichen Bedarf des aktuellen Bundesverkehrswegeplans enthalten. Für alle übrigen Abschnitte laufen die Entwurfsplanungen. Die neue Landesregierung in Hannover unterstützt das Projekt nur verhalten. Dennoch schreiten die Planungen der Verwaltung voran.

Der Eisenbahnknoten Bremen ist nicht nur für die bremischen Häfen von entscheidender Bedeutung.



Neuen Schwung in die Diskussion hat ein Vorschlag des französischen Infrastrukturbetreibers Vinci gebracht. Er hat angeboten, die A 20 von Bad Segeberg bis Bremerhaven einschließlich Elbtunnel innerhalb von fünf Jahren auf eigene Kosten zu bauen. Finanzieren will das Unternehmen den Bau durch die Überlassung eines Teils der streckenbezogenen Lkw-Maut sowie eventuell über eine Tunnelbenutzungsgebühr für alle Fahrzeuge.

Schiienenanbindung für das Hafenhinterland Die bremischen Häfen haben in den vergangenen Jahren verstärkt auf die Bahn gesetzt. Allein in Bremerhaven ist die Anzahl der Güterzüge, die den Hafen als Quelle oder Ziel haben, von rund 23.000 im Jahr 2010 auf fast 29.000 im Jahr 2012 gestiegen. Gründe hierfür sind wachsende Hafenumschlagsmengen und der stetig steigende Bahnanteil im Hinterlandverkehr. Infolgedessen muss die Schieneninfrastruktur ausgebaut werden. Dabei geht es um drei Bereiche: die Hafenbahn, für deren Infrastruktur Bremen zuständig ist, die regionale Schieneninfrastruktur (Knoten Bremen) und die überregionalen Schienenanbindungen.

Hinsichtlich der Hafenbahn sind verschiedene Maßnahmen beschlossen worden. Hierzu gehören neben einer Optimierung von organisatorischen und betrieblichen Abläufen auch infrastrukturelle Maßnahmen (Verlängerung der Gleisnutzlängen und vollständige Elektrifizierung im Bahnhofsteil Kaiserhafen, Ausbau der Vortellgruppe Imsumer Deich, Umorganisation und Ausbau des Bahnhofs Speckenbüttel). Die erforderlichen Mittel haben die bremischen Gremien bewilligt.

Der Eisenbahnknoten Bremen ist nicht nur für die bremischen Häfen von entscheidender Bedeutung, auch die Verkehre in Richtung Wilhelmshaven, Brake und Nordenham müssen vor allem den Hauptbahnhof passieren. Um diese Engstelle leis-

tungsfähig zu halten, hat die DB AG Bremen das Sofortprogramm „Seehafen-Hinterlandverkehr“ umgesetzt. Dazu gehörten neben betrieblichen Maßnahmen zwei kleinere Ausbaumaßnahmen, die Verlängerung von Gleis 1 und der Ausbau der „Oldenburger Kurve“. Hieran hat sich eine grundsätzliche Diskussion über den zunehmenden Bahngüterverkehr durch Bremen entzündet. Die Handelskammer hält es für notwendig, sich ernsthaft mit Maßnahmen zur Lärmreduzierung zu befassen. Dazu gehört auch eine Prüfung von möglichen Alternativstrecken auf lange Sicht, die schon jetzt begonnen werden sollte. Die Handelskammer hat eine gutachterliche Überprüfung der Möglichkeiten der Umfahrung eingefordert. Die Senatoren für Wirtschaft, Arbeit und Häfen sowie für Umwelt, Bau und Verkehr haben eine Studie zur kapazitiven Leistungsfähigkeit des Eisenbahnnetzes im Großraum Bremen in Auftrag gegeben. Erste Ergebnisse wurden 2013 vorgestellt.

Im Bezug auf die überregionale Schieneninfrastruktur hat das Land Bremen unter anderem folgende Schienenprojekte zum neuen Bundesverkehrswegeplan 2015 angemeldet:

- Ausbau des EVB-Netzes zwischen Bremerhaven und Buxtehude sowie Bremervörde und Rotenburg-Wümme,
- Ausbau der Strecke Bremen-Burg – Verden,
- zweigleisiger Ausbau der Strecke Langwedel – Uelzen („Amerikalinie“),
- Korridor Hamburg/Bremen – Hannover,
- Beschleunigung des Fernverkehrskorridors Hamburg – Bremen – Ruhrgebiet.

Auf Wunsch des Bundesverkehrsministeriums hat die DB AG ihre Planungen zur Y-Strecke aktualisiert und erneut Alternativen geprüft. Erste Ergebnisse haben Vertreter der DB Netz AG auf einer Veranstaltung am 27. Mai 2013 in der Handelskammer Bremen vorgestellt. Demnach werden neben der bisher geplanten Strecke auch ein Ausbau der Bestandsstrecken, ein „Y“ als reine Güterverkehrsstrecke mit geän-

derter Linienführung, ein so genannter Wachstumskorridor Ost (Ausbau Uelzen-Stendal) sowie eine Neubaustrecke zwischen Ashausen und Suderburg/Unterlüß (grobe Richtung zwischen Hannover und Hamburg) untersucht. Die DB Netz hält allerdings nur einen Baubeginn „jenseits 2020“ für realistisch. Deshalb muss neben der Y-Strecke auch ein Ausbau der so genannten Amerikalinie (Bremen – Langwedel – Uelzen – Stendal/Berlin) in den Fokus genommen werden. Hier könnten schon bei einem stufenweisen Ausbau Kapazitäten gewonnen werden, bei der Y-Strecke wäre das nur als Ganzes möglich.

Lang-Lkw: nun auch in Bremen

Der Einsatz größerer Lkw wird bereits seit einigen Jahren diskutiert. Denn für viele Verkehre ist nicht das Gewicht, sondern das Volumen die einschränkende Größe. Seit dem 1. Januar 2012 läuft in Deutschland ein bundesweiter Feldversuch mit verschiedenen Fahrzeugkombinationen mit einer Gesamtlänge bis zu 25,25 Metern. Eine dieser Varianten ist der sogenannte Lang-Lkw. In einer fünfjährigen Testphase sollen unter wissenschaftlicher Begleitung des Bundesamtes für Straßenwesen die Chancen und Risiken des Einsatzes von Fahrzeugen mit Überlänge ermittelt werden. Der Feldversuch ist Bestandteil des Masterplans Güterverkehr und Logistik der Bundesregierung und soll Effizienzgewinne im Straßenverkehr sowie die Verminderung von Emissionen, insbesondere CO₂, untersuchen.

Der Lang-Lkw kann nach Einschätzung der Handelskammer für bestimmte Einsatzzwecke und auf besonders geeigneten und geprüften Strecken ein sinnvoller Beitrag zu einer zukunftsorientierten Verkehrspolitik sein. Angefahren werden ausschließlich relevante Gewerbestandorte wie beispielsweise Logistikzentren, Innenstädte und Wohngebiete dagegen nicht. Darüber hinaus ist das Gesamtgewicht der



Einsatz für die Metropolregion: (v.l.) Geschäftsführerin Dr. Anna Meincke, der 1. Vorsitzende, Landrat Jörg Bensberg, der 2. Vorsitzende Dr. Stephan-Andreas Kaulvers, der Bremer Umweltsenator Dr. Joachim Lohse und Dr. Jörg Mielke, Chef der Niedersächsischen Staatskanzlei, in Delmenhorst

Fahrzeuge nicht höher als bei üblichen konventionellen Fahrzeugen, um Schäden an der Infrastruktur auszuschließen.

Das Land Bremen hat den Feldversuch vollständig abgelehnt, so dass Lang-Lkw zunächst nicht die bremischen Abschnitte der Bundesautobahnen A 1 und A 27 benutzen durften. Dies bedeutete klare Standortnachteile für bremische Unternehmen. Hierzu gab es zahlreiche Gespräche zwischen den beteiligten Senatsressorts, Unternehmen und der Handelskammer. Die Handelskammer hat dann gemeinsam mit den Umlandkammern die Freigabe der bremischen Autobahnabschnitte durch das Bundesverkehrsministerium im Sinne eines Lückenschlusses – wie bereits in Baden-Württemberg und Sachsen geschehen – erreicht: Die bremischen Abschnitte der A 1, der A 27 sowie der A 281 sind in den Streckenkatalog aufgenommen worden. Seit dem 15. Februar 2013 dürfen sie daher von Lang-Lkw befahren werden. Daraufhin hat das bremische Verkehrsressort zugesagt, dass für wichtige bremische Logistik- und Hafengebiete auf Antrag Ausnahmegenehmigungen erteilt würden. Das ist auch geschehen, so dass inzwischen bremische Unternehmen Lang-Lkw einsetzen. Unabhängig davon lehnt Bremen den Lang-Lkw weiterhin grundsätzlich ab und beteiligt sich an einer Verfassungsklage gegen den Feldversuch.

Unter- und Außenweser-anpassung verzögert

Ziel der Außenweseranpassung ist es, Containerschiffen mit einem Ladevolumen von rund 8.000 Standardcontainereinheiten die tideunabhängige Fahrt zum Containerterminal Bremerhaven zu ermöglichen. Angesichts tendenziell größer werdender Schiffe muss auch dafür gesorgt werden, dass sich die Wettbewerbssituation des Standortes nicht gegenüber den konkurrierenden Häfen verschlechtert.

Bei der Vertiefung der Unterweser bis Bremen geht es um die Zukunft des Stückgutumschlages in Bremen sowie um die

Standortbedingungen der hafennahen Industriebetriebe. Gegen diese Maßnahmen wurden verschiedene Klagen eingereicht. Über die Verbandsklage des BUND hat das Bundesverwaltungsgericht am 11. Juli 2013 entschieden. Es hat den Planfeststellungsbeschluss zur Anpassung von Außen- und Unterweser weder vollständig verworfen noch bestätigt, sondern einen Vorlage- und einen Hinweisbeschluss erlassen.

Der Vorlagebeschluss besagt, dass verschiedene wasserrechtliche Fragen dem Gerichtshof der Europäischen Union zur Klärung vorgelegt werden müssen. Hierbei geht es insbesondere um die Maßstäbe des in der europäischen Wasserrahmenrichtlinie festgelegten Verschlechterungsverbot. Unabhängig von der Klärung dieser europarechtlichen Fragen hat das Bundesverwaltungsgericht noch weitere Bedenken geltend gemacht und Fehler in dem Hinweisbeschluss benannt. Es hat jedoch den Planern die Möglichkeit eingeräumt, in einem ergänzenden Verfahren diese Fehler zu beheben. Die Fehler-Liste ist abschließend, das heißt weitere Bedenken bestehen nicht. Die Bundeswasserstraßenverwaltung muss jetzt diese Hinweise sorgfältig und vollständig abarbeiten.

Die Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts bedeutet nach Einschätzung der Handelskammer im besten Fall eine Zeitverzögerung von mindestens zwei Jahren. Erfahrungsgemäß dürfte die tatsächliche Verzögerung aber länger dauern.

Mittelweser: Ausbau „light“ sinnvoll?

Ziel des Ausbaus der Mittelweser ist es, die Befahrbarkeit mit dem Großmotorgüterschiff (110 Meter Länge) zu ermöglichen, das gegenüber dem bislang üblichen Europaschiff (85 Meter Länge) erheblich mehr laden kann. Der Einsatz des Großmotorgüterschiffs gilt als Voraussetzung für Verkehrszuwächse auf dieser Strecke und für eine Stärkung der Binnenschifffahrt im Hinterlandverkehr der bremischen Häfen. Notwendig sind der Ausbau von Flussabschnitten und die Erweiterung der Schleusen. Die neue Schleuse Dörverden ist bereits seit dem 9. September 2013 in Be-

trieb. Die Schleuse Minden soll Ende 2014 fertiggestellt sein. Der Ausbau der Mittelweser wird sowohl vom Bund als auch von Bremen finanziert. Grundsätzlich soll ab 2015 die Mittelweser mit Großmotorgüterschiffen befahrbar sein. Wegen der allgemeinen Mittelknappheit sowohl im Bundesverkehrshaushalt als auch in Bremen soll nun jedoch auf einige der Ausbaumaßnahmen vorerst verzichtet werden. Die damit verbundenen verkehrlichen Einschränkungen sollen in Kauf genommen werden. Für die Handelskammer ist es fraglich, ob mit einer derart eingeschränkten Befahrbarkeit noch die verkehrlichen Ziele erreicht werden können. Der angekündigte Nachweis durch Verkehrssimulationen steht noch aus.

Metropolregion Nordwest: Profil geschärft

Die Metropolregion Nordwest hat in den nahezu sechs Jahren ihres Bestehens eine Fülle von Aktivitäten entfaltet und ein Profil als dynamischer Wirtschaftsraum aufgebaut. Im Vordergrund stand die schnelle Erschließung und Vernetzung ihrer Potenziale in chancenreichen Zukunftsfeldern und Leitbranchen. Jedoch haben sich die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen insgesamt so verändert, dass die Metropolregion Nordwest ihre strategische Ausrichtung anpassen und neue Chancen ergreifen muss.

Hierzu hat der Förderverein Wirtschaft pro Metropolregion eine Studie des Hamburgischen Weltwirtschafts-Instituts initiiert, die wichtige Hinweise für die zukünftigen strategischen Schwerpunkte gegeben hat. Im Schulterschluss mit den nordwestdeutschen Industrie- und Handelskammern setzt sich die Handelskammer Bremen dafür ein, dass sich die Metropolregion als Organisation noch stärker den strukturpolitischen Herausforderungen stellt und ihre Cluster konzentriert weiterentwickelt. Daneben sind eine wirksame Euro-



In der Überseestadt hält der Boom an. Mittlerweile hat sich eine vielfältige Nutzung durchgesetzt.

pastrategie, ein wahrnehmbares Regionalmarketing, die Unterstützung eines nachhaltigen und auf Innovationen setzenden Wirtschaftswachstums sowie weitere Impulse für den Fachkräftemarkt in den unterschiedlichen Branchen der Nordwestregion nötig.

In der Binnenorganisation der Metropolregion hat es Veränderungen gegeben. Nach dem Wechsel von Landrat Dr. Jörg Mielke in die niedersächsische Staatskanzlei hat jetzt der Ammerländer Landrat Jörg Bensberg den Vorsitz der Metropolregion inne. Zugleich hat Dr. Anna Meincke die Geschäftsführung übernommen. Mehrere große Konferenzen widmeten sich Fachthemen: die Regionalkonferenzen der Gesundheitswirtschaft am 21. August in Delmenhorst zum Thema Fachkräfte, das Jahrestreffen der Automobilwirtschaft am 20. November in Bremen zum Thema Internationalisierung und die 3. Regionalkonferenz Logistik am 17. Dezember in Bremerhaven zum Thema Nachhaltigkeit.

Überseestadt: ungebremte Dynamik

Die Überseestadt hat in ihrer Entwicklungsdynamik nicht nachgelassen. Mit ihrer Vielfalt und Prosperität trägt sie maßgeblich zur Profilierung des Wirtschaftsstandortes Bremen bei. 2013 wurden wiederum viele Projekte realisiert bzw. angeschoben. So entstanden in direkter Nachbarschaft zum Weser Tower ein Steigenberger-Hotel und ein Varieté-Theater.

Im Bereich des ehemaligen Weserbahnhofs wurden die Gebäude Luv und Lee nebst einem Parkhaus errichtet. Im Luv wird die wpd-Unternehmensgruppe einziehen, Lee wird verschiedene Dienstleister beherbergen. Die gesamte Bürofläche beträgt rund 11.000 qm. Nach seinem Umbau bietet das ehemalige Hafengelände Schuppen 1 auf 35.000 qm Platz für einen ungewöhnlichen Nutzungsmix: Es gibt ein Zentrum für historische Automobile, Sportangebote sowie Flächen für Wohnen, Büro und Gastronomie. Nördlich

der Konsul-Smidt-Straße baut die Strabag Real Estate GmbH das neue Hauptzollamt Bremen, ein Bürogebäude mit rund 5.200 qm Nutzfläche.

Ganz in der Nähe entwickelt die Weser-Wohnbau GmbH das Übersee-Kontor mit ca. 4.400 qm Büro- und Gewerbeflächen. Mit dem Baubeginn der Projekte Weinkontor, Parkkontor und Lofthaus 4 investiert die Justus Grosse Projektentwicklung GmbH in drei weitere Bürobauten in der Überseestadt. In dem denkmalgeschützten kernsanierten Weinkontor befinden sich 12.000 qm an Loft- und Büroflächen. Das Parkkontor und das Lofthaus 4 haben jeweils mehr als 2.000 qm an Büroflächen. Das Parkkontor in unmittelbarer Nähe des Weinkontors und direkt am Hilde-Adolf-Park ist bereits vollständig vermietet und wird im Frühjahr 2014 abgeschlossen sein. Am Landmark Tower wird zurzeit das Lofthaus 4 direkt am neuen Überseepark errichtet.

Im Herbst 2013 haben die ersten Freiberufler, Kleinunternehmen und Startups die neue Coworking-Bürolandschaft im Port Vier am Europahafen bezogen. Das WeserWork genannte Projekt umfasst 60 Arbeitsplätze (für Menschen mit Einschränkungen) auf 700 qm, bietet Sekretariatsleistungen und hat eine soziale Komponente. Betreiber der Integrationsfirma ist die gemeinnützige Alpha-Haus GmbH.

Die in der Überseestadt ansässigen hafenauffinen Industrie- und Umschlagsunternehmen leisten einen wichtigen Beitrag zur positiven Entwicklung des Quartiers. Mit ihren neuen Nachbarn auf den gemischt genutzten Arealen im Bereich des Europahafens und der Hafenkante haben sie Vereinbarungen für eine konfliktfreie Koexistenz getroffen. Der Holz- und Fabrikhafen mit seinen umschlagsintensiven Nutzungen sowie das Gebiet der Stromkaje rund um Kelloggs und Reismühle stellen intakte industriennahe Hafengebiete dar. Die Stadt ist in der Pflicht, das Nebeneinander vorhandener Industrieunternehmen und heranrückender neuer Nutzungen planungsrechtlich so zu sichern, dass beides konfliktfrei bleibt.

Bremen-Nord: Wirtschafts- politik für die Zukunft

Für Bremen-Nord ist eine engagierte und auf die Zukunft ausgerichtete Wirtschafts- und Strukturpolitik enorm wichtig. Es besteht zweifellos ein deutlicher Zusammenhang zwischen Wirtschaftskraft, Arbeitsplatzbesatz und Entwicklung der Wohnbevölkerung. Mehr als andere Regionen ist Bremen-Nord auf Impulse zur Steigerung seiner Standortattraktivität und zur Schaffung zukunftsfähiger Arbeitsplätze angewiesen. Dazu bedarf es ernsthafter Wirtschaftsorientierung, Durchsetzungsfähigkeit und Verlässlichkeit über das politische Tagesgeschäft hinaus.

Wie die Gemengelage bei den wichtigen Zukunftsprojekten Lesum-Park und Science Park zeigt, hat Bremen-Nord einen schwierigen Weg vor sich. Die Stadtgemeinde ist hier gefordert, zukünftige Entwicklungen zu unterstützen. Dies gilt insbesondere auch für das BWK-Gelände, das als zukunftsfähiger Industriestandort am seeschifftiefen Wasser unbedingt erhalten und weiter entwickelt werden muss. Die Handelskammer fordert zudem, dieses Areal vollständig aus dem geplanten Wasserschutzgebiet (siehe auch Seite 27) auszunehmen.

Verkehrsentwicklungsplan in Arbeit

Mit der Erarbeitung des Verkehrsentwicklungsplans (VEP) folgt der Senat einer Forderung der Handelskammer nach einem strategischen Gesamtverkehrskonzept, das den Wirtschaftsverkehr angemessen berücksichtigt. Der VEP soll bis zum Frühjahr 2014 vorliegen. Das Wirtschaftsressort, die Handelskammer sowie der ADAC arbeiten in einem ständigen Projektbeirat daran mit. In dem Beirat sitzen auch Vertreter aller Bürgerschaftsfraktionen sowie der BUND und der ADFC.

Im Gespräch: (v.l.)
der Kieler Minister-
präsident Torsten Albig,
Hamburgs Erster Bürger-
meister Olaf Scholz, Bür-
germeister Jens Böhrnsen
und Handelskammer-
Präses Christoph Weiss im
Bremer Rathaus



Leistungsbilanzen

Ziel der Handelskammer ist es, dass Standortqualität, Wirtschaftsverkehr und Erreichbarkeit wesentliche Bestandteile des VEPs werden. Der VEP muss sich auch Wachstumsthemen widmen und entsprechende Ziele benennen: Wachstum der Wohnbevölkerung als bremisches Politikziel, Wachstum im Güterumschlag und im Wirtschaftsverkehr, Wachstum der Beschäftigtenzahlen sowie Wachstum bei Anzahl und Wegelänge für Fahrten zu Städten von Freizeit und Konsum. Die Handelskammer hat hierfür einen Beteiligungsprozess organisiert, der es den Unternehmen, Verbänden und weiteren Wirtschaftsakteuren ermöglicht, sich stets aktuell über den Fortgang des VEPs zu informieren und in eigenen Unternehmer-Workshops ihre spezifischen Anliegen einzubringen.

Um den Meinungs- und Informationsaustausch zwischen Politik, Verwaltung und Unternehmen auch über die Erstellung des VEP hinaus zu verstetigen, hat der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr einen Vorschlag der Handelskammer zur Einrichtung eines „Arbeitskreises Wirtschaftsverkehr“ unter Einbeziehung der Verkehrs- und Logistikverbände sowie von Vertretern wichtiger Gewerbegebiete aufgegriffen.

Innenstadtkonzept Bremen 2025: für Bremens Zukunft

Innenstadtentwicklung ist eine Gemeinschaftsaufgabe von Politik und Verwaltung sowie von Immobilieneigentümern, Projektentwicklern, Einzelhändlern, Kulturschaffenden und weiteren Akteuren. Am 2. September 2013 wurde das Innenstadtkonzept Bremen 2025 vorgestellt, das eine Vision, ein neues Leitbild, einen Orientierungsrahmen beschreibt. Das Konzept zeigt Wege zu mehr Wettbewerbsfähigkeit und zur weiteren Stärkung der Urbanität auf. Die Fachressorts und die Handelskammer haben dieses Innenstadtkonzept gemeinsam entwickelt und sie wollen es auch gemeinsam umsetzen.

Das Innenstadtkonzept ist eine Einladung an Investoren und ansässige Unternehmen, sich mit dem Standort Innenstadt zu beschäftigen. Um auch private Investitionen auszulösen, bedarf es folgender Voraussetzungen:

- einer positiven Entwicklung des Umfeldes,
- eines betriebswirtschaftlich verlässlichen Planungshorizonts,
- einer investitionsfreundlichen Gesamtatmosphäre,
- einer auch von Politik und Verwaltung mitgetragenen Aufbruchstimmung,
- dem gemeinsamen Willen, die Besucherfrequenz in der Innenstadt und die Lebendigkeit des Stadtkerns zu erhöhen.

Für die Handelskammer ist entscheidend, dass die oberzentralen und erlebnisorientierten Angebote der Innenstadt mit jedem Verkehrsmittel gut erreichbar bleiben. Dies gilt für die 50.000 Bewohner der erweiterten Innenstadt und die rund 80.000 hier Beschäftigten ebenso wie für die täglich 90.000 Besucher, seien es Kunden des Einzelhandels, Touristen oder Theaterbesucher. Mit Blick auf den Wirtschaftsverkehr ist es für den Innenstadthandel wichtig, dass die zentralen innenstadtorientierten Hauptstraßenzüge (Osterdeich, Am Dobben, Breitenweg, Hafenrandstraße, Friedrich-Ebert-Straße etc.) restriktionsfrei und leistungsfähig bleiben. Zudem muss das Parkraumkonzept fortgeschrieben werden insbesondere mit Blick auf die Entwicklung des Ansgarviertels und des wegfallenden Parkhauses Am Brill.

8. Nationale Maritime Konferenz in Kiel

Im April trafen sich Fachleute aus Wirtschaft, Politik und Verwaltung zur 8. Nationalen Maritimen Konferenz in Kiel. Die IHK Nord hatte unter Federführung der Handelskammer Bremen (die den Vorsitz des DIHK-Arbeitskreises Seeverkehr und Häfen innehat) ein umfangreiches Positionspapier veröffentlicht. Neben den klassischen Häfen- und Seeverkehrsthemen werden darin auch die Themen Schiffbau, ma-

ritime Technologien sowie Klima- und Umweltschutz behandelt. Das Positionspapier stieß sowohl in den Medien als auch bei den Konferenzteilnehmern auf große Resonanz und ist im Internet als Download erhältlich: www.handelskammer-bremen.de.

Neues Hafepakett der EU-Kommission: Nachbesserungen notwendig

Im Frühjahr hat die EU-Kommission eine neue Verordnung über den Marktzugang bei den Hafendiensten vorgelegt. Die Handelskammer nahm dazu gegenüber dem Berichterstatter im Europäischen Parlament, dem Abgeordneten Knut Fleckenstein, kritisch Stellung. Im Kern wird nach Meinung der Kammer nicht deutlich, warum die Kommission mit einer Verordnung als schärfste Form der EU-Rechtsetzung ihre Ziele verfolgt. Eine Verordnung schränke die nationalen Gestaltungsspielräume in den Hafenspolitiken massiv ein. Die Handelskammer hält eine Richtlinie für ausreichend.

Des Weiteren beanstandet sie das Verfahren zur Abschätzung der Bürokratiekosten: Die EU-Kommission beziffert die jährlichen Bürokratiekosten für die maritime Branche auf lediglich 2,2 Millionen Euro. Demgegenüber wurden Einsparungen bei den gesamten Hafenkosten in Höhe von rund einer Milliarde Euro ermittelt. Weder ist nachprüfbar, wie diese Zahlen zustande kommen, noch nach welcher Methodik hier vorgegangen wurde. Die Kommission räumt selbst ein, dass „für KMU und Mikrounternehmen sich die Gesamtwirkung der Bürokratielast nur schwer einschätzen lässt.“ Die Handelskammer sieht noch erheblichen Nachbesserungsbedarf bei Transparenz und Nachvollziehbarkeit der Zahlen. Das EU-Hafepakett wird wohl frühestens 2014 vom Europäischen Parlament verabschiedet.



(l.) Herbstsitzung des DIHK-Ausschusses für Gesundheitswirtschaft in Bremen; (r.) die Flugsteuer richtet Schaden an.



Keine Versicherungssteuer für Reeder

Die Handelskammer hat im Zuge der „Initiative Maritimer Standort Nordwest“ Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble Anfang des Jahres 2013 aufgefordert, die Versicherungssteuer für Erlöspools in der Schifffahrt zurückzunehmen. Die deutschen Finanzbehörden hatten Ende 2012 bis zu sieben Jahre rückwirkende Steuerbescheide an Reeder verschickt. Seit Jahrzehnten sind Einnahmepools in der internationalen Schifffahrt aber üblich, um Schwankungen auf den Chartermärkten aufzufangen. Die Erlöspools dienen der Verteilung von Einnahmen und nicht dem Ausgleich von Verlusten. Deshalb fallen sie nach Meinung der Handelskammer nicht unter das Versicherungssteuergesetz. Dieses hat die schwarz-gelbe Koalition noch im April zugunsten der Reeder geändert. Erlöspools unterliegen damit rückwirkend und bis Ende 2015 nicht der Versicherungssteuerpflicht.

Erweitert: DIHK-AK Seeverkehr, Häfen & Maritimer Umweltschutz

Der Arbeitskreis (AK) unter Vorsitz der Handelskammer Bremen tagte im Mai in Hamburg und im September in Duisburg, wo parallel die diesjährige „Maritime Roadshow“ der IHK Nord mit den Verkehrs- und Wirtschaftsministern Michael Groschek (NRW) und Olaf Lies (Niedersachsen) sowie dem Maritimen Koordinator der Bundesregierung, Hans-Joachim Otto, stattfand. Diskutiert wurden vor allem über die Hafenhinterlandanbindung und die Einsatzmöglichkeit von Flüssiggas (LNG) als alternativen Schiffstreibstoff. Zur Jahresmitte wurde der IHK-Nord-Arbeitskreis „Maritimer Umweltschutz“ in den DIHK-Arbeitskreis integriert. Künftig heißt er „DIHK AK Seeverkehr, Häfen & Maritimer Umweltschutz“.

Info-Veranstaltungen zur Transport- und Logistikwirtschaft

Die Handelskammer Bremen hat 2013 in einer Reihe von Fachveranstaltungen unternehmensstrategische sowie tagesaktuelle Themen für die Transport- und Logistikwirtschaft erörtert. Im Einzelnen wurden dabei folgende Themen behandelt: Neuerungen im Transportrecht, Gelangensbestätigung, Green Logistics, Nachhaltigkeitsstrategien für kleine und mittlere Logistikunternehmen, schnelles Internet, IT-Sicherheit sowie Sachstand und Chancen der Y-Trasse.

Airport Bremen: Petition gegen Flugsteuer

Die Handelskammer Bremen hat die von der Vereinigung Cockpit in den Deutschen Bundestag eingebrachte Petition zur Abschaffung der Luftverkehrssteuer unterstützt. Diese hat nach Ansicht der Wirtschaft dem Luftverkehrsstandort Deutschland massiv geschadet. Neben der betroffenen Wirtschaft rief die Handelskammer Ende April auch die Bürger auf, die Petition zu unterstützen. Die Eingabe war erfolgreich: Mehr als 90.000 Unterschriften wurden gesammelt. Damit wurde die erforderliche Mindestzahl von 50.000 weit übertroffen. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble hat die Forderungen der Luftverkehrsbranche auf eine baldige Rücknahme der Ticketsteuer allerdings wiederholt abgelehnt.

DIHK-Ausschuss diskutierte Gesundheitspolitik

Auf Einladung der Handelskammer Bremen fand die Herbstsitzung des DIHK-Ausschusses für Gesundheitswirtschaft in Bremen statt. Im Haus Schütting trafen sich rund 50 Vertreter der deutschen Kammern und der Gesundheitswirtschaft, um unter Leitung des DIHK-Ehrenpräsidenten Ludwig-Georg Braun über aktuelle gesundheitspolitische Themen und Entwicklungen sowie über Fragen des Krankenversicherungswesens zu diskutieren. Ein Tagesordnungspunkt galt dem Verein Gesundheitswirtschaft Nordwest. Der hkk-Vorsit-

zende Michael Lempe informierte die Ausschussmitglieder über die Aktivitäten und Ziele des Vereins.

Zweite Informationsveranstaltung zur Gesundheit im Betrieb

Aufgrund der demografischen Entwicklung wird die Zahl der Arbeitskräfte in Deutschland bis zum Jahr 2025 um rund sechs Millionen sinken. Um bestehende Fachkräfte in den Betrieben zu halten und neue zu gewinnen, rückt die Förderung der Gesundheit der Beschäftigten immer stärker in den Fokus. Der Verein Gesundheitswirtschaft Nordwest griff dieses Thema am 12. November 2013 bei einer Tagung in der Handelskammer auf, auf der unter anderem Gesundheitssenator Dr. Hermann Schultes-Sasse, Handelskammer-Hauptgeschäftsführer Dr. Matthias Fonger und Dr. Norbert Hemken, Vorstandsmitglied Gesundheitswirtschaft Nordwest e. V., sprachen.

Mehr als 100 Teilnehmer aus dem öffentlichen Dienst, aus Handwerksbetrieben, kleinen und mittleren Firmen aller Branchen nahmen an der Informationsveranstaltung unter dem Titel: „Gesundheit im Betrieb: Fördern, Mangeln, Erleben“ teil. Das Netzwerk Gesundheitswirtschaft Nordwest e. V. organisierte die Tagung bereits zum zweiten Mal gemeinsam mit der Handelskammer Bremen. In parallel laufenden Workshops konnten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in drei aufeinander folgenden Zeitblöcken informieren, innovative Gesundheitsmaßnahmen kennen lernen, Fragen stellen und diskutieren. Das Themenspektrum reichte von Weiterbildungen im Gesundheits- und Sozialbereich, der Vorstellung von Best-Practice-Beispielen wie Gesundheitszirkeln, Gesundheits-Checks sowie Bewegungsangeboten zum Ausprobieren, bis zur individuellen Beratung im Micro-Coaching.

Wieder in
Bremerhaven:
Chiquita-Schiffe
legen wöchentlich
in der Seestadt an.



Bremerhaven

3. Regionalkonferenz Logistik

Die Metropolregion Nordwest veranstaltet jährlich eine Regionalkonferenz Logistik. 2013 fand die 3. Regionalkonferenz in Bremerhaven statt. In Fachvorträgen wurden unter anderem alternative Fahrzeugantriebe, „grüne“ Logistikkimmobilien und intelligente Logistiksysteme beschrieben. Weitere Themen waren das Metropolregion-Projekt „Smart Supply Chain“ und die nachhaltige Unternehmensführung. Außerdem wurde der PTS Packaging Award verliehen.

Bremerhavener Fischessen in Berlin

Auf Einladung der Bremerhavener Fischindustrie, der Fischereihafen-Betriebsgesellschaft mbH (FBG) und der IHK nahmen 2013 mehr als 120 Gäste aus Politik und Wirtschaft an dem traditionellen Bremerhavener Fischessen in Berlin teil. Das Event in der Bremischen Landesvertretung ist ein geschätztes Gesprächsforum und eine beliebte Kontaktbörse der Fischereipolitik. Die Rede zur Lage der deutschen Fischwirtschaft hielt Thomas Beyer, Inhaber der Meereskost GmbH. Für ihre nahezu energie neutrale Betriebsstätte wurde das Unternehmen mehrfach ausgezeichnet. In seinem Vortrag „Die Top-5 des Unsinn“ über Veröffentlichungen zum Thema Fisch“ klärte Dr. Christoph Zimmermann vom Thünen-Institut Rostock über Missverständnisse in der Öffentlichkeit zum Fischbestand auf. Die Fischbestände seien bei weitem nicht so stark gefährdet wie in den Medien oft berichtet.

Rückkehr der Chiquita-Schiffe

Der Chiquita-Konzern, einer der weltweit größten Bananenproduzenten, unterhält

seit Anfang 2013 wieder einen wöchentlichen Liniendienst nach Bremerhaven. Die Schiffe erreichen Bremerhaven montags zum Schichtbeginn gegen 6:00 Uhr und verlassen den Hafen wieder dienstags zur Mittagszeit. Nachdem der Transport mit eigenen Schiffen 2012 zunächst eingestellt worden war, revidierte Chiquita diese Entscheidung wenige Monate später. Davon profitiert auch die Bremerhavener Firma Heuer Logistics. Sie rechnet jetzt wieder mit 300.000 Tonnen Bananenumschlag pro Jahr sowie mit 150.000 Tonnen Projektladungen und General Cargo.

Tagung des Deutschen Städtetages

Im Februar 2013 kam der Hauptausschuss des Deutschen Städtetages in Bremerhaven zusammen. Er besteht aus insgesamt 141 von den Landesverbänden entsandten Mitgliedern, die dreimal jährlich an unterschiedlichen Orten tagen. Das Präsidium konferierte ebenfalls in Bremerhaven. Der Deutsche Städtetag ist ein Zusammenschluss von 3.400 kreisfreien und kreisangehörigen Städten und Gemeinden.

IHK-Präsident Kramer neuer BDA-Präsident

IHK-Präsident Ingo Kramer wurde im November 2013 zum neuen Präsidenten der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) gewählt. Kramer war seit 2003 Mitglied des Präsidiums und zuletzt Vizepräsident. Er ist Präsident der Landesvereinigung der Arbeitgeber- und Unternehmensverbände in Bremen, Vorsitzender des Arbeitgeberverbandes Nordmetall und hat von 2001 bis 2011 als Verhandlungsführer die Tarifpolitik der norddeutschen Metall- und Elektroindustrie federführend verantwortet. Kramer ist seit mehr als 30 Jahren geschäftsführender Gesellschafter der Firmengruppe J. Heinr. Kramer; er führt das weltweit tätige Familienunternehmen mit 260 Mitarbeitern in dritter Generation.

Förderverein Pro A20 e.V.

Die IHK Bremerhaven unterstützt die Arbeit des Fördervereins Pro A20 e. V. Der Verein hat sich 2013 auf Lobby-Arbeit und Hintergrundgespräche konzentriert. 2014 sind wieder öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen und Aktionen wie die Veranstaltungsreihe „10 x 11,3 km“ geplant. Auf der Mitgliederversammlung im Januar 2013 wurde der Vorstand mit Emanuel Schiffer an der Spitze einstimmig in seinen Ämtern bestätigt. Geschäftsführer ist IHK-Geschäftsführer Wilfried Allers. Im September traf sich der parlamentarische Beirat des Fördervereins zur Mitgliederversammlung in Hannover. Die Vorsitzende Astrid Vockert wurde für zwei Jahre wiedergewählt. Stellvertreter der CDU-Landtagsabgeordneten aus Schiffdorf bleibt der niedersächsische Wirtschafts- und Verkehrsminister Olaf Lies (SPD).

Deutsche Gesellschaft für angewandte Wissenschaften

Im April 2013 fand das zweitägige internationale Wirtschafts- und Transportforum der Deutschen Gesellschaft für angewandte Wissenschaften (DGAW) in Bremerhaven statt. Unter dem Titel „Europa 2030 im Spannungsfeld multipolarer Herausforderungen“ wurden unter anderem diese Themen behandelt: Zukunft von Dollar, Euro und Yuan, Energieversorgung, neue Kooperations- und Konzentrationsstrategien in Industrie und Handel, Protektionismus versus Liberalisierung, Globale Supply Chains, neue Sicherheitsstrukturen und Piraterie. Am zweiten Tag fand der Europäische Hafentag statt, eine Veranstaltung der DGAW in Zusammenarbeit mit der Deutschen Verkehrswirtschaftlichen Gesellschaft e. V. Hier wurde über die neuen Wettbewerbsbedingungen in der maritimen Wirtschaft und die Situation von Terminalbetreibern und Reedern diskutiert. Schirmherr der Tagung war Martin Schulz, Präsident des Europäischen Parlaments.



Das Bremerhavener Fischessen in Berlin: Gesprächsforum und Kontaktbörse zur Fischereipolitik

Veranstaltungsreihe „Bremerhaven im Aufbruch“

Die gemeinsame Veranstaltungsreihe „Bremerhaven im Aufbruch“ von IHK und Wirtschaftsförderungsgesellschaft BIS wurde im April 2013 unter dem Titel „Entwicklungen, Innovationen und Projekte in der Fisch- und Lebensmittelwirtschaft“ in Bremerhaven fortgesetzt. Sechs Unternehmensvertreter stellten ihre Betriebe vor: die Transgourmet Seafood GmbH, die Frozen Fish International GmbH, die H.-J. Fiedler Meeresdelikatessen GmbH, die Fischereihafen-Betriebsgesellschaft, die Meereskost GmbH und die Frosta AG.

Eine weitere Veranstaltung fand im Oktober statt. Sie widmete sich Entwicklungen, Innovationen und Projekten in der Bremerhavener Logistikbranche. Folgende Unternehmen waren beteiligt: Schnellecke Logistics Wolfsburg GmbH, Eurogate GmbH & Co. KGaA KG, GCD Glomb Container Dienst GmbH, Cordes GmbH & Co. KG, LSA Logistik Service Agentur GmbH, Institut für Seeverkehrswirtschaft und Logistik.

Stiftungspreis für das Junge Theater im Pferdestall

Der mit 5.000 Euro dotierte Stiftungspreis der Bremerhavener Wirtschaft ging 2013 an das Junge Theater im Pferdestall (JUP!). Es ist 2011 zum 100-jährigen Bestehen des Stadttheaters gegründet worden. Veranstaltungsstätte ist der Pferdestall in der Gartenstraße 5-7. Unter anderem produzieren Kinder und Jugendliche unter dem JUP!-Dach und unter professioneller Anleitung eigene Stücke bzw. bearbeiten Stücke. Die Stiftung der Bremerhavener Wirtschaft wurde 2000 aus Anlass des 125-jährigen Bestehens der IHK Bremerhaven gegründet. Seitdem verleiht sie den Stiftungspreis alle zwei Jahre. Ausgezeichnet werden herausragende Projekte und Initiativen aus Bildung, Wissenschaft, Kunst und Kultur.



Alexander Taskov, Absolvent der Jacobs University, hat den mit 2.000 Euro dotierten „PTS Packaging Award 2013“ gewonnen, der auf der 3. Regionalkonferenz Logistik in Bremerhaven vergeben wurde.



Stiftungspreis der Bremerhavener Wirtschaft: 5.000 Euro erhielt das Junge Theater im Pferdestall.



Die 9. Bremer Unternehmertage fanden Ende September 2013 in der Jacobs University und im Haus Schütting statt.

Industrie, Innovation, Umwelt

Bremen

Bremer Unternehmertage 2013: Alle blicken nach China

„China Goes Europe - Was haben wir zu erwarten?“ lautete das Thema der 9. Bremer Unternehmertage am 26. und 27. September 2013. Der Mittelstandskongress – eine gemeinsame Veranstaltung der Jacobs University Bremen, der Universität Bremen und der Handelskammer – bot den rund 140 Unternehmern und Entscheidern aus dem nordwestdeutschen Raum ein vielfältiges Programm. Das Leitthema spiegelte einen Trend wider, der sich auch in Bremen abzeichnet. Während es bisher vor allem deutsche Unternehmen auf den riesigen, noch ungesättigten Markt in China zog, streben nun chinesische Investoren nach Europa.

Zum Auftakt der Unternehmertage im Haus Schütting betonte Nicholas Niggli, Schweizer Botschaft in London, in der Kaminabendrede die Bedeutung des WTO-Beitrittes Chinas als weiteren Meilenstein in der Marktöffnung des Landes. Am zweiten Tag wurde die Veranstaltung auf dem Campus der Jacobs University fortgesetzt. Experten aus unterschiedlichen Fachgebieten und Wirkungsfeldern beleuchteten dabei die unternehmerischen Herausforderungen, die sich aus der Öffnung Chinas und der stärkeren Auslandspräsenz chinesischer Investoren ergeben. Der nächste Bremer Mittelstandskongress findet am 25. und 26. September 2014 statt.

Novelle des Abfallortsgesetzes: höhere Belastung, mehr Bürokratie

2013 ist das Bremische Abfallortsgesetz novelliert worden. Es regelt die Abfallsorgung in der Stadt Bremen, insbesondere, welche und wie viele Abfallbehältnisse zur Verfügung gestellt und wie häufig diese geleert werden. In einer Gebührenordnung werden die Beiträge festgelegt, die auf private Haushalte und Unternehmen umgelegt werden. Mit der Einführung von Grundgebühren und der Anpassung der Leistungsgebühren sollen steigende Kosten der Abfallentsorgung aufgefangen werden: Nach 17 Jahren ohne Gebührensteigerung prognostiziert das Umweltressort für die kommenden Jahre einen Gebührenermehrbedarf in Höhe von insgesamt rund 15 Prozent.

Die Handelskammer Bremen hat in Stellungnahmen und Gesprächen mit den senatorischen Behörden insbesondere den überproportionalen Anstieg der Gebühren für Abfallgroßbehälter kritisiert. Nach der Gesetzesnovelle sollen die Gebühren für einen 1.100-Liter-Behälter um 24 Prozent und für die Entleerung eines 770-Liter-Gefäßes sogar um mehr als 69 Prozent steigen, wenn man berücksichtigt, dass das gleichzeitig zulässige Höchstgewicht dieser Tonne von 450 Kilogramm auf 320 Kilogramm gesenkt wird.

Die Kammer kritisierte ebenfalls das Vorhaben des Umweltressorts, die Ausstattung der Unternehmen mit Restmüllbehältern neu zu regeln. Basis war bisher die Selbsteinschätzung der Unternehmen. Mit der Novelle setzt das Umweltressort auf starre Mindestbehältervolumen. Für Unternehmen der Industrie bedeutet dies beispielsweise, dass sie pro Beschäftigten fünf Liter Restabfallvolumen pro Woche zugewiesen bekommen – unabhängig vom individuellen Bedarf.

Diese „Arbeits erleichterung“ für die Behörde wird teuer mit zusätzlicher Bürokratie erkaufte – und zwar auf Seiten der Unternehmen wie auch der Behörde selbst. Zukünftig muss die Mehrzahl der rund 45.000 Bremer Unternehmen Zu- und Abgänge bei ihren Mitarbeiter nicht nur den Sozialkassen und dem Finanzamt, sondern auch der Abfallbehörde mitteilen.

Die Handelskammer hat insbesondere hinsichtlich der neuen Grundgebühr für Unternehmen nach Bürofläche eine Anpassung der Novelle gefordert: Während der Begriff der Bürofläche im ersten Entwurf überhaupt nicht ausgeführt wurde, sieht das Gesetz nun eine umfassende Legaldefinition vor. Zudem wurden im Abfallortsgesetz Ausnahmetatbestände aufgenommen, bei denen unter bestimmten Umständen von den vorgeschriebenen Mindestbehältervolumen abgewichen werden kann.

Spitzenausgleich und Energieeffizienz

Die Umgestaltung der Spitzenausgleich-Effizienzsystemverordnung (SpaEfV) 2012 sorgte für akuten Handlungsbedarf bei Unternehmen des produzierenden Gewerbes. Entlastungen von der Energie- und Stromsteuer in Sonderfällen werden seitdem an die Einführung eines Energiemanagementsystems bzw. gleichwertiger Systeme zur Verbesserung der Energieeffizienz geknüpft. Reichte bis dato ein einfacher Nachweis für Entlastungen von der Energie- und Stromsteuer, brauchen kleine und mittlere Unternehmen nunmehr für die Nachweisführung Testate über den Betrieb eines Energiemanagementsystems bzw. ein Zertifikat oder einen Auditbericht einer



Es gab mehr Interessenten als Plätze: Im November 2013 wurde zum fünften Mal die Lange Nacht der Industrie veranstaltet. Acht Unternehmen öffneten ihre Werkstore.

Leistungsbilanzen

akkreditierten Zertifizierungsstelle. Über dieses Thema hat die Handelskammer Bremen in Kooperation mit der Handwerkskammer Bremen auf einer Veranstaltung am 21. November 2013 informiert. Referiert haben Experten der Bremer Energie-Konsens GmbH, der RKW Bremen GmbH, der RWE Vertrieb AG und der swb Services GmbH & Co. KG.

Kritik an der Wasserschutzgebietsausweisung in Blumenthal

Seit vielen Jahrzehnten wird in Bremen-Blumenthal ein Wasserwerk betrieben. 2008 wurde die wasserrechtliche Bewilligung für Rohwasserbrunnen neu erteilt und gleichzeitig die Entnahme auf insgesamt 4,3 Millionen Kubikmeter Wasser pro Jahr erhöht. Im Zuge dieser Bewilligung wurde die Ausweisung eines Wasserschutzgebietes beantragt, das aufgrund der höheren Grundwasserentnahme deutlich größer ist als das bisherige. Laut einem vom Senat beauftragten Gutachten liegt das ehemalige Industriegelände der Bremer Woll-Kämmerei innerhalb der geplanten Wasserschutzgebietsausweisung.

Auf diesem Gelände haben sich mittlerweile gewerbliche Firmen angesiedelt, für die der industrielle Status des Gebietes eine wichtige Voraussetzung ist. Durch die Überplanung des Areals ergeben sich nun für diese Unternehmen zusätzliche Auflagen und Bedingungen, die ihre Aktivitäten einschränken könnten.

Die Handelskammer Bremen fordert deshalb, das ehemalige Industriegebiet der Bremer Woll-Kämmerei aus der Schutzzone herauszunehmen. Ein Teilerfolg ist erzielt worden: Ein betroffenes Unternehmen in der Randlage ist aus dieser Gebietszuweisung herausgenommen worden, andere Unternehmen dagegen nicht. Hier gibt es weiteren Klärungs- und Abstimmungsbedarf.

Brisant ist, dass das Gebiet gleich dreifach von aktuellen Raumplanungen betroffen ist: durch die Veränderung eines entsprechenden Bebauungsplanes, in dem nur noch auf Teilen der Fläche Industrie-

tätigkeit mit Einschränkungen möglich sein wird, die Fortschreibung des Landschaftsprogrammes Bremen, das für dieses Gebiet Durchschneidungen mit Erholungswegen und Grünverbindungen vorsieht, und schließlich die geplante Ausweisung eines Wasserschutzgebietes, die eine Nutzung des Areals als Industrie- und Gewerbefläche nochmals deutlich einschränkt.

Inbesondere im Hinblick auf die besondere Wettbewerbssituation der Unternehmen und der Arbeitsplatzentwicklung in Bremen-Nord hält die Handelskammer an der Forderung fest, das Wasserschutzgebiet kleiner auszuweisen, also die betroffenen Unternehmensareale herauszunehmen bzw. zumindest die Auflagen und die Konsequenzen abzumildern, die sich aus einer Wasserschutzgebietsausweisung ergeben.

Landschaftsprogramm 2020: Stadt-oasen contra Wirtschaftsraum

Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr entwickelt derzeit das Landschaftsprogramm 2020. Es soll das Programm von 1991 ablösen, Ziele von Naturschutz und Landschaftspflege im besiedelten und unbesiedelten Bereich konkretisieren und ein entsprechendes Maßnahmenpaket aufstellen. Im Entwurf wird die Maxime postuliert „Stadt ist Landschaft, Erholungsraum des Menschen, Teil des Wechselbezugs der Naturgüter sowie Lebensraum für wildlebende Pflanzen und Tiere“.

Bremen als Wirtschaftsraum für mehr als 45.000 Unternehmen und sechstgrößter Industriestandort wird dagegen im ersten Entwurf nur unzureichend berücksichtigt. Insbesondere Ausbau- und Erweiterungsmöglichkeiten für Industrie und gewerbliche Unternehmen werden durch diese Planung erschwert beziehungsweise unmöglich gemacht, wenn zum Beispiel Erholungswege und Grünverbindungen – durch Hafen- und Gewerbegebiete – geplant werden.

Die Einführung sogenannter Stadt-oasen bedroht zudem insbesondere den Bremer Industriepark, den Gewerbepark Hansalinie und das Gewerbegebiet Horn-Lehe, wenn in Randbereichen dieser Gebiete ei-

ne Lärminderung auf im Mittel 50 dB(A) angestrebt wird. Die Handelskammer hat hier interveniert und darauf gedrängt, die Planungen unter Beachtung der Belange Bremer Unternehmen zu modifizieren.

Lange Nacht der Industrie: ein Dauerbrenner

Am 21. November 2013 hat es zum vierten Mal in Folge in Bremen die „Lange Nacht der Industrie“ gegeben. Acht Unternehmen öffneten ihre Werkstore und stellten ihre Arbeitsprozesse vor: AREVA Wind GmbH, Daimler AG Werk Bremen, GESTRA AG, Hella Fahrzeugkomponenten GmbH, Kellogg (Deutschland) GmbH, Mondelez Deutschland, swb AG und ThyssenKrupp System Engineering GmbH. Eingeladen hatten die Handelskammer Bremen und der Arbeitgeberverband Nordmetall. An den Touren durch die Unternehmen nahmen mehr als 400 Gäste teil, darunter viele Schüler und Studierende, die sich für Karriere- und Entwicklungsmöglichkeiten interessierten.

Ausstellung „Gesichter der Nachhaltigkeit“

Die Ausstellung „Gesichter der Nachhaltigkeit, Menschen gestalten Unternehmen – Unternehmen gestalten Zukunft“ hat Porträts aus Bremer Unternehmen in der Zeit vom 2. März bis 8. Mai 2013 im Wilhelm-Wagenfeld-Haus gezeigt. In den fünf Bereichen Umwelt, Gesundheit, Arbeit und Leben, Vielfalt sowie Perspektiven wurde zahlreichen Facetten unternehmerischer Nachhaltigkeit und Verantwortung präsentiert. Geschäftsführer, Auszubildende oder langjährige Mitarbeiter kamen in der Ausstellung zu Wort und schilderten aus ihrer ganz persönlichen Perspektive, warum ihre Arbeit besonders sozialverträglich oder umweltfreundlich ist. Die Ausstellung, die ins-



Eine Ausstellung im Wilhelm-Wagenfeld-Haus zeigte „Gesichter der Nachhaltigkeit“, hier Bremerhavens Segelmacher (v.l.) Eva Erkenberg und Jan Hoheisel mit einer Mitarbeiterin.

gesamt von rund 1.700 Interessierten besucht wurde und an der sowohl die Handelskammer Bremen wie die IHK Bremerhaven mitgewirkt haben, zeigte, wie sich unternehmerisches Handeln langfristig positiv auf Mensch, Natur und Umwelt auswirkt und sich zugleich wirtschaftlich rechnet.

Veranstaltungen mit der initiative umwelt unternehmen

In der initiative umwelt unternehmen sind RKW, WFB, BIS, der Senator für Umwelt und Verkehr, Handelskammer Bremen, Energiekonsens, die Handelskammer Bremen und die IHK Bremerhaven Kooperationspartner. Lokal, national und europaweit gibt es eine Vielzahl von Fördermöglichkeiten für Unternehmen und wissenschaftliche Einrichtungen, die Maßnahmen mit positiven Umweltauswirkungen realisieren wollen. Darüber informierte eine Veranstaltung am 16. April 2013 im Wilhelm-Wagenfeld-Haus in Bremen. Im Blickpunkt standen die Förderprogramme des Landes Bremen sowie die Förderung durch das so genannte go-Inno-Programm des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie.

Elektromobilität gilt nach wie vor als alternative Antriebstechnologie mit den besten Zukunftschancen. Die Elektromobilität ist ein Schlüssel zu einer nachhaltigen klima- und umweltverträglichen Mobilität. Mehr als 60 Unternehmen aus der Region Bremen bilden den Kern der Unternehmensinitiative Elektromobilität (UI EIMo). Gemeinsam setzen diese Unternehmen ak-

tuell schon mehr als 60 E-Fahrzeuge ein und haben rund 70 Ladestationen aufgebaut. Für die Erprobung von Elektromobilität in der betrieblichen Praxis stehen Fördermittel des Bundes zur Verfügung. Eine Veranstaltung in der Handelskammer Bremen informierte über die Potenziale, die in der Elektromobilität stecken, und über die Fördermöglichkeiten, Elektromobilität in der Praxis einzusetzen sowohl für zwei- als auch für vierrädrige Fahrzeuge. Die Handelskammer Bremen beteiligt sich an dieser Initiative, in dem sie zwei E-Smarts für Dienstfahrten nutzt.

Arbeitskreis Gesundheit

Der Arbeitskreis Gesundheit ist eine Kooperation der Handelskammer Bremen, IHK Bremerhaven, der Handwerks- und Arbeitnehmerkammer Bremen, der Gewerbeaufsicht und der Senatorin für Bildung, Wissenschaft und Gesundheit. Trotz Zusatzkosten profitieren viele Betriebe von ihrem Engagement für betrieblichen Arbeits- und Gesundheitsschutz. Dafür warben unterschiedliche Veranstaltungen des Arbeitskreises zu diesem Thema, beispielsweise in der Ausstellung „Gesichter der Nachhaltigkeit, Menschen gestalten Unternehmen. Unternehmen gestalten Zukunft“ im Wilhelm-Wagenfeld-Haus in Bremen mit Gesundheitssenator Dr. Hermann Schultesasse.

Bei einer weiteren Veranstaltung am 19. September 2013 referierte Gertrud Vogel (Senator für Gesundheit) über das Thema „Das Arbeitszeitgesetz – Handlungsempfehlung oder Vorschrift?“. Der Fachanwalt für Arbeitsrecht Dr. Jörn Hüsemann sprach über die gesetzlichen Anforderungen.

Bremerhaven

Auszeichnungen in der Fischwirtschaft

Die Bremerhavener Fischwirtschaft stand 2013 bei der Verleihung des „Seafood-Stars“ des Fisch-Magazins, einer der bedeutendsten Auszeichnungen der Fischwirtschaft in Deutschland, im Rampenlicht. Die internationale Fachzeitschrift ehrte in Hamburg die scheidende Geschäftsführerin der Fischereihafen-Betriebsgesellschaft, Barbara Riechers-Kuhlmann, für ihr Lebenswerk. Den Ehrenpreis der Fischsystem-Gastronomie gewann die Restaurantkette Nordsee, größter Arbeitgeber der deutschen Fischbranche. Das Bremerhavener Unternehmen hat mit dem Strandcafé ein neues Restaurant-Konzept entwickelt und eingeführt. In der Kategorie „Bestes Matjes-Event“ wurden die Bremerhavener Matjesstage ausgezeichnet.

Getrennte Kanalbenutzungsgebühr

Zum 1. Januar 2014 werden in der Stadt Bremerhaven die Abwassergebühren geteilt und in Form einer getrennten Gebühr für Schmutz- und Niederschlagswasser erhoben. Berechnungsgrundlage für das Niederschlagswasser ist der Anteil der befestigten Fläche auf einem Grundstück – einschließlich der Dachflächen, die an einen öffentlichen Niederschlagswasser- oder Mischwasserkanal angeschlossen sind. Die IHK führte mehrere Gespräche mit den Entsorgungsbetrieben Bremerhaven (EBB) und dem Magistrat über einen Ausgleich der Mehrbelastungen für Betriebe. Auf zwei Veranstaltungen informierte die IHK die Unternehmen über die neuen Gebühren sowie die gesetzlichen Vorgaben und über mögliche Entsiegelungsmaßnahmen.



(v.l.) Präses Christoph Weiss und die Bildungs-senatorin Professorin Dr. Eva Quante-Brandt ehrten Bremer Schulen für ihre vorbildliche Berufsorientierung.

Aus- und Weiterbildung

Bremen

Der Ausbildungsmarkt ist stabil

Der drohende Fachkräftemangel ist zu einem viel diskutierten Thema geworden. So nimmt die Zahl der Einwohner und damit die Zahl der potenziell dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehenden Menschen in Deutschland seit 2003 ab. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes sank die Zahl der Einwohner von 87,5 Millionen im Jahr 2003 auf 80,2 Millionen im Jahr 2011. Zugleich steigt die Zahl der 65-jährigen und Älteren um rund ein Drittel auf 22,3 Millionen Personen. In Deutschland stehen dem Arbeitsmarkt bis zum Jahr 2025 voraussichtlich mehr als sechs Millionen Erwerbspersonen weniger zur Verfügung.

Berufliche Bildung trägt maßgeblich zur Deckung des hohen Bedarfs an Fachkräften in Deutschland bei. Bremische Unternehmen haben in den vergangenen Jahren verstärkt in die duale berufliche Ausbildung investiert und die Qualität weiter gesteigert.

Bei der Arbeitsagentur Bremen-Bremerhaven waren im Geschäftsjahr 2012-13 insgesamt 5.801 Lehrstellensuchende bei insgesamt 5.490 angebotenen Stellen gemeldet. Laut Bildungsressort ist die Zahl der Schulentlassenen mit dem Abschluss der Berufsbildungsreife bzw. dem mittleren Schulabschluss in der Stadt Bremen von knapp 2.700 im Jahr 2009 auf derzeit gut 2.400 gesunken. In den kommenden fünf Jahren wird sie nochmals um zehn Prozent auf dann unter 2.200 Schulabgänger sinken. Auch die Zahl der Abiturienten wird im selben Zeitraum von derzeit mehr als 1.900 auf weniger als 1.800 zurückgehen.

Für die Unternehmen wird es damit schwerer, geeignete Auszubildende zu finden. Die Mitgliedsunternehmen der Handelskammer und der IHK haben auf die geänderten Rahmenbedingungen bereits reagiert und vielfältige Strategien zur Gewinnung von Fachkräften entwickelt.

Zum Stichtag 31. Oktober 2013 waren bei der Handelskammer Bremen insgesamt 3.169 neue Berufsausbildungsverhältnisse eingetragen (Vorjahr: 3.427 Verträge). Geringere Schulabgängerzahlen und eine erhöhte Studienorientierung haben hier zu einem Rückgang von 7,5 Prozent geführt. Die Agentur für Arbeit meldete zum Ende ihres Geschäftsjahres am 30. September 2013 insgesamt nur noch 289 Bewerber als nicht vermittelt. Insgesamt waren 2013 8.656 Ausbildungsverträge bei der Handelskammer Bremen registriert (2012: 8.753 Verträge). Die Werte sind seit Jahren stabil hoch und zeigen, dass die Ausbildungsbereitschaft der Bremer Unternehmen ungebrochen hoch ist.

Im Bundesgebiet registrierten die Industrie- und Handelskammern bis Ende Oktober 272.186 neue Ausbildungsverträge. Die Zahl der eingetragenen Ausbildungsverträge ist um 4,4 Prozent zurückgegangen. In Westdeutschland lag der Rückgang bei 3,9 Prozent. Ostdeutschland macht sich vor allem – wie bereits in den Vorjahren – der demografische Wandel bemerkbar; dort wurden 7,2 Prozent weniger Ausbildungsverhältnisse registriert.

Berufsausbildung sichert Fachkräfte

Der wirtschaftliche Erfolg von Unternehmen hängt in hohem Maße von der Qualifikation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ab. Schon aus eigenem Interesse sind sie daher gefordert, in den Nachwuchs

zu investieren, junge Menschen auszubilden und durch attraktive Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen sowie Aufstiegsmöglichkeiten an ihre Arbeitsplätze zu binden. Die Rahmenbedingungen auf dem Ausbildungsmarkt haben sich verändert: Seit 2007 ist die Zahl der bei der Bundesagentur für Arbeit gemeldeten Ausbildungsbewerber um gut ein Viertel zurückgegangen, in den neuen Bundesländern hat sie sich halbiert. Mehr junge Menschen als bisher streben ein Studium an. Gleichzeitig haben aber zahlreiche junge Menschen Probleme, den Einstieg in eine Ausbildung zu finden. Zum Teil gibt es ein Ungleichgewicht zwischen den Anforderungen der Unternehmen und den Qualifikationen der Bewerber.

Zentral für die Vorbereitung auf eine erfolgreiche Berufsausbildung sind eine gute schulische Ausbildung sowie Berufsorientierung und Berufsberatung der Schüler. Berufsorientierung und Berufsfindung sind Pflichtaufgaben der allgemein bildenden Schulen. Das Bremer Qualitätssiegel „Schule mit vorbildlicher Berufsorientierung“ unterstützt und fördert die Schulen bei ihrem Auftrag. Es wird seit dem Jahr 2006 vergeben und basiert auf einer umfangreichen Prüfung der Schulen, etwa der schriftlichen Darstellung des Konzepts und seiner Umsetzung. Daneben werden Gespräche mit den Schulleitungen, den Kollegien, Eltern und Schüler geführt. 2013 wurde die Oberschule Schaumburger Straße erstmals mit dem Qualitätssiegel ausgezeichnet, 15 Schulen wurden rezertifiziert. Alle diese Schulen sind an der Schnittstelle zwischen Schule und Wirtschaft aktiv und bereiten in vorbildlicher Weise auf die Arbeitswelt vor.



(ganz links) Spitzenevent auf dem Marktplatz: die job4u-ESF-Bildungsmesse in Zelten und mit 70 Ausstellern; (links) der Ausbildungsbus machte einen Stopp vor dem Haus Schütting.

Nach der Schule in den Beruf

Eine gute Berufsorientierung und ein glatter Übergang von der Schule in den Beruf helfen Jugendlichen, ein aktives, selbstbestimmtes Leben zu führen, und verhindern, dass sie in eine Sackgasse geraten. Auch für Unternehmen sind gut orientierte Schüler wichtig. Denn wer seine Stärken und Interessen kennt und gut informiert einen beruflichen Karriereweg einschlägt, ist in der Regel motiviert und engagiert.

Hier leistet die Handelskammer viel Informationsarbeit. Ausbildungsberufe, Einstellungstests, Bewerbungsverfahren und mehr wurden am „Tag der Ausbildungschance“ am 17. Juni 2013 vorgestellt. Die Ausbildungsberater der Handelskammer besuchten zusammen mit Wirtschaftsjunioren bremische Schulen: die Oberschule Helgolander Straße, die Wilhelm-Olbers-Schule, die Oberschule Lesum und die Gesamtschule West. In Talk-Runden ging es um Fragen wie: Was beinhaltet der Ausbildungsvertrag, welche konkreten Anforderungen gibt es in verschiedenen Berufen, was erwarten die Unternehmen von den Schulabgängern? Zudem wurden die Broschüren „Bewerben, aber richtig!“, „IHK Ausbildungstipps – Durchstarten mit einer qualifizierten Berufsausbildung“ und „IHK Ausbildungstipps: Einstellungstest, richtig vorbereiten“ verteilt.

Messen, Bildungsbörsen, Ausbildungsaktionen

2013 hat sich die Handelskammer Bremen an einer Reihe von Veranstaltungen zur Nachwuchssicherung beteiligt:

Auf der Top Job im Weserpark am 8. und 9. Februar haben sich die Besucher bei mehr als 30 Ausstellern über rund 80 Ausbildungsberufe informieren können. Zudem bestand die Möglichkeit, direkt Kontakt zum Ausbildungspersonal aus den Unternehmen zu knüpfen und mit Vertretern der Handelskammer, der Handwerkskammer, der Agentur für Arbeit und öffentlichen Arbeitgebern ins Gespräch zu kommen. Wie

der im Einsatz waren „Azubi-Scouts“, Jugendliche, die schon in der Berufsausbildung sind.

Der Ausbildung von Floristen widmete sich eine Veranstaltung in der Botanika Bremen am 5. März. Ausbildungsunternehmen, eine Vertreterin des Floristenverbandes Bremen-Niedersachsen, sowie Lehrerinnen der Berufsschule und Vertreter der Handelskammer informierten die Besucher. Auf einer Veranstaltung am 26. Juni wurden die floralen Prüfungswerkstücke – ein gebundener Strauß, eine gesteckte Gefäßfüllung sowie Hochzeits-, Tisch- und Trauerschmuck – in der Botanika ausgestellt.

„Berufliche Bildung – praktisch unschlagbar“, hieß das Motto der deutschlandweiten Informationstour, die am 13. und 14. März einen zweitägigen Stopp in Bremen einlegte und Bildungs- und Qualifizierungsmöglichkeiten vorstellte. Das Infomobil stand an der Wilhelm-Olbers-Oberschule, an der Oberschule In den Sandwehen und auf dem Bremer Marktplatz. Die Handelskammer Bremen, die Handwerkskammer Bremen und die Arbeitsagentur beteiligten sich an der Tour. Die Mitarbeiter des Infomobils besuchten den Berufsbildungsausschuss der Handelskammer und stellten dort unter anderem Finanzierungshilfen und Förderprogramme des Bundes und des Landes Bremen vor.

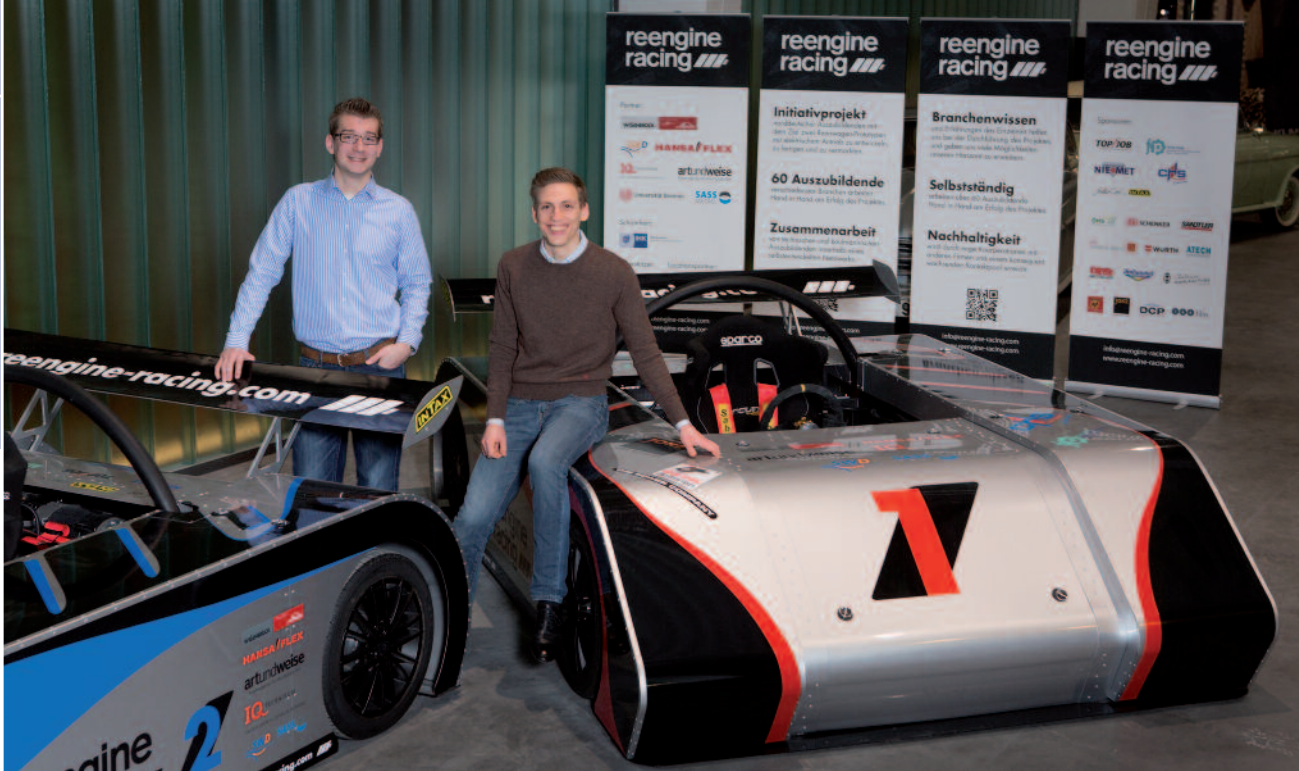
„Schnapp Dir Deinen Ausbildungsplatz – jetzt!“ hieß eine Aktionswoche vom 1. bis 5. Juli im Berufsinformationszentrum (BIZ) der Arbeitsagentur Bremen-Bremerhaven. Kurz vor den Sommerferien waren noch viele Ausbildungsplätze im Land Bremen unbesetzt. Vertreter des Bremer Ausbildungsbüros und die Ausbildungsberater der Handelskammer unterstützten vor Ort die Aktion. Jugendliche, die auf Bewerbungen nur Absagen erhalten hatten, konnten die eigenen Bewerbungsunterlagen mitbringen und checken lassen. Eine persönliche Berufsberatung rundeten das Angebot ab.

Erstmals auf dem Marktplatz Bremen fand am 6. und 7. September die job4u-ESF-Bildungsmesse statt. Mit mehr als 70 Ausstellern war die Veranstaltung voll-

ständig ausgebucht. Es gab Informationen über aktuelle Ausbildungsplätze, Studiemöglichkeiten und auch Praktika. Die Jugendlichen konnten direkten Kontakt mit den Ausbildungsbetrieben aufnehmen. Die Handelskammer Bremen öffnete für die Messe das Haus Schütting. Dort konnten Besucher Bewerbungsunterlagen überprüfen lassen. In der Kontakt-Lounge trafen Auszubildende mit interessierten Jugendlichen zusammen. Lehrer standen den Eltern als Ansprechpartner zu Verfügung. Die Handelskammer Bremen hatte einen Informationspunkt auf der Messe eingerichtet, wo sie auch das Verfahren zur Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse erläuterte.

Bei der 10. gemeinsamen Nachvermittlungskaktion der Handelskammer, Handwerkskammer, des Jobcenters und der Agentur für Arbeit Bremen-Bremerhaven am 11. und 12. September in Bremen wurde allen teilnehmenden Jugendlichen (99) ein Ausbildungsplatzangebot gemacht oder eine Einstiegsqualifizierung angeboten. 289 ausbildungswillige und ausbildungsfähige Jugendliche, die bis zum 31. August 2013 noch keinen Ausbildungsplatz gefunden hatten, waren in die Agentur für Arbeit Bremen-Bremerhaven eingeladen worden. Neben Handelskammer und Handwerkskammer beteiligten sich das Ausbildungsbüro und die Steuerberaterkammer Bremen an dieser Aktion. Ausbildungsplatzsuchende haben in den Gesprächen auch Perspektiven für ihren weiteren Ausbildungsweg erörtert. Das Instrument der Einstiegsqualifizierung, ein Langzeitpraktikum, hat sich mittlerweile etabliert. Damit können Jugendliche ihre Chancen, anschließend in ein Ausbildungsverhältnis übernommen zu werden, deutlich verbessern. Die Übergangsquote liegt bei 60 Prozent.

Bremen braucht junge Talente, die sich für Naturwissenschaft, Mathematik oder Technik (MINT) begeistern. Diesem Berufsfeld widmete sich am 27. November der MINT-Kongress Bremen. Unter dem Thema



Mit zwei selbst gebauten Rennwagen haben Dennis Wagner und Tobias Müller den zweiten Platz im Siegertypen-Wettbewerb 2013 gewonnen: ein Wettbewerb, der großes ehrenamtliches Engagement belohnt.

„Übergänge: Schule – Hochschule – Beruf“ haben zahlreiche Experten aus Gymnasien, der Sekundarstufe II, Hochschule und Wirtschaft über Möglichkeiten der Gewinnung wissenschaftlichen Nachwuchses diskutiert. Eine qualifizierte MINT-Bildung ist Grundlage für die Ingenieur- und Techniker Ausbildung und damit auch der Garant für die Zukunftsfähigkeit Deutschlands.

Das Ausbildungsmagazin „my first job“ bietet einen hohen Informations- und Nutzwert für Jugendliche. Inhalt und Gestaltung des Magazins werden anhand einer Befragung der Schüler zielgruppenorientiert entwickelt. Das Magazin enthält eine Ausbildungsplatzbörse, das Lehrstellenverzeichnis der Handelskammer, Berichte von Azubis, Firmenporträts und Wissenswertes zu Lehre und Studium sowie Bewerbungstipps und vieles mehr. „my first job“ wird zweimal jährlich – im Februar und im September – von der KPS-Verlagsgesellschaft in Kooperation mit der Handelskammer Bremen herausgegeben.

Siegertypen: Wettbewerb für junges Engagement

2013 wurden erneut außergewöhnliche Auszubildende geehrt, die über gute Leistungen in der Ausbildung hinaus Engagement zeigten. Die siegreichen Kandidaten wurden auf einer festlichen Veranstaltung am 2. Dezember im Schauspielhaus am Goetheplatz bekanntgegeben. In dem Wettbewerb „Siegertypen gesucht“, den die Handelskammer, die Handwerkskammer und die IHK Bremerhaven gemeinsam ausrichten, kommt es nicht auf die Schulnoten, sondern auf die besonderen Projekte der Auszubildenden an. Hierbei kann es sich

beispielsweise um ein Engagement mit sozialen Bezügen handeln, um die Unterstützung von Mitauszubildenden oder um einen besonderen Beitrag zur Unternehmenskultur. Neben den Auszubildenden werden auch die Unternehmen geehrt, ohne deren Ausbildungsleistungen diese Preisverleihung nicht möglich wäre. Die Veranstaltung wurde durch die Hermann-Leverenz-Stiftung, die Karl-Nix-Stiftung, BILD Bremen und Radio Bremen Vier unterstützt.

Ausbildung: Bundesbeste aus dem Land Bremen

Die 8. Nationale Bestenehrung in IHK-Berufen stand 2013 unter dem Motto „Unsere bundesbesten Absolventen“. Festredner der Veranstaltung in Berlin war EU-Kommissar Günther H. Oettinger. Barbara Schöneberger führte durch den Abend. Drei Auszubildende aus Bremen wurden geehrt: Christian Wagner (Binnenschiffer, Dettmer Bulk Reederei), Dennis Schlobohm (Brauer und Mälzer, Anheuser Busch InBev) und Natalja Belowa (Kaufrau im Gesundheitswesen, AHB Ambulanter Hauspflegeverband).

Qualitätsoffensive für Prüfer

2013 hat die Handelskammer wiederum für ihre ehrenamtlichen Prüfer Schulungen und Seminare zu den Themen „Grundlagen des Prüfungsrechts“, „Rechtliche Aspekte des Prüfens“ und „Handlungsorientiertes Prüfen“ angeboten. Sie vermitteln das Handwerkszeug für die Prüfungsdurchführung. Da die Prüfungsverantwortung immer höher wird, gab es auch für die bei den Prüfungen aufsichtführenden Personen Informationsveranstaltungen über die „Grund-

lagen von bundeseinheitlichen Prüfungen“ und über „Rechtliche Aspekte der Prüfungsverfahren“.

Die Veranstaltung „Der Blickwechsel auf die Ausbildung von morgen“ richtete sich ausschließlich an die Prüfer in den AEVO-Ausschüssen. Sarah Voss, Referentin Personalentwicklung und Grundsatzfragen des Unternehmens Nehlsen, hat über Rekrutierungsstrategien berichtet, Professorin Dr. Elisabeth M. Krekel, Bundesinstitut für Berufliche Bildung, über die Ausbildungssituation aus Sicht der Jugendlichen.

Stiftungen ehren Auszubildende

Die Hermann-Leverenz-Stiftung zeichnete in einer Feierstunde am 25. Oktober in der Handelskammer 45 junge Kaufleute für hervorragende Leistungen in der Ausbildung aus. Wolfgang Vogt-Jordan, Rechnungsführer des Verwaltungsrates der Stiftung, übergab die Preise an 30 Kauffrauen und 15 Kaufmänner. Seit 1965 vergibt die Stiftung Geldpreise an Absolventen, um die Berufsbildung junger Kaufleute zu fördern.

Die Karl-Nix-Stiftung ehrte am 1. November die besten Bremer Absolventen allgemein bildender Schulen sowie die Prüfungsbesten der Handelskammer und der Handwerkskammer. Seit 26 Jahren werden junge Menschen mit diesen Preisen bedacht. Das Ziel der Stiftung ist, die Leistungsbereitschaft junger Menschen zu fördern.

Weiterbildungsberatung im Unternehmensservice

Anfang 2013 nahm das Weiterbildungsbüro im Unternehmensservice Bremen seine Arbeit auf. Zielgruppe sind insbesondere



Die IHK Bremerhaven hat mit einem Festakt 28 Spitzen-Azubis geehrt.

re Klein- und Kleinstunternehmen. Der Service beinhaltet die Ermittlung von Qualifizierungs- und Lernbedarfen und den daraus resultierenden Weiterbildungsmöglichkeiten für die Mitarbeiter. Ferner unterstützt das Büro Firmen bei der Personalentwicklung und der Umsetzung von Weiterbildungs- und Fördermöglichkeiten (Weiterbildungsscheck). Die Weiterbildungsberatung ist kostenlos und trägerneutral. Bisher wurden 34 Betriebe (Stand August 2013) ausführlich beraten und 42 Weiterbildungsschecks (Stand August 2013) ausgegeben. „Weiterbildungsberatung vor Ort“ ist ein Kooperationsprojekt des Senators für Wirtschaft, Arbeit, Häfen, der Handelskammer und der Arbeitnehmerkammer.

Weiterbildungsprüfungen Die Zahl der Teilnehmer an Fortbildungsprüfungen wie Geprüfte/r Wirtschaftsfachwirt/in, Geprüfte/r Industriemeister/in Fachrichtung Metall und Ausbilder-Eignungsverordnung steigt kontinuierlich. Die hohe Zahl der Absolventen bestätigt das Interesse an IHK-Abschlüssen, deren Prüfungen an die betrieblichen Erfordernisse angepasst sind. Auch die Zertifikatslehrgänge (Anpassungsbildung) werden gut nachgefragt. Die Handelskammer hat bis einschließlich September 2013 mehr als 300 Zertifikate ausgegeben.

PC-Prüfungen im neuen Prüfungszentrum

Mit dem Ende 2012 eröffneten neuen Prüfungs- und Veranstaltungszentrum mitten in der Stadt hat die Handelskammer ideale Voraussetzungen für eine moderne Abnahme von Prüfungen geschaffen. Die Räume an der Martinstraße mit einer Gesamtfläche von 1.100 Quadratmetern verfügen über eine technisch hochwertige Ausstattung. So können dort, neben schriftlichen und mündlichen Prüfungen, auch PC-gestützte Prüfungen abgenommen werden. Das Prüfungs- und Veranstaltungszentrum ist ein wichtiger Baustein zur Erhöhung der Servicequalität für die Kam-

mer-Mitgliedsunternehmen, Prüfungskandidatinnen und -kandidaten und für die ehrenamtlich tätigen Prüferinnen und Prüfer. Mit mehr als 8.000 Prüfungsteilnehmern wurde bereits im ersten Betriebsjahr eine sehr hohe Auslastung erreicht.

Bremerhaven

Aus- und Weiterbildungsbilanz

Zum Stichtag 31. Oktober waren bei der IHK Bremerhaven insgesamt 1.793 Ausbildungsverhältnisse eingetragen. Das bedeutet eine leichte Steigerung im Vergleich zum Vorjahr um 1,9 Prozent (2012: 1.759 Verträge). Der Zuwachs wurde insbesondere in der Gastronomie und im Einzelhandel verzeichnet.

Berufsinfo-Messe (BIM) in der Stadthalle

Rund 4.500 Besucher zählte die Berufsinfo-Messe (BIM) im August 2013. Die IHK war einer der Partner der zweitägigen Veranstaltung in der Stadthalle. Weitere Partner waren die Handwerkskammer, die Agentur für Arbeit und die AOK. Bei der BIM warben 72 Aussteller um potenzielle Auszubildende und Studierende. Im Angebot für das Ausbildungsjahr 2014 waren mehr als 250 verschiedene Ausbildungsberufe und 180 Studienmöglichkeiten. Veranstalter der BIM ist Verein job4u e.V.

Nachvermittlungsaktion für Jugendliche

Im September fand die jährliche Nachvermittlungsaktion für Jugendliche ohne Ausbildungsplatz in der IHK statt. An der Aktion waren die Kammern in Bremerhaven und Stade, die Handwerkskammern Braunschweig-Lüneburg-Stade und Bremen, die Agenturen für Arbeit Bremerhaven und Wesermünde, der Ausbildungsverbund Bremerhaven und Nordchance sowie das Bildungszentrum der Wirtschaft im Unterwesergebiet beteiligt. Gemeinsam konnten sie fast allen Jugendlichen ein Ausbildungsangebot oder eine Einstiegsqualifizierung unterbreiten. 282 Personen waren

angeschrieben worden; 65 folgten der Einladung. Ihnen standen 70 offene Ausbildungsplätze und 31 Einstiegsqualifizierungen zur Verfügung.

Bestenheuerung: Festakt für 28 Spitzen-Azubildende

Bei einem Festakt der IHK Bremerhaven wurden die 28 besten Auszubildenden des Kammerbezirkes geehrt. 743 junge Menschen hatten die Winterprüfung 2012/2013 und die Sommerprüfung 2013 bestanden. 29 von ihnen erreichten die Bestnote „sehr gut“. Das entspricht einem Anteil von 3,9 Prozent. Die Festredner, IHK-Vizepräsident Piet Rothe und Schulstadtrat Michael Frost, würdigten neben den Preisträgern auch das Engagement der ausbildenden Betriebe, der Ausbilder und der Berufsschullehrer sowie der ehrenamtlich tätigen Prüfer.

Fachwirt für Hafenvirtschaft, Transport und Logistik

Im August startete die fünfte IHK-Fortbildung zum Fachwirt bzw. zur Fachwirtin für Hafenvirtschaft, Transport und Logistik. Die IHK hat diese bundesweit anerkannte berufsbegleitende Weiterbildungsmaßnahme entwickelt. Der Lehrgang dauert zwei Jahre und umfasst 780 Unterrichtsstunden. Unterrichtsort ist Bremerhaven. Zielgruppe sind kaufmännische Führungskräfte aus den Bereichen Umschlag, Logistik, Lager, Transport und Marketing.

Preiswürdiges Konzept gegen Studienabbrüche

Für ihr Konzept „Brücken bilden“ hat der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft die Hochschule Bremerhaven ausgezeichnet. Sie erhält für Maßnahmen, die den Studienerfolg erhöhen sollen, wie zum Beispiel den Studienführerschein, 50.000 Euro. Außerdem wurde die Hochschule Bremerhaven zusammen mit fünf weiteren Hochschulen in den Qualitätszirkel Studierfolg aufgenommen.



Der Deutsche Außenwirtschaftstag steht seit 1995 für richtungsweisende Diskussionen über die Zukunft der deutschen Außenwirtschaft und der staatlichen Außenwirtschaftsförderung.

International

Bremen

Jubiläum des Deutschen Außenwirtschaftstages

Die hervorragenden Aussichten für den Export von Dienstleistungen standen im Mittelpunkt des 10. Deutschen Außenwirtschaftstages am 5. November 2013. Vor allem produktnahe und technische Dienste können einen Beitrag zur Unterstützung des deutschen Warenexports leisten. Die Chancen, die sich angesichts der Entwicklung von Mega-Cities, der weltweiten Nachfrage nach beruflicher Bildung und der steigenden Ansprüche an Gesundheitsversorgung ergeben, waren die Themen der drei Leitforen des Außenwirtschaftstages.

Handelskammer-Präsident Christoph Weiss rief in seinem Begrüßungsstatement dazu auf, mit Mut und Verantwortungsbewusstsein Außenhandel zu betreiben. Anton Börner, Präsident des Bundesverbandes Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen (BGA), skizzierte in seiner Eröffnungsrede die Handlungsbedarfe, die sich für die Politik aus dem Potenzial für Dienstleistungsexporte ergeben.

In dem Leitforum Mega-Cities wurde deutlich, welche Lösungen die norddeutsche Wirtschaft zur Bewältigung der vielfältigen Herausforderungen der Urbanisierung anbieten kann. Vorgestellt wurden Konzepte zur Transformation von Mega-Cities in intelligent integrierte und vernetzte „Smart-Cities“. Außerdem spielten Erfahrungen im Projektmanagement und Geschäftschancen aus aktuellen Großprojekten in Asien und dem arabischen Raum eine wichtige Rolle.

Das Leitforum Berufsbildung legte offen, in welchem Ausmaß weltweit Fachkräfte fehlen. Hier rückt auch das deutsche

Berufsbildungssystem mehr und mehr in den Blickpunkt des Interesses. Daraus ergeben sich große Chancen für deutsche Dienstleister.

Die zunehmende Lebenserwartung und der steigende Wohlstand sind Megatrends, die die Entwicklung neuer Märkte für die Gesundheitswirtschaft antreiben. Im Fokus des Leitforums Gesundheitswirtschaft stand der Export von Konzepten und Managementsystemen für Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen sowie Ausbildungsstandards für Heil- und Pflegeberufe. In ihrem Geleit ergeben sich Geschäftschancen für deutsche Produkte und Technik.

Der Außenwirtschaftstag endete mit einer Abendveranstaltung im Rathaus. Die Festrede hielt Professor Dr. Thomas Straubhaar, Direktor des Hamburgischen Weltwirtschaftsinstituts. Zum achten Mal wurde der Preis der Deutschen Außenwirtschaft verliehen. Den ersten Platz belegte die Firma Dermalog aus Hamburg.

Der Deutsche Außenwirtschaftstag steht seit 1995 für richtungsweisende Diskussionen über die Zukunft der deutschen Außenwirtschaft und der staatlichen Außenwirtschaftsförderung. Das renommierte Treffen ist eine bedeutende Austauschplattform der international orientierten Wirtschaft, der Politik und der Verbände.

Neben dem Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie sind die Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft langjährige Partner und Träger des Kongresses, darunter der Deutsche Industrie- und Handelskammertag, der Bundesverband der Deutschen Industrie, der Zentralverband des Deutschen Handwerks, der Bundesverband Großhandel, Außenhandel und Dienstleistungen und der Bundesverband des Deutschen Exporthandels. Zudem unterstützt die Bundesagentur Germany Trade and Invest den Kongress seit Jahren.

Handelspolitisches Kammingespräch

Aus Anlass des Deutschen Außenwirtschaftstages trafen sich im Haus Schütting Wirtschaft, Politik und Wissenschaft zu einem Strategiedialog. Ihr Thema lautete: „Global Governance – Ordnungsrahmen für internationale Märkte“. Eingeladen waren Vertreter international tätiger und im Ehrenamt von Kammern und Verbänden aktiver Unternehmen. Auf politischer Seite beteiligten sich Mitglieder der Bundesregierung, der EU-Kommission und der Stiftung Wissenschaft Politik. Mit Global Governance wurde die Frage aufgeworfen, wie eine Weltordnungspolitik aussehen soll, auf welchen Entscheidungsplattformen sie definiert, mit welchen Instrumenten sie umgesetzt werden soll und was das für Unternehmen bedeutet. Das Kammingespräch bot den geeigneten Rahmen für die Diskussion eines Themas, das in den regelmäßigen Gremien der Interessenvertretung oft nur am Rande angesprochen werden kann, gleichwohl aber eine hohe Relevanz hat.

Zugang zu internationalen Entscheidungsträgern

Mit der Wahl von Vizepräsident Otto Lamotte in den DIHK-Board International sicherte sich die Handelskammer für die bremische Wirtschaft weiterhin einen besonderen Zugang zu internationalen Entscheidungsträgern. Dem DIHK-Board International gehören ausgewählte Unternehmer aus den Präsidien der deutschen IHKn an, deren Aufgabe es ist, für die deutsche Wirtschaft weltweit Kontakte zu hochrangigen Regie-

Das EU-Parlament in Brüssel: Lobbyarbeit wird immer wichtiger. Die Kammern vertreten die Positionen der deutschen Wirtschaft.



rungsvertretern zu pflegen. Vizepräsident Lamotte folgte in dieser Funktion Vizepräsident Lutz H. Peper, der die norddeutsche Wirtschaft bis dahin in dem Gremium vertreten hat.

Darüber hinaus übernahm Vizepräsident Lamotte die Vertretung des DIHK im Präsidium der deutschen Gruppe der Internationalen Handelskammer (ICC) und definierte dort seine Rolle vor allem als Sprecher für die mittelständische deutsche Wirtschaft. Die ICC Organisation bündelt die Interessenvertretung der deutschen Wirtschaft mit den Vertretungen 93 anderer Staaten gegenüber multilateralen Institutionen, wie zum Beispiel, der WTO, der Weltbank, den Währungsfonds, den G20- und G8- Gruppen.

EU-Parlament zum Ursprungsrecht

Die Europäische Kommission versucht seit Jahren, das Recht des Warenursprungs neu zu regeln, um die Umgehung von Schutz-zöllen durch gesetzlich festgelegte Wert- und Produktionskriterien zu unterbinden. Diese müssten demnach von allen beteiligten Unternehmen in einer Produktionskette stets dokumentiert und nachgewiesen werden – eine bürokratische Belastung mit beträchtlichen Kosten. Außerdem besteht die Gefahr, dass andere Handelsnationen dem schlechten Beispiel folgen und europäische Exporte vergleichbaren Kriterien und Dokumentationspflichten unterwerfen könnten. Bisher ist zu wenig beachtet worden, in welchem Ausmaß der Mittelstand durch diese neuen bürokratischen Mechanismen getroffen wird.

Die Handelskammer hat gemeinsam mit den deutschen IHKn eine solche Neu-regelung wiederholt als unverhältnismäßig kritisiert. Nur ein niedriger Anteil der Einfuhren werde mit Schutz-zöllen belegt, und nur ein Bruchteil davon wiederum umgehe Schutz-zölle. Durch Interventionen der deutschen Kammern ist der Gesetzgebungspro-

zess verzögert worden. Im Herbst 2012 legte die Kommission dem Europäischen Parlament einen Entwurf vor; auch er nimmt auf die Interessen der Wirtschaft wenig Rücksicht.

Um das Parlament zu bewegen, den Entwurf der Kommission entsprechend zu ändern, bildeten die deutschen IHKn ein Team aus drei Experten – auch ein Vertreter der Handelskammer Bremen war dabei, – um mit den Fraktionen des EU-Parlaments zu sprechen. In vielen bilateralen Unterredungen mit Abgeordneten und Mitarbeitern der Fraktion sowie mit der Ratspräsidentschaft und einzelnen Ratsdelegationen wurden die Positionen der deutschen Wirtschaft dargelegt.

Nach Vermittlungsverhandlungen mit Rat und Kommission beschloss das Parlament schließlich eine Kompromissregelung, die es der europäischen Exportwirtschaft erlaubt, den Warenursprung wie bisher anhand wirtschaftsnaher Kriterien zu definieren. Diese Regelung findet nun Eingang in den neuen Zollkodex der EU.

„Made in Germany“: EU-Kommission nivelliert Qualitätslabel

Ursprünglich war „Made in Germany“ eine Kennzeichnung, die Handelsboykotte gegen deutsche Waren flankieren sollte. Schnell entwickelte sich der Begriff jedoch zu einem Qualitätsversprechen, das seither den Export deutscher Produkte fördert. Dieses Versprechen ist immer verbindlich gewesen, denn die Zivilgerichte haben Täuschungen zu Lasten der Verbraucher geahndet. Damit das Qualitätsmerkmal erhalten bleibt und nicht wieder zu handelspolitischen und Protektionszwecken missbraucht werden kann, haben sich die deutschen Kammern stets dafür eingesetzt, dass „Made in“-Kennzeichnungen freiwillig bleiben sollen. Die EU-Kommission versucht indes seit 2005, eine Pflichtkennzeichnung einzuführen, ist jedoch 2012 am Widerstand des Ministerrates gescheitert.

Mit einem neuen Regelungstext aus dem Frühjahr 2013 soll nun über eine neue Verordnung zur Sicherheit von Verbraucherprodukten doch eine Pflichtkennzeich-

nung eingeführt werden. Allerdings wurde bisher nicht dargelegt, wie die Sicherheit für Verbraucher angesichts der bereits bestehenden Regelungen zur Produkthaftung verbessert werden könnte. Die deutschen IHKn haben deshalb in Brüssel erneut auf die Unverhältnismäßigkeit der Pflichtkennzeichnung hingewiesen. Ungeeignet wäre auch eine Regelung, das Herstellungsland ausschließlich an den Kriterien des handelspolitischen Warenursprungs zu kennzeichnen. Bei dieser geht es nach IHK-Ansicht vor allem darum, handelspolitische Schutzinstrumente anzuwenden, nicht aber darum, Qualität und Verbraucherschutz zu stärken.

Ziel aller weiteren Maßnahmen der Interessenvertretung in Brüssel wird es daher sein, die Kennzeichnungspflicht zu streichen sowie die Bezüge zu den Kriterien des Warenursprungs aus dem Regelungsentwurf wieder herauszunehmen.

Keine Beteiligungspflicht für Unternehmen

2012 eröffnete die Europäische Kommission eine Debatte darüber, ob und wie die handelspolitischen Schutzinstrumente, das heißt vor allem Antidumping-Strafzölle, reformiert werden könnten. Viele der von der Kommission informell eingeführten Vorschläge erhöhen die Transparenz, Ausgewogenheit und Fairness der Entscheidungsverfahren über Strafzölle. Auch ist die Kommission bereit, über Änderungswünsche der deutschen Kammern zu sprechen. Problematisch ist jedoch der Kommissionsvorschlag, zukünftig europäische Unternehmen verpflichten zu wollen, sich an Untersuchungsverfahren zur Festsetzung von Strafzöllen zu beteiligen. Die Handelskammer Bremen hat in Gesprächen mit Vertretern der Kommission diese Beteiligungspflicht für Unternehmen abgelehnt.



(ganz links) Das Überseemuseum widmet sich Afrika in einer neuen Dauerausstellung – die Region wandelt sich von einem Krisen- zu einem Chancenkontinent.
(links) Eine Delegationsreise führte 2013 auch in die USA.

Delegationsreisen nach Russland und Finnland sowie den USA

Vertreter der norddeutschen Wirtschaft und Politik reisten unter Leitung von Vizepräsident Otto Lamotte und Handelskammer-Hauptgeschäftsführer Dr. Matthias Fonger im Juni 2013 für fünf Tage nach Sankt Petersburg und Helsinki. Auf dem Programm der ersten Station standen Treffen mit Firmen aus der Logistik, der Lebensmittel- und Kosmetikindustrie, dem Metallbau sowie der Gesundheitswirtschaft. Hinzu kamen Gespräche mit dem deutschen Generalkonsulat, der Deutschen Schule, der lokalen Handels- und Industriekammern, der Zollverwaltung sowie die Besichtigung der Sankt Petersburger Häfen.

Durch den Beitritt zur Welthandelsorganisation WTO sowie durch die Zollunion mit Weißrussland und Kasachstan bietet Russland großes Potenzial für Unternehmer. Die Delegation hat sich in zahlreichen Gesprächen ein Bild der verbesserten Chancen für den Handel mit Russland gemacht. Es gibt viele Möglichkeiten einer Zusammenarbeit mit der norddeutschen Wirtschaft, insbesondere im Handel sowie im Hafen- und Logistiksektor.

Finnland ist für viele norddeutsche Unternehmen seit Jahrhunderten ein wichtiger Handelspartner und die Drehscheibe für das Geschäft mit Russland. Wie diese trilaterale Zusammenarbeit an der Ostsee optimiert werden kann, wurde bei der zweiten Station der Reise in Helsinki erörtert. Der Standort ist an internationalen Kooperationen sehr interessiert. Es wurden Kontakte mit der Deutsch-Finnischen Kammer und mit dem Hauptverband der Finnischen Wirtschaft geknüpft. Ferner wurde ein besonders innovatives Logistikzentrum besichtigt. Nach Einschätzung der Reisetilnehmer hat die finnische Hauptstadt mit ihrer Lage viel Potenzial in den Sektoren Hafenwirtschaft, Landwirtschaft, Maschinenbau sowie Industrie- und Informationstechnologie. Gerade im Bereich IT stehen die Chancen für eine Zusammenarbeit mit Deutschland gut.

Im Herbst 2013 präsentierte sich der bremische Luft- und Raumfahrtsektor zusammen mit Dienstleistungsunternehmen und Institutionen in den USA, wo Gespräche in Washington DC, Atlanta, Huntsville und Wichita geführt wurden. Die Reise der 30-köpfigen Wirtschaftsdelegation wurde vom Senator für Wirtschaft und Häfen, dem Aviabelt e. V., der WfB Wirtschaftsförderungsgesellschaft Bremen in Kooperation mit der Handelskammer vorbereitet. Vizepräsident Frank Dreeke und Torsten Grünewald, Referent im Geschäftsbereich International, vertraten die Handelskammer bei den Kontakten in den USA.

Entwicklungspolitik: Zusammenarbeit mit der Wirtschaft

„Wandel durch Handel“ war immer die Triebfeder für Wohlstand und Entwicklung. Deshalb haben sich die Kammern und Verbände der Wirtschaft stets dafür ausgesprochen, die Politik der Entwicklungszusammenarbeit besser mit den Interessen der Wirtschaft zu verknüpfen. Tatsächlich hat die deutsche Entwicklungszusammenarbeit (EZ) viel zu bieten: Sie ist in mehr als 130 Ländern aktiv und verfügt dort über wertvolles Know-how im Umgang mit lokalen Institutionen und Entscheidern, die häufig Einfluss auf Investitionen und Wirtschaftsentwicklungen ausüben können. Die EZ begleitet Reformprozesse und hilft, politische, ökonomische, gesellschaftliche und ökologische Rahmenbedingungen zu verbessern. Von den stabileren Märkten wiederum profitiert auch die deutsche Wirtschaft. Zudem verfügt die EZ über verschiedene mit Finanzmitteln gut unterlegte Instrumente zur Förderung ihrer Entwicklungsziele, die von Unternehmen genutzt werden können.

Seit Frühjahr 2013 arbeitet eine von der Bundesregierung für zunächst zwei Jahre entsandte Referentin für Entwicklungszusammenarbeit in der Handelskammer als EZ-Scout. Grundlage ist eine Vereinbarung des zuständigen Bundesministeriums mit den sieben nordwestdeutschen IHKn, die ihre Informationsarbeit zur Entwicklungspolitik unter Federführung der Handels-

kammer Bremen und der Oldenburgischen IHK koordinieren. Aufgabe der Expertin ist es, die Unternehmen der sieben Kammern über die Förder- und Finanzierungsangebote zu informieren und Unternehmen dabei zu helfen, sich für konkrete Projekte bei den einschlägigen Institutionen zu bewerben.

In rund 50 nordwestdeutschen IHK-Veranstaltungen wurden Möglichkeiten für Außenwirtschaftsaktivitäten mit Förderinstrumenten erörtert. Daran schlossen sich In-House Beratungen in Unternehmen an. Besondere Chancen bei der Nutzung der Entwicklungszusammenarbeit sehen die Branchen Textil, Abfallwirtschaft, erneuerbare Energien, Transport und Logistik.

Ländernetzwerke: Beitrag zur Willkommenskultur

Die acht Ländernetzwerke der Handelskammer sind ein wichtiges Instrument und decken fast alle wichtigen Zielregionen der bremischen Außenwirtschaft ab. Als jüngste Plattform wurde das Nordafrika-Netzwerk im Frühjahr 2013 ins Leben gerufen. Auf den Treffen der Netzwerke berichteten Vertreter deutscher AHKn über ihre Märkte, zum Beispiel zur Situation in Algerien und in den USA. Zudem stellten Netzwerkmitglieder ihre Aktivitäten und Erfahrungen vor, beispielsweise der Honorarkonsul von Sri Lanka, Thomas Kriwat. Auf besonderes Interesse stießen Fragen zu drittländischem Zollrecht, zu Zertifizierungen und zur Lieferung von Anlagen und bei Montagen. Wegen der zunehmenden Verflechtung der Wertschöpfungsketten traten Themen wie die Mitarbeiterentsendung, das internationale Personalmanagement sowie die Sicherheit von Expats in den Blick. Auch Afrika arbeitet mit Erfolg daran, sein Erscheinungsbild als verlorener Kontinent zu korrigieren. Das ergab eine Netzwerkveranstaltung gemeinsam mit der Oldenburgischen IHK, die sich den aufstrebenden Ländern Angola, Ghana, Kenia und Südafrika widmete.

Die Ländernetzwerke leisten überdies einen wichtigen Beitrag dazu, Bremen als gastfreundlichen, internationalen und kom-



petenten Wirtschaftsstandort zu positionieren. Die Kontakte aus den Netzwerken erweisen sich als wertvoll, wenn es gilt, Unternehmensvertreter zu gewinnen, ausländische Gäste zu empfangen und sich mit ihnen auszutauschen. Vielversprechend verlief beispielsweise der Empfang einer Delegation aus Marokko. Es handelte sich um Unternehmer, die in Deutschland ausgebildet wurden und daraus Vorteile für ihre weiteren Kontakte nach Europa ziehen wollen.

Auf einem Businessfrühstück empfangen Mitglieder des Nordamerikanetzwerkes eine Delegation aus den USA unter Leitung des Direktors der Wirtschaftsförderung des Bundesstaates Georgia. Im Mittelpunkt standen Perspektiven für die Zusammenarbeit mit Georgia als Seehafenstandort. Die Aussichten für Logistik und Verkehr mit der Türkei haben Mitglieder des Türkei-Netzwerkes mit dem Präsidenten des türkischen Logistikverbandes, Turgut Erkeskin, erörtert.



Unterstützung für ausländische Investoren und Experten

Um ausländischen Investoren und Experten den Zugang zum bremischen Markt zu erleichtern, erarbeiteten die Träger des Unternehmensservices Bremen – die Wirtschaftsförderung Bremen, das RKW, der Senator für Wirtschaft und Häfen, die Handwerkskammer und die Handelskammer – ein Konzept zur Verbesserung des Beratungs- und Unterstützungsangebots für diese Zielgruppen. Im Mittelpunkt des Konzepts stehen die Bündelung der behördlichen Genehmigungen und umfassende Hilfen bei deren Beantragung im Unternehmensservice Bremen. Die Umsetzung soll innerhalb der nächsten zwei Jahre in enger Kooperation mit den einschlägigen Behörden vorgenommen werden.



Diplomaten zu Gast in der Handelskammer: Vertreter des Ehren- und Hauptamtes sowie der Bremer Wirtschaft im wirtschaftspolitischen Dialog mit Botschaftern und Konsuln (v.o.) aus den USA, Kenia, Kolumbien, Spanien und Vietnam.

Erfahrungsaustausch im Zoll- und Außenwirtschaftsrecht

Das Netzwerk Zoll- und Außenwirtschaftsrecht der Handelskammer Bremen wird von den Zollexperten der Wirtschaft sehr



Attraktiver Fischwirtschafts-
Standort Bremerhaven:
Minister-Besuch aus Kenia

geschätzt. Es ermöglicht einen vertraulichen und regelmäßigen Erfahrungsaustausch zwischen den Unternehmen und hilft, über die rasanten Entwicklungen der rechtlichen Rahmenbedingungen auf dem Laufenden zu bleiben. Die Handelskammer kann mit Hilfe des Netzwerkes besser beurteilen, wie die Wirtschaft von neuen Regelungen und Entwicklungen betroffen ist. Themen 2013 waren beispielsweise die Compliance-Anforderungen, die heute schon bzw. künftig an die Unternehmen gestellt werden. Auch die Zoll- und Außenwirtschaftsseminare der Handelskammer dienen einer praxisherechten Informationsvermittlung und dem Erfahrungsaustausch. Ein wachsendes Interesse gilt Fragen der Exportkontrolle, der Anwendung von Zollpräferenzen und dem Zollrecht von Drittländern.

Diplomaten aus vielen Ländern

2013 empfingen Mitglieder des Präsidiums und des Hauptamtes der Handelskammer Bremen Diplomaten und Regierungsvertreter aus fast 20 Ländern im Haus Schütting. Viele dieser Diplomatengespräche fanden anlässlich formeller Antrittsbesuche in Bremen statt. Diese erlauben zumeist einen vertraulichen und sehr differenzierten Informationsaustausch. Vertreter bremischer Unternehmen haben dabei die Gelegenheit, ihre Interessen und Probleme in den jeweiligen Zielländern anzusprechen und nach Lösungen zu suchen. Vielfach wird bei diesen Gesprächen ein großes Interesse der Diplomaten an der deutschen Wirtschafts- und Ordnungspolitik deutlich, ebenso an der dualen Berufsausbildung sowie an Deutschlands Rolle als Motor für den europäischen Arbeitsmarkt. Letzteres Thema stand im Mittelpunkt des Gesprächs mit dem Botschafter Spaniens, Garzia-Beredoy Cerezo, und dem Botschafter Marokkos, Omar Zniber. Die besonders ausgeprägten Wirtschaftsbeziehungen Bremens mit den USA und deren Aussichten wurden mit Botschafter John B. Emerson erörtert.

Bremerhaven

Besuch aus Kenia und Island

Der kenianische Fischereiminister Professor Micheni Ntiba war in Bremerhaven zu Gast. Hier besichtigte er die Fischmanufaktur Deutsche See und den Auto- und Container-Terminal der BLG. Nach der Werksbesichtigung diskutierte er fischhafen- und standortpolitische Themen mit Vertretern der IHK. In Kenia wächst das Interesse am Fischereiwirtschafts-Standort Bremerhaven. 2013 besuchte zudem der kenianische Botschafter Ken. N. Osinde Bremerhaven.

Auch der isländische Staatspräsident Olafur Ragnar Grimsson kam 2013 nach Bremerhaven. Er besuchte den Wilhelm-Kaisen-Containerterminal, das Alfred-Wegener-Institut für Polar- und Meeresforschung (AWI) und das Deutsche Schifffahrtsmuseum (DSM). Im DSM eröffnete Grimsson ein Fachseminar zur nachhaltigen Fischerei. Nach den Niederlanden und Großbritannien ist Deutschland der Hauptexportpartner Islands; bei den Hauptimportpartnern firmiert die Bundesrepublik ebenfalls an dritter Stelle. Dabei spielen fischwirtschaftliche Produkte eine entscheidende Rolle.

Internationale Antarktis-Konferenz

Weltweite Aufmerksamkeit erfuhr Bremerhaven mit der Sondersitzung der internationalen Antarktis-Meeresschutz-Konferenz im Juni, die unter federführender Organisation und Leitung des Alfred-Wegener-Instituts Bremerhaven stattfand. An ihr beteiligten sich Vertreter von 24 Nationen und der Europäischen Union. Thema war die Ausweisung von Meeresschutzgebieten in der Antarktis. Allerdings scheiterte diese Maßnahme vor allem an der ablehnenden Haltung Russlands.

Norddeutsche Konsulin in Bremerhaven

Acht Konsulinnen und Konsuln aus Norddeutschland haben sich im November auf Einladung der IHK einen Überblick über den Wirtschaftsstandort Bremerhaven verschafft. Zum Programm gehörten Vorträge zur Fisch- und Lebensmittelwirtschaft, Tourismusbranche, Logistikwirtschaft und Windenergie-Forschung des Fraunhofer-Institutes. Außerdem besichtigten die Diplomaten aus Kroatien, Panama, Russland, Serbien, Spanien, der Türkei, der Ukraine und Uruguay das Schaufenster Fischereihafen, die Deutsche See, das Autoterminal sowie den Alten und Neuen Hafen.

(rechts) Der europäische Zahlungsverkehr wird harmonisiert, dafür steht SEPA; (ganz rechts) B.E.G.IN-Gründungstag im Musical Theater



Starthilfe und Unternehmensförderung

Bremen

SEPA: Änderungen im Zahlungsverkehr

Am 1. Februar 2014 wird das europaweit einheitliche Zahlungsverfahren SEPA (Single Euro Payments Area) eingeführt. Ziel ist die Harmonisierung des nationalen und auch grenzüberschreitenden Zahlungsverkehrs. Mit der Umstellung erhält jeder Kunde von seiner Bank eine europaweit standardisierte Banknummer, die IBAN, deren Länge von Land zu Land variiert. Sie kann maximal 34 Stellen umfassen – in Deutschland besteht sie aus 22 Zeichen. Sie setzt sich aus der Länderkennzeichnung DE, einer Prüfziffer mit zwei Stellen, der bisherigen Bankleitzahl und der alten Kontonummer zusammen. Die Umstellung erfordert erhebliche organisatorische und technische Anpassungen im Zahlungsverkehr bei den Unternehmen. Die Handelskammer hat hierzu mehrere Veranstaltungen durchgeführt und ausführliche Informationen in ihrem Internetportal zusammengestellt.

Service für Existenzgründungen

Die Zahl gewerblicher Existenzgründungen ist in Deutschland 2013 weiter gesunken. Schon 2012 betrug das Minus laut Institut für Mittelstandsforschung Bonn mehr als 13 Prozent. Ein Grund für den anhaltenden Rückgang ist die gute Situation auf dem Arbeitsmarkt. Mehr Menschen finden eine Beschäftigung, durch die sie ihren Lebens-

unterhalt sichern können. Hinzu kommt der demografische Wandel, der nach Schätzungen des Deutschen Industrie- und Handelskammertages dazu führt, dass es im Jahr 2050 eine Million weniger Selbstständige geben wird als heute. Im internationalen Vergleich hinkt Deutschland beim Interesse an Gründungen hinterher: EU-weit liegt die Quote bei 37 Prozent, in den USA bei 51 Prozent und in China sogar bei 56 Prozent. In Deutschland können sich nur 29 Prozent vorstellen, ein Unternehmen zu gründen. Die Entwicklung hat auch Folgen für die Gründungsberatung der Handelskammer Bremen: 2011 wurden 1.160 Gründerinnen und Gründer beraten, 2012 waren es 970 und 2013 waren es 870.

Allerdings ist dieser rückläufige Trend in Bremen weniger ausgeprägt als im Bund bzw. in anderen Ländern. Der Stadtstad bietet einen herausragenden Service und eine gute Infrastruktur für Gründungswillige. Dafür stehen die Bremer Existenzgründungsinitiative B.E.G.IN und der Unternehmensservice Bremen. An beiden Angeboten ist die Handelskammer beteiligt.

Die Handelskammer-Seminarreihe „Der Weg in die Selbstständigkeit“ bot ratsuchenden Gründerinnen und Gründern viel Unterstützung in Form einer individuellen Gründungsberatung, einer Beratung zu Gründungsfinanzierung oder auch bei der Erstellung eines Businessplanes. Darüber hinaus wurden Themen rund um die Existenzgründung in zahlreichen Veranstaltungen, Seminaren und Workshops behandelt. Die Handelskammer Bremen war auch am B.E.G.IN-Gründungstag 2013 beteiligt, den am 18. September 800 Gäste im Musical-Theater Bremen besuchten.



Den Weg zu mehr Eigenkapital zeigten die Redner des Tages der Mittelstandsfinanzierung im Haus Schütting auf.

Nur acht Prozent aller Gründungen in Deutschland sind technologisch und innovativ. Es fehlt an genügend privatem Beteiligungskapital für innovative Gründungen, etwa durch bessere steuerliche Verlustverrechnung, und es fehlt ein rechtssicherer, gesetzlicher Rahmen für Investoren. Die Handelskammer ist Mitglied im Business Angels Weser-Ems-Bremen e. V. 2013 hat der Verein allein in Bremen zwei Matchingabende durchgeführt, auf denen acht erfolgsversprechende Gründungsprojekte präsentiert wurden, die einen privaten Kapitalgeber suchen.



Tag der Mittelstandsfinanzierung

Nach dem großen Zuspruch 2012 fand auch 2013 ein Tag der Mittelstandsfinanzierung statt. Die Finanzierung von Vorhaben kleiner, mittlerer und inhabergeführter Unternehmen bleibt ein wichtiges Thema in der Wirtschaft. 2013 standen die Eigenkapitalbasis und Strategien zu ihrer Stärkung im Mittelpunkt der Referate. Kleine und mittlere Unternehmen in Deutschland haben ihre Eigenkapitalquote seit 1997 zwar durchschnittlich um sechs Prozent auf 22 Prozent gesteigert. Es besteht aber nach wie vor ein großer Abstand zu den Eigenkapitalquoten von Kapital- und Personengesellschaften. GmbH und AG kommen mit 31 Prozent unverändert auf ein rund doppelt so hohes Eigenkapitalniveau wie der Durchschnitt der OHG, KG und GbR mit nur 15 Prozent.

Bremerhaven

Betriebliches Gesundheitsmanagement

Der gemeinnützige Verein Impulsgeber Zukunft e. V. – vormals das Bremer Verbundprojekt Beruf und Familie – hat bei einem Jour fixe in der IHK das Thema betriebliches Gesundheitsmanagement vorgestellt. In Referaten und Diskussionsbeiträgen wurden die Zusammenhänge zwischen familienfreundlichen Maßnahmen wie zum Beispiel flexiblen Arbeitszeiten und verminderten gesundheitlichen Risiken der Beschäftigten deutlich. Das betriebliche Gesundheitsmanagement sei ein ganzheitlicher und langfristiger Prozess, in dem Mitarbeiter eng einbezogen werden müssten. Der Verein Impulsgeber fungiert als Servicestelle für die Wirtschaft, Politik und Verwaltung in der Metropolregion Nordwest rund um das Thema Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Förderung der Stresslotsen-Ausbildung

Die IHK Bremerhaven war einer der Kooperationspartner eines Projektes der Gesellschaft für Projektentwicklung und Innovation (GPI), Mitarbeiter in zehn Tagen zu so genannten Stresslotsen auszubilden. Stresslotsen sollen die ersten Ansprechpartner in Betrieben sein, wenn Stress bei einer Kollegin oder einem Kollegen erkennbar bedrohliche Formen annimmt. Außerdem sollen sie Präventionsmaßnahmen entwickeln und im Unternehmen für das Thema sensibilisieren. Die IHK misst dem Thema hohe Bedeutung zu: Psychische Erkrankungen führen immer häufiger zu Ausfällen von Beschäftigten und haben sich so zu einem steigenden Kostenfaktor für die Wirtschaft entwickelt.

Zweiter Betriebsübergabetag

Die IHK hat den Betriebsübergabetag im Juni im Haus des Handwerks mitveranstaltet. Dabei kooperierte die Kammer mit der Kreishandwerkerschaft Bremerhaven-Wesermünde, der Sparkasse Bremerhaven, der Kreisparkasse Wesermünde-Hadeln und der Volksbank Bremerhaven-Cuxland. Während beim ersten Betriebsübergabetag 2012 die harten Faktoren bei der Übergabe im Mittelpunkt gestanden hatten, ging es dieses Mal um die weichen Faktoren wie zum Beispiel familienfreundlichere Rahmenbedingungen. Teil der Veranstaltung war ein Marktplatz, auf dem Besucher mit Experten rund um das Thema Betriebsnachfolge sprechen konnten.

Die Böttcherstraße gehört zu Bremens touristischen Hauptattraktionen.



Einzelhandel, Tourismus, Recht

Bremen

Eine Innenstadt mit Zukunft

Bereits im Jahr 2008 wurden erste Überlegungen zur Stärkung des Einzelhandelsangebotes in der Bremer Innenstadt angestellt. Hintergrund war die Feststellung von Gutachtern, dass der Anteil der gesamten Einzelhandelsfläche im Stadtkern bei nur 16 Prozent der gesamten Handelsfläche liege – ein Wert, der deutlich geringer als in vergleichbaren Städten ausfällt. Mehrere Gutachter, die in der Folge Gäste im Ausschuss für Einzelhandel und verbraucherorientierte Dienstleistungen der Handelskammer waren, haben diese Erkenntnis bestätigt. Demnach gibt es eine deutliche Nachfrage nach innerstädtischen Einzelhandelsflächen im Stadtzentrum Bremens. Häufig könne diese Nachfrage aber nicht bedient werden, weil keine geeigneten Flächen verfügbar sind, die den Wünschen der Investoren entsprechen.

Mit der Umsetzung des Projektes Ansgariquartier hat sich die Stadt nun vorgenommen, einen neuen Standort und neben zusätzlichen Einzelhandelsflächen auch neue Laufbeziehungen im Stadtzentrum zu entwickeln. Die Handelskammer hat gemeinsam mit Einzelhändlern aus der Innenstadt an einzelnen Szenarien für die Schaffung eines neuen innerstädtischen Einkaufsstandortes mitgearbeitet. Aus dem Ergebnis dieser Studien entstanden Leitlinien zur Entwicklung des Ansgariquartiers, die als Basis für Investorengespräche herangezogen werden konnten. Nach Abschluss einer europaweiten Ausschreibung

fand am 23. Oktober 2013 die erste Sitzung der Jury zur Bewertung der Bieteranschläge unter Beteiligung der Handelskammer statt. Bis zum Folgetermin im April 2014 werden die einzelnen Bieter ihre Projektvorschläge weiter konkretisieren. Die Handelskammer wird die Entwicklung kontinuierlich begleiten und neben den Anforderungen der Stadt insbesondere auch auf die betriebswirtschaftliche Realisierbarkeit des Projektes Ansgariquartier achten.

Nach Einschätzung der Kammer muss weiterhin an der Stärkung des Einzelhandels in der Innenstadt gearbeitet werden. Neben dem Großprojekt Ansgariquartier gibt es zahlreiche weitere Maßnahmen, die in Angriff genommen werden müssen, um die Innenstadt als Oberzentrum in der Region angemessen zu positionieren. Wie umfangreich der Aufgabenkatalog ist, der aus der Innenstadtsstudie von Professor Dr. Franz Pesch (Pesch Partner, Stuttgart) abzuleiten ist, zeigt die Einschätzung der Wegverbindungen, die auf den Kernbereich der Innenstadt zuführen. Die Aufwertung des Concordia- und Rembergtunnels zählen hierzu ebenso wie die verbesserte Gestaltung des öffentlichen Raumes in der Bahnhofstraße.

Ein besonderes Augenmerk wird darüber hinaus auf die Geschäftslage „Am Wall“ zu richten sein. Dort muss der Wohn- und Geschäftsbestand verbessert werden, damit die hohe Qualität des Standortes erhalten und gefördert wird. Wichtig wird auch sein, die Zuwegung vom Schlüsselkorb aus in die Geschäftslage Am Wall deutlich zu verbessern. Der Situation in der Balgebrückstraße wird ebenfalls eine besondere Bedeutung beigemessen. Dort muss es gelingen, durch eine Neugestaltung und schrittweise Aufwertung der angrenzenden Bebauung die Eingangssituation in

die Innenstadt über die Wilhelm-Kaisenbrücke deutlich zu verbessern. Ein wesentlicher Fortschritt könnte durch die hochwertige Gestaltung des öffentlichen Raumes erzielt werden. Es muss aber auch darum gehen, die Wegverbindung zwischen dem Schnoor und der Wachtstraße über die Domsheide komfortabler und besucherfreundlicher zu gestalten.

Die Herausforderungen zur Aufwertung der Innenstadt und der angrenzenden Stadtteile wurden in der Pesch-Studie in kurz-, mittel- und langfristig umsetzbare Maßnahmen eingeteilt. Manche der Maßnahmen wie die Sanierung und Neugestaltung von Fassaden werden sich nicht sofort realisieren lassen, andere, die mit der Aufwertung und Gestaltung des öffentlichen Raumes einhergehen, lassen sicherlich eine zeitnahe Umsetzung zu. Entscheidend ist, dass unter Beteiligung der Handelskammer Bremen erstmals eine aktuelle Katalogisierung der Handlungserfordernisse vorgenommen wurde. Nun muss es darum gehen, die Arbeitsaufgaben aus dem Konzept mit Nachdruck umzusetzen. Die Handelskammer teilt die Einschätzung der Kaufmannschaft in der Innenstadt, die davor warnt, die Umsetzung des Projektes Ansgariquartier zum alleinigen Gradmesser einer zurückgewonnenen Attraktivität im Stadtzentrum zu machen.

Tourismus: Kurve zeigt weiter nach oben

Der Tourismus ist einer der wichtigen Leistungsträger für die Stadt und das Land Bremen. Die Zahl der Übernachtungen in der Stadt Bremen ist von 1,26 Millionen (2006) auf 1,5 Millionen (2012) gestiegen.



Diskussionsrunde zur Innenstadt in der Bürgerschaft: (v.l.) Professor Kunibert Wachten, Professor Dr. Franz Pesch, Senator Dr. Joachim Lohse, Dr. Matthias Fongor (Handelskammer), Dr. Dirk Kühling (Senator für Wirtschaft), Melanie Komm (Stadtplanungsamt Leipzig)

Mit rund 777.000 Übernachtungen im ersten Halbjahr 2013 gab es ein Plus von 7,2 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Im Land Bremen war die Entwicklung mit einem Plus von fünf Prozent ebenfalls gut. Das lässt auf eine positive Gesamtbilanz für das Jahr 2013 schließen. Die Bettenauslastung in der Stadt Bremen betrug trotz weiter steigender Kapazitäten 41,5 Prozent. Das lag vor allem an den vielen Großveranstaltungen, die einen erheblichen Einfluss auf die touristische Gesamtbilanz haben. So hat allein die Jahrestagung der Vereinigung für angewandte Mikrobiologie im März rund 1.500 Teilnehmer nach Bremen geführt.

Ins Gewicht fallen zudem neue Flugverbindungen von und nach Bremen. Für die Hotelbranche ist es eine Erleichterung, dass die Bettensteuer nur noch für private Reiseanlässe eingezogen wird. Die Abgabe bleibt aber umstritten. So hat auch das Finanzgericht Bremen Ende November 2013 festgestellt, dass die Bettensteuer in der jetzt praktizierten Form verfassungswidrig sein könnte. Eine weitere Anhörung zu dieser Thematik wird es Februar 2014 geben. Die Handelskammer spricht sich auch weiterhin gegen die Bettensteuer und gegen die in Bremen praktizierte Umweltzone aus. Um den Tourismus als einen der wichtigen Wachstumstreiber der Stadt nicht weiter zu behindern, sollte Bremen wenigstens dem Beispiel anderer Städte folgen und Reisebusse von den Regelungen der Umweltzone ausnehmen. Ebenso sollte von der Bettensteuer endlich Abstand genommen werden. Eine endgültige juristische Klärung ist in dieser Frage von der geplanten Klage eines Bremer Hoteliers zu erwarten.

Ergänzung der Einzelhandelsflächen an der Waterfront

Der Ausschuss für Einzelhandel und verbraucherorientierte Dienstleistungen hat in seiner Sitzung am 3. September 2013 über die Erweiterung der Einzelhandelsflächen am Standort Waterfront beraten. Hintergrund war die Absicht eines Investors, in der Waterfront Möbel, Fahrräder bzw. Bau- und Gartenbedarf auf einer Gesamtfläche von 6.500 Quadratmetern zu verkaufen und dabei die rechtlich zulässige Gesamtfläche der Waterfront um 2.000 Quadratmeter zu überschreiten.

In der Sitzung wurde deutlich, dass eine solche Überschreitung unter Beibehaltung des geltenden Bebauungsplanes im Zuge eines Befreiungsverfahrens (Dispens) möglich sei. Es wurde aber auch darauf hingewiesen, dass eine solche Befreiung nur unter Berücksichtigung der Grundzüge des Bebauungsplanes vorgenommen werden könne. Dazu gehöre neben der Prüfung der Auswirkung auf zentrale Versorgungsbereiche auch die Berücksichtigung der Maßgaben des Kommunalen Zentren- und Nahversorgungskonzeptes. Die Prüfung der genannten Kriterien wurde sowohl durch die in Bremen zuständigen Ressorts als auch durch den Kommunalverband ohne Beanstandung vorgenommen. Dennoch wurde in der Ausschusssitzung der Handelskammer deutlich, dass die geplante Erweiterung der Waterfront nur unter Einhaltung strenger Prüfkriterien mitgetragen werden könne. Der knappe Beschluss für die Erweiterung wurde als Empfehlung an das Plenum zu Protokoll gegeben. Das Plenum nahm diese Empfehlung an und bestätigte die Entscheidung des Ausschusses in seiner Sitzung am 9. September 2013.

Einzelhandel im Blick: Delegationsreise nach Maastricht

Der Ausschuss für Einzelhandel und verbraucherorientierte Dienstleistungen hat am 27. und 28. August zwei Einzelhandelsstandorte in den Niederlanden besucht: das Designer Outletcenter in der Kleinstadt Roermond und die Stadt Maastricht. Hier standen die beiden Einzelhandelsstandorte „Entre Deux“ und „Mosae Forum“ im Blickpunkt als Modelle für die Innenstadtentwicklung in Bremen.

Zum Programm in Roermond gehörten eine Führung durch das Outletcenter und ein Empfang im Rathaus der Stadt, wo der regional zuständige Wirtschaftsförderer Entstehung und Handelsentwicklung erläuterte. In Maastricht besichtigte die Delegation die Stadt und die beiden Einkaufszentren. Die zuständigen Projektentwickler beschrieben Entstehung und Planung des Standortes. Die moderne Architektur beider Gebäude beeindruckte dabei ebenso wie die Vielfalt und die Qualität des Einzelhandelsangebotes in der Stadt Maastricht. Zukünftig soll es weitere Delegationsreisen des Handels geben.

Leistungsbilanzen

Fachtag Einzelhandel: Profil entwickeln

Rund 100 Teilnehmer besuchten am 24. September den Fachtag Einzelhandel. Im Mittelpunkt standen die aktuelle Situation sowie Chancen und Risiken des stationären Einzelhandels angesichts des wachsenden Online-Handels, der gegenwärtig einen Marktanteil von acht Prozent am gesamten Einzelhandel hat.

Fachreferenten machten deutlich, dass das Internet nicht nur eine Bedrohung für den stationären Handel ist. Im Wettbewerb der Standorte und Vertriebskanäle müssten das einzelne Unternehmen und der Handelsstandort ein eigenes Profil gewinnen. Gerade städtische Zentren mit ihrer Mischung aus Kultur, Tourismus und Einzelhandel sind hier in einer guten Ausgangslage, denn der Erlebnisaspekt gewinnt beim Einkauf an Bedeutung. Das kann das Internet nicht bieten.

Den Referaten schloss sich eine Podiumsdiskussion an. Über die Frage, wie attraktive Innenstädte dauerhaft zu schaffen sind, diskutierten Uwe Bodemann, Stadtbaurat der Stadt Hannover, Dr. Kai Hudetz, Geschäftsführer des Institutes für Handelsforschung aus Köln, Nikolaus Thätner, Director Development der ECE Projektmanagement aus Hamburg, und Professor Holger Moths, Architekt in Hamburg.

Business Improvement Districts: Chance für Quartiere

Die Handelskammer engagiert sich seit vielen Jahren für die Business Improvement Districts (BID) in Bremen. Sie geben Eigentümern und Gewerbetreibenden einen festen Rahmen, durch Eigeninitiative, Selbstorganisation und Selbstfinanzierung die Qualität ihres Quartiers zu verbessern.

Die ersten beiden Bremer BIDs sind 2009 gestartet. Viele der geplanten Maßnahmen wurden bereits umgesetzt und gut angenommen. Im Dezember 2012 ist das dritte BID gestartet: die Sögestraße. Das BID Ansgari wurde nach drei Jahren erneuert. Große Resonanz findet beispielsweise die neue Holzbühne auf dem Ansgarikirchhof, die „Ansgari I“ konzipiert und aufgebaut hat. „Ansgari II“ plant eine monatliche musikalische Veranstaltung auf dieser Bühne, um den Platz zu beleben und die Aufmerksamkeit für die Geschäfte am Standort zu steigern.

Bei der Standortgemeinschaft Oster-/Steintor sind nach Ablauf des dritten Geschäftsjahres positive Veränderungen deutlich spürbar. Insbesondere der Kampf gegen Graffiti macht große Fortschritte. Professionelle Malereien an einzelnen Geschäftsfassaden, die auf das Ladengeschäft abgestimmt sind, verhinderten, dass neue Graffiti aufgesprüht wurden. Im Ergebnis hat sich das Erscheinungsbild sehr verbessert. Anklang fand auch das Viertel mit seinem neuen Konzept.

Die Handelskammer hat die BIDs wie vorgesehen kontrolliert und keine Beanstandungen festgestellt. Sie bewertet den bisherigen Verlauf und das Engagement aller Beteiligten positiv. Die enge Zusammenarbeit der Eigentümer und Gewerbetreibenden im Quartier bietet zahlreiche Chancen und Synergien. Einzelne Maßnahmen haben die Aufenthaltsqualität erkennbar verbessert und Plätze und Straßenzüge belebt.

Das findet auch überregional Anerkennung. Bei der alljährlichen Verleihung des BID-Awards der IHK-Organisation und des DIHK haben die Bremer Initiativen erneut gut abgeschnitten. Das BID Viertel verteidigte 2013 seinen 2. Platz aus dem Jahr 2012. Das neue BID Sögestraße schaffte es gleich bei seiner ersten Teilnahme auf die oberste Stufe des Siegetreppchens. Der kommende BID-Bundeskongress 2014 mit der Verleihung des BID-Awards wird in Bremen ausgetragen.

Bremen prüft Finanzanlagenvermittler

Seit dem 1. Januar 2013 ist die Finanzanlagenvermittlerverordnung in Kraft. Sie schafft für Finanzanlagenvermittler ähnliche berufsrechtliche Regeln, wie sie für Versicherungsberater und -vermittler bereits seit 2007 existieren. Bundesweit hat die IHK-Organisation die Aufgabe übernommen, Finanzanlagenvermittler zu registrieren und die Sachkundeprüfungen durchzuführen. Nach der neuen Durchführungsverordnung müssen alle, die mit der Vermittlung von Finanzanlagen beschäftigt sind, ihre Sachkunde belegen, eine Berufshaftpflichtversicherung vorhalten und sich in das neugeschaffene öffentliche Register für Finanzanlagenvermittler eintragen lassen.

Um eine praktikable und wirtschaftsnahere Lösung für die Betroffenen zu finden, haben sich im Vorwege die Kammern des Umlandes und das Wirtschaftsressort als Aufsichtsbehörde über die Umsetzung und die Inhalte der Sachkundeprüfungen verständigt. Im Ergebnis führt die Handelskammer Bremen die Sachkundeprüfungen seit dem 1. Januar 2013 durch. Die Oldenburgische IHK, die IHK Emden und die IHK Bremerhaven haben der Bremer Kammer diese Aufgabe übertragen. Es kommen außerdem, wie bei den Versicherungsvermittlern auch, Prüflinge aus den Kammerbezirken Stade und Hannover nach Bremen, um die Prüfung abzulegen. Bremen ist damit neben Hamburg und Hannover einer der Prüfungsstandorte in Norddeutschland.

Die Erlaubnis, als Finanzanlagenvermittler nach § 34f GewO tätig sein zu dürfen, sollte ursprünglich vom Stadamt Bremen erteilt werden. Dies macht nun ebenfalls die Handelskammer Bremen. Seit Juni 2013 hat sie 170 Erlaubnisse erteilt und für 74 Personen eine Sachkundeprüfung durchgeführt. Ein neues Gesetz erfordert zudem die Umschreibung der Erlaubnisurkunden; auch dies wird in der Handelskammer erledigt.



(Bild links) Die Sögestraße hat den BID-Award 2013 gewonnen: (v.l.) Stefan Storch und Harald Knigge (Eigentümervorteiler) sowie Dr. Jan-Peter Halves (CS-CityService GmbH); (Bild oben) Sachverständigentag im Haus Schütting: (v.l.) Martin Johannsen (IHK Bremerhaven), Claudia Poneleit (IHK Oldenburg), Ulrich Vogel (Handelskammer Bremen) und Bernhard Floter vom Institut für Sachverständigenwesen.

Die Arbeit der Sachverständigen

Die Handelskammer Bremen hat knapp 150 Sachverständige in mehr als 50 Gebieten bestellt. Damit liegt Bremen in der Spitzengruppe der norddeutschen Kammern. Gesetzlicher Auftrag der Handelskammer ist die Neubestellung von Sachverständigen und die Verlängerung von Bestellungen. Auch muss sie die Sachverständigen betreuen, informieren, weiterbilden und kontrollieren; ferner nimmt sie Beschwerden auf und überprüft sie. Insgesamt hat die Handelskammer mehr als 600 Anfragen zu Sachverständigen von Unternehmen, Gerichten und Behörden sowie Verbrauchern bearbeitet. Umfragen billigen den Kammern eine hohe Kompetenz bei der Benennung von Sachverständigen in der öffentlichen Wahrnehmung zu.

Für ein einheitliches, hohes fachliches Niveau der Sachverständigen spielen die Fachgremien bei Erstbestellung und Verlängerung eine besonders wichtige Rolle. Das Bremer Fachgremium Schiffseichaufnehmer hat sich aufgrund der Zahl seiner Überprüfungen überregional etabliert.

Handelskammer hilft bei Streitigkeiten

Die Handelskammer bietet in einer jahrhundertalten Tradition der Kaufmannschaft außergerichtliche Verfahren zur Streitbeilegung. Dazu zählen das Schiedsgericht, die Einigungsstelle zur Beilegung von wettbewerbsrechtlichen Streitigkeiten und das Wollschiedsgericht. Außerdem sind zahlreiche von der Handelskammer benannte Unternehmer ehrenamtlich als Handelsrichter, Finanzrichter, Arbeitsrichter und Verwaltungsrichter unmittelbar bei staatlichen Gerichten tätig.

Auch in der Einigungsstelle für Wettbewerbsstreitigkeiten arbeiten viele Unternehmer als Beisitzer ehrenamtlich mit. Deren Verfahren dienen der raschen außergerichtlichen Abwicklung von Wettbewerbsstreitigkeiten und enden häufig mit einem gütlichen Ausgleich zwischen den Parteien. So wurden 2013 wiederum zahlreiche Verfahren vor Beginn eines formellen Verfahrens geschlichtet.

Im Zentrum der wettbewerbsrechtlichen Beratung der Kammermitglieder stand die Informationskampagne gegen den so genannten Adressbuchschwindel insbesondere für neu gegründete Unternehmen. Die Handelskammer hat in großer Zahl Flyer an Mitglieder, Ämter und Institutionen verteilt.



Bremerhaven hat sein Tourismus-Marketing umstrukturiert; das bringt neuen Schwung für die Havenwelten.

Bremerhaven

Erlebnis Bremerhaven GmbH gegründet

Bremerhaven hat seinen Tourismusbereich neu geordnet: Im Juli 2013 ist die Tourismus-, Marketing- und Veranstaltungsgesellschaft Erlebnis Bremerhaven GmbH gegründet worden, die von Raymond Kiesbye geleitet wird. Unter ihrem Dach sind die Bereiche Touristik und touristische Infrastruktur, das Stadtmarketing und das Veranstaltungsmanagement gebündelt worden. Sie arbeitet eng mit der Stadthallen GmbH zusammen, die als eigenständige Gesellschaft erhalten blieb.

Sachverständige in Bremerhaven

Im Jahr 2013 waren 30 öffentlich bestellte und vereidigte Sachverständige im Bezirk der IHK Bremerhaven verzeichnet. Das durch den DIHK organisierte neue Sachverständigenverzeichnis enthält Angaben zu mehr als 8.000 Sachverständigen bundesweit.

Evaluation des Deutschen Schifffahrtsmuseums

2013 hat sich das Deutsche Schifffahrtsmuseum (DSM) auf die 2014 geplante Evaluation vorbereitet. Diese entscheidet darüber, ob das 1975 eröffnete Museum eine Einrichtung der Leibniz-Gemeinschaft bleibt. Dazu benötigt es eine Forschungsstrategie und ein Konzept zur Nachwuchsförderung; eine Schlüsselrolle kommt der Überarbeitung der Dauerausstellung zu. Im April hat

Dr. Sunhild Kleingärtner als geschäftsführende Direktorin die Leitung des DSM übernommen. Dem Direktorium gehört außerdem Dr. Ursula Warnke an. Mit der DSM-Führung ist eine Professur für Schifffahrtsgeschichte an der Universität Bremen verbunden.

Hohe Anziehungskraft der Havenwelten

Das Areal der Havenwelten im Gebiet des Alten und Neuen Hafens hat für den Wirtschaftsstandort Bremerhaven eine große touristische Bedeutung. Allerdings kann die Anziehungskraft nur bewahrt und gesteigert werden, wenn in die Attraktionen investiert wird. So wurden 2013 sowohl der Zoo am Meer als auch das Klimahaus 8° Ost aufgewertet. Im Zoo am Meer wurde im September das Nordsee-Aquarium eingeweiht. Die 340 qm große Anlage direkt unter dem Eisbärengehege hat neun Aquarien, in denen die Besucher Meeresbewohner von der Geestemündung bis in die Tiefen der offenen See beobachten können. Die Havenwelten sollen ferner ein Erlebnis- und Informationszentrum zur Offshore-Windenergie erhalten. Die Baukosten liegen bei 1,7 Millionen Euro. 300.000 Euro sollen über Sponsorengelder aus der Wirtschaft fließen.

Neue Datenbank „Barrierefreie Nordsee“

Auf der Internationalen Tourismus-Börse (ITB) im März in Berlin haben Bremerhaven und die Landkreise Wesermarsch und Cuxhaven zum ersten Mal ihre internetbasierte Datenbank „Barrierefreie Nordsee“ präsentiert. Bei diesem Projekt arbeiten die drei Partner eng mit dem Tourismusver-

band Nordsee e. V. zusammen. Aus dem gesamten Gebiet der niedersächsischen Nordseeküste finden Urlaubsgäste eine Fülle von Daten und Fakten vor allem zu Unterkünften, Gastronomie-Betrieben, Sehenswürdigkeiten, Verkehrsmittel, Wellness- und Gesundheitseinrichtungen, Tourist-Informationen, öffentliche Einrichtungen und Kirchen.

Ikea investiert in neuen Standort 40 Millionen Euro

Im Gewerbegebiet Bohmsiel im Stadtteil Wulsdorf soll 2014 ein Ikea-Markt errichtet und Anfang 2015 eröffnet werden. Der schwedische Konzern will rund 40 Millionen Euro investieren und 150 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze schaffen. Die IHK misst dem Ikea-Vorhaben eine große regionale Wirkung zu. Während das Möbelhaus auf einer Grundstücksfläche von 63.000 qm nahe der A27 entstehen soll, beträgt der vorgesehene Naturlausgleich für das Projekt 210.000 qm. Mit dieser Ausgleichsmaßnahme geht die Stadt Bremerhaven weit über das gesetzlich vorgeschriebene Maß hinaus.



Das hat Bremen noch nicht gesehen: Urbanscreen begeisterte die Menschen mit einer spektakulären Projektion auf den Schütting.

Public Relations

Bremen

Haus Schütting in „Buntes Gold“ getaucht

Urbanscreen hat das weltbekannte Operngebäude in Sydney, die historische Fassade der Universität in Houston/Texas und das Leopold Museum in Wien bespielt. Vom 15. bis 17. November zeigten die Projektionskünstler nach rund sechs Jahren erstmals wieder eine öffentliche Fassadenprojektion in ihrer Heimatstadt Bremen. Sie verhüllten das Haus Schütting, Sitz der Handelskammer Bremen, mit passgenauer Lichtkunst.

„Buntes Gold“ hieß die temporäre Projektion an der Schütting-Fassade, die in freier künstlerischer Interpretation Themen und Herausforderungen der Kultur- und Kreativwirtschaft aufgriff. Urbanscreen bezog die Architektur des Gebäudes sowohl graphisch als auch inhaltlich in die Projektion ein. So eroberten virtuelle Fassadenkletterer (Artisten aus dem Musical „Tarzan“ von Phil Collins) das Gebäude. Symbolisch kletterten die Kreativen aus den Fenstern heraus und übernahmen nach und nach den Schütting. Untermalt wurden die Szenen mit eindrucksvoller Musik.

Die Projektion wurde in einem Wettbewerb gefördert, für den das Bremer Parlament 2012/13 investive Mittel in Höhe von 700.000 Euro bereitgestellt hatte. Insgesamt profitierten davon acht Bremer Projekte mit überregionaler Stahlkraft. Eine Ausstellung aller geförderten Projekte sowie Vorträge und eine Diskussion in der Handelskammer beleuchteten am 15. November diesen Wettbewerb und die Förderstrategie für die Kultur- und Kreativwirtschaft in Bremen.

Wirtschaftsempfang mit Bundesbankpräsident

Der sechste Wirtschaftsempfang der Handelskammer fand am 17. Juni 2013 mit rund 500 Gästen aus Bremen und dem gesamten Nordwesten im Probensaal der Deutschen Kammerphilharmonie Bremen an der Gesamtschule Bremen-Ost statt. Festredner und Ehrengast war Bundesbankpräsident Dr. Jens Weidmann. In seinem Vortrag hob er die Bedeutung einer europäischen Bankenunion mit gemeinsamer Aufsicht hervor.

Der Bundesbankpräsident forderte eine stabilitätsorientierte Geldpolitik, eine klare Trennung zwischen finanzpolitischen Aufgaben und der Funktion der Notenbanken sowie nachhaltige, strukturelle Maßnahmen. Zuvor begrüßten Handelskammer-Präsident Christoph Weiss und Bürgermeister Jens Böhrnsen die Gäste. Das Schlagzeugduo Stefan Rapp & Sven Polkkötter von der Deutschen Kammerphilharmonie und das Schülerbläserorchester Tenever Brass der Gesamtschule Ost bildeten den musikalische Rahmen.

Neujahrsmatinee wel.come

Kommunikationsfachleute, Kreative und Medienexperten aus der Metropolregion Nordwest trafen sich Ende Januar zur wel.come im Haus Schütting. Seit zehn Jahren findet die Neujahrsmatinee in der Handelskammer Bremen statt. Nach einem Impulsvortrag von Albert Schmitt, Geschäftsführer der Deutschen Kammerphilharmonie Bremen, sorgte das Schülerorchester Tenever Brass der Gesamtschule Ost zusammen mit Bernhard Ostertag von der Deutschen Kammerphilharmonie für musikalische Unterhaltung. Organisiert wird die wel.come von der Handelskammer, dem

Marketing-Club Bremen, dem Kommunikationsverband Wirtschaftsraum Bremen, den Vereinen bremen digitalmedia und Klub Dialog sowie von der Bremer Akademie für Kommunikation, Marketing und Medien. Das Event zählt mit alljährlich rund 300 Gästen zu den größten Veranstaltungen der Kreativ- und Medienbranche in Bremen und im Nordwesten.

Social-Media-Aktivitäten der Handelskammer

Die Handelskammer ist in drei bedeutenden sozialen Medien aktiv. Über ihre offizielle Facebook-Seite ist sie täglich im Dialog mit anderen Facebook-Nutzern über unterschiedliche Bereiche des Bremer Wirtschaftsgeschehens. Die Facebook-Seite „Deine Kammer“ fokussiert auf die Bereiche Aus- und Weiterbildung und steht den Fans der Seite – überwiegend junge Auszubildende – als Ansprechplattform zur Verfügung.

Auch bei Google+ betreibt die Handelskammer eine offizielle Seite. Sie bietet den Nutzern regelmäßig interessante Informationen und interagiert mit ihnen über Kommentare und die „+1“-Funktion.

Im Netzwerk XING moderiert die Handelskammer die Gruppe „new_kammer bremen“, ein Online-Treffpunkt für junge Unternehmer und Gründer. Damit bietet sie ihren Mitgliedern ein Forum, um sich untereinander und mit der Handelskammer auszutauschen und Fragen zu stellen. In den unterschiedlichen Foren der Gruppe werden regelmäßig Beiträge veröffentlicht und gleichzeitig unter anderem auf interessante Veranstaltungen hingewiesen. Die „realen“ Treffen der Gruppe sind eine gute Möglichkeit für die Mitglieder zum Netzwerken und Kennenlernen. Dort können die Mitglieder auch ihr Unternehmen oder ihre Projekte vorstellen.



(v.l.) Otto Lamotte, Jens Weidmann, Ingo Kramer



Notenbankchef Jens Weidmann (Bildmitte) war im Juni Gast des Wirtschaftsempfanges der Handelskammer

Die Online-Plattform Scribd nutzt die Handelskammer, um ihr monatliches Magazin „Wirtschaft in Bremen“ sowie ihre Broschüren zu veröffentlichen und einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Angebote für die Kreativwirtschaft

Um die Bremer Kreativwirtschaft stärker mit anderen Bereichen der Bremer Wirtschaft zu verknüpfen und Unternehmen für das Potenzial kreativer Dienstleistungen zu sensibilisieren, hat die Handelskammer in Kooperation mit der Wirtschaftsförderung Bremen eine Business-Speeddating-Veranstaltungsreihe mit dem Titel „kreativrendezvous“ entwickelt. Hier können die Teilnehmer in fünfminütigen Kurzgesprächen neue Business-Kontakte aus der Kreativwirtschaft für aktuelle oder zukünftige Projekte und Aufgaben knüpfen. Jeder spricht mit jedem und kann so ganz unverbindlich neue Möglichkeiten erkennen und schnell feststellen, welche Kompetenzen beim Gegenüber vorhanden sind und ob die persönliche bzw. projektbezogene „Chemie“ stimmt.

Das „kreativrendezvous“ eröffnet den Unternehmern neue Perspektiven, um Marketing, Kommunikation und Vertrieb in ihren Firmen zu verbessern. Die aufwändige Suche nach Dienstleistern aus der Kreativwirtschaft wird ihnen so erspart. Auf der Kreativseite stehen jedes Mal ausgewählte Unternehmen, die das gesamte Spektrum an kreativen Leistungen abdecken. Die ersten beiden Branchen, für die ein „kreativrendezvous“ angeboten wurde, waren die Logistik und das Gastgewerbe.

Die Veranstaltung „Creative Thinking Business – Was kann die kreative Perspektive leisten?“ gab Unternehmern Denkanstöße, um Lösungen für konkrete Probleme aus einer anderen Perspektive zu entwickeln. Hier wurden auch neue Projekte vorgestellt, die auf ihre ganz eigene Weise das Potenzial der (Kultur- und) Kreativwirtschaft in Bremer Unternehmen bringen – beispielsweise mit Hilfe der Design-Thinking-Methode.

Die Handelskammer in der Presse

Für Hintergrundinformationen und Interviews sind die Experten der Handelskammer gefragte Gesprächspartner. Dies zeigt sich an der 2013 wiederum gestiegenen Zahl an Veröffentlichungen in regionalen und überregionalen Printmedien, in Hörfunk, TV und Online. Mehr als 1.400-mal fand die Handelskammer Erwähnung und hat ihre Themen in der Öffentlichkeit platziert. Mehr als 80 Pressemitteilungen wurden verschickt; Journalisten wurden zu rund 25 Pressegesprächen und Veranstaltungen eingeladen.

Workshops der Reihe „Medien im Blick“

Rund 50 Mitarbeiter aus kleinen und mittleren Unternehmen nahmen 2013 an der Veranstaltungsreihe „Medien im Blick“ teil. In dem Workshop „Public Speaking – souverän kommunizieren“ vermittelte Matthias Hill (Hill Media) am 1. Februar Techniken, wie man als Moderator, Redner und Repräsentant vor Publikum, im Interview oder bei Meetings überzeugend auftritt. Die Grundlagen für gute Pressemitteilungen und erfolgreiche Pressearbeit lernten Workshop-Teilnehmer am 22. Februar bei Beate Hoffmann (Bremer Medienbüro). Es-

entials für gute journalistische Texte von den sechs W-Fragen bis zur knackigen Überschrift standen im Mittelpunkt des Workshops von Annemarie Struß-von Poellnitz (asp kommunikation) am 27. September. Oliver Heinz und Michael von Rothkirch (Heinz v. Rothkirch – Nachtwey Rechtsanwälte) zeigten in dem Workshop „Ihr gutes Recht – Urheberrecht, Nutzungsrechte, Persönlichkeitsrechte und Rechtclearing“ am 15. November, welche rechtlichen Aspekte Nutzer von geschützten Inhalten wie Bildern, Musik oder Filmen beachten müssen.

Internetportal www.handelskammer-bremen.de

Um den Besuchern der Websites der Kammern wichtige Inhalte in kurzer und anschaulicher Weise näher zu bringen, hat der Verbund des IHK24 e. V. fünf unterschiedliche Erklär-Videos produziert. Sie sind auf das Internetportal der Handelskammer gestellt worden und erläutern Themen wie die duale Ausbildung, die IHK-Aufgaben, den IHK-Beitrag, ehrenamtliches Engagement und die Existenzgründungsberatung.

Arbeitskreis Kultur-Wirtschaft

In der Sitzung des Arbeitskreises Kultur-Wirtschaft informierte Kultur-Staatsrätin Carmen Emigholz die Teilnehmer im Juli über die Entwicklung des Kultur-Doppelhaushaltes 2014/2015. In dieser Sitzung wurde auch vereinbart, dass der Senator für Kultur und die Handelskammer gemeinsam einen Workshop veranstalten, um nach neuen Wegen für das kulturelle Sponsoring zu suchen.



Neujahrskonvent in Bremerhaven: (v.l.) Peter H. Greim, Professor Thomas Straubhaar, Ingo Kramer, Michael Stark

Neue Software für das Medienzentrum

Das Medienzentrum der Handelskammer wurde modernisiert. Zum einen trat die Handelskammer dem Gemeinsamen Bibliotheksverbund der norddeutschen Bundesländer (GBV) bei und zum anderen wurde eine neue Software (PICA) für Bibliothek und Archiv eingeführt. Erstmals ist damit der Archivbestand der Handelskammer mit seinen bedeutenden Archivalien und Dokumenten zur bremischen Handels- und Wirtschaftsgeschichte seit dem Spätmittelalter online recherchierbar. Für den Bibliotheksbestand war dies bereits vorher möglich. Das Archiv beantwortete eine große Anzahl von Anfragen aus dem In- und Ausland zur Kaufmanns- und Kammergeschichte. Zahlreiche Besucher haben vor Ort mit den Archivalien in diesem „Gedächtnis der Bremer Wirtschaft“ recherchiert. Ferner unterstützte das Archiv eine Reihe von Publikationen und wissenschaftlichen Arbeiten mit Dokumenten und Fotos.

Firmenjubiläen: Würdigung für lange bestehende Unternehmen

Die Handelskammer gratulierte 125 Unternehmen mit einer Urkunde zum Firmenjubiläum. Diesen Service bietet sie allen Firmen ab dem 25-jährigen Bestehen an. Auch für Unternehmen, die sich bei ihren Mitarbeitern für eine mindestens 25-jährige Betriebszugehörigkeit bedanken möchten, stellt die Kammer Urkunden aus. 2013 waren das rund 1.000 Stück, etwa doppelt so viel wie 2012.

Bremerhaven

Neujahrskonvent, Herbstkonvent, Gästeabend der IHK

Beim Neujahrskonvent der IHK Bremerhaven im Januar 2013 war Peter H. Greim, Senior des Konvents, der Hauptredner. Er knüpfte an das Jahresthema „Infrastruktur – Wege für morgen“ des Deutschen Industrie- und Handelskammertages an. Greim zeigte Defizite bei der Verkehrsinfrastruktur auf und kritisierte die Unterfinanzierung. Er forderte geringere Planungs- und Vorlaufzeiten für die Infrastruktur-Projekte. Mehr Transparenz und Bürgerbeteiligung seien unabdingbar.

Professor Dr. Thomas Straubhaar, Direktor des Hamburgischen Weltwirtschaftsinstitutes (HWWI), hielt beim Herbstkonvent im Oktober das Hauptreferat. Er plädierte unter anderem für die Globalisierung als wichtigen Motor zur Steigerung des Lebensstandards in Deutschland und Europa. Die Handelskammer Bremen und die IHK Bremerhaven unterstützen die Arbeit des HWWI vor allem als Gründungsmitglied des Förderkreises der HWWI-Niederlassung Bremen. Der ehemalige Bremerhavener IHK-Präsident Claus Brüggemann ist Vorsitzender des Förderkreises, der den Status eines Vereins hat.

Zum Gästeabend der IHK Bremerhaven im Dezember konnte IHK-Präsident Ingo Kramer Vizeadmiral Axel Schimpf begrüßen, den Inspekteur der Marine. Dieser ging in seinem Vortrag unter anderem auf den Personalmangel bei der Marine und den anderen Teilstreitkräften ein. Außerdem beleuchtete er beispielsweise zum Teil sehr komplexe internationale Herausforderungen, auf die die Bundeswehr in Gegenwart und Zukunft reagieren muss.

Musikfest Bremen: „Kammerkonzert“ im IHK-Gebäude

Das klassische Konzert des „Quatuor Ebène“ beim Musikfest Bremen im Gebäude der IHK stieß auf große Begeisterung. Mit diesem öffentlichen Konzert trägt die Bremerhavener Wirtschaft seit Jahren zum Gelingen des Musikfestes bei. Traditionell unterstützt auch die Handelskammer Bremen das Musikfest. So stellt sie zur Großen Nachtmusik, dem vielbesuchten Auftakt des Musikfestes, ihre Räumlichkeiten für Konzerte zur Verfügung.

Pressearbeit der IHK Bremerhaven

Im Jahr 2013 verschickte die IHK Bremerhaven mehr als 30 Pressemitteilungen und lud Journalisten zu rund zehn Pressegesprächen ein.



Die Mitglieder des Arbeitskreises Gefahrgut trafen sich 2013 bei der Feuerwehr in Oldenburg.

Service

Sachkundeprüfungen und Unterrichtungen im Lande Bremen

Bewachungsgewerbe Die Unterrichtsverfahren und Sachkundeprüfungen im Bewachungsgewerbe wurden 2013 weitgehend wie im Vorjahr nachgefragt. Es gab zwölf Unterrichtsverfahren; 178 Teilnehmer wurden geschult (2012: 170 Teilnehmer). Bei den Sachkundeprüfungen gab es ein leichtes Plus: 2013 nahmen an 18 Prüfungsterminen insgesamt 327 Personen teil (2012: 301 Personen). Die IHK Bremerhaven hat im Jahr 2013 bisher 14 Unterrichtsverfahren (2012: 13) mit insgesamt 133 Teilnehmern durchgeführt. Bei den Sachkundeprüfungen nach § 34 a GewO gab 2013 einen bedeutenden Anstieg. So nahmen an den bisher 17 Terminen (2012:14) insgesamt 235 Personen (2012: 176) teil.

Gefahrgutschulungen und -prüfungen Die IHK-Organisation ist in Deutschland zuständig für die Anerkennung und Überwachung der Schulungen für Gefahrgutfahrer einschließlich der Abnahme der Prüfungen und die Ausstellung der mitzuführenden Bescheinigungen. Seit dem 1. Januar 2013 muss diese so genannte ADR-Schulungsbescheinigung als Scheckkarte mit eingedrucktem Lichtbild des Fahrers ausgestellt werden. Zur Umsetzung dieser neuen, international verbindlichen Vorgaben hat die IHK-Organisation ein dezentrales Ausstellungssystem geschaffen, um die Unternehmen flexibel und schnell bedienen zu können. Die Einführung der neuen

Bescheinigung hat in Bremen reibungslos geklappt. Es wurden mehr als 1.200 neue ADR-Bescheinigungen ausgestellt. Prüfer der Handelskammer führten hierzu mehr als 100 Prüfungstermine durch. Darüber hinaus wurden mehr als 160 Gefahrgutbeauftragte in Bremen geprüft. In der IHK Bremerhaven wurden 217 Gefahrgutfahrer und sechs Gefahrgutbeauftragte geprüft.

Fach- und Sachkundeprüfungen für Verkehrsunternehmer Unternehmen des erlaubnispflichtigen Güter- oder Personenverkehrs müssen über eine sachkundige Person verfügen. Die Handelskammer bescheinigte 2013 rund 80 Personen die hierfür erforderliche fachliche Eignung. Die IHK Bremerhaven prüfte acht Teilnehmer für den Bereich des Personenverkehrs.

Berufskraftfahrerqualifikation Im gewerblichen Personen- und Güterverkehr ist für Fahrer der Führerscheinklassen C und D neben dem Führerschein eine zusätzliche Berufskraftfahrergrundqualifikation vorgeschrieben. 2013 haben rund 160 Teilnehmer eine entsprechende Prüfung bei der Handelskammer abgelegt. Bei der IHK Bremerhaven nahmen an 16 Prüfungsterminen 108 Personen teil.

Bild rechts: (v.l.) Die Bremer Junioren Sascha Füchtner, Patric Prim und Maren Schulz mit Karsten Nowak (2.v.r.); Bild ganz rechts: der Juniorenkreis in Bremerhaven



Die Juniorenkreise

Wirtschaftsjunioren der Handelskammer Bremen

Nach 14 Jahren ist es den Wirtschaftsjunioren (WJ) der Handelskammer Bremen gelungen, die Hanseraumkonferenz (HAKO) 2014 wieder nach Bremen zu holen. Zur Vorbereitung haben die Junioren einen Förderverein gegründet und Arbeitsgruppen für die Themen Tagesprogramm, Abendprogramm, Logistik, Kinderprogramm, Marketing, Finanzen und Sponsoring geschaffen. Außerdem wurde der Internetauftritt www.hako2014.de programmiert. Die Anmelde- und Buchungsplattform wurde im Herbst 2013 freigeschaltet. Mit Präsentationsmappen werben die Junioren um Unterstützer, um eine attraktiven und vielseitigen Hanseraumkonferenz in Bremen und Bremerhaven anbieten zu können.

Rund 650 Fach- und Führungskräfte des Hanseraums – von Flensburg bis Göttingen und von Papenburg bis Greifswald – werden vom 29. Mai bis 1. Juni 2014 in Bremen zu Gast sein. Das Motto der HAKO 2014 lautet „Tradition trifft Moderne“. Zum Programm gehören eine Vielzahl von Seminaren, Workshops, Betriebsbesichti-

gungen und Kulturveranstaltungen. Die Zentrale – und damit die gesamte Koordination – der Hanseraumkonferenz wird im Haus Schütting sein. Dort findet auch ein wesentlicher Teil der Kurse und Seminare statt. Auch im Rathaus werden Veranstaltungen angeboten. Ziel der Junioren ist es, das Land Bremen von seiner besten Seite zu zeigen und als bedeutenden deutschen Wirtschaftsstandort mit prägnanten Clustern zu präsentieren, aber auch um Fachkräfte zu werden.

Bei der Vorbereitung arbeiten die Juniorenkreise Bremen und Bremerhaven eng zusammen. Konferenzdirektor Thomas Gerkmann und die Sprecherin der Wirtschaftsjunioren in Bremerhaven, Maria Groß, haben eine Brücke zwischen beiden Kreisen gebaut, die auch über die HAKO hinaus Bestand haben wird. Das große Engagement der Juniorenkreise wird auch von der Wirtschaft honoriert, die die HAKO mit Sach- und Geldspenden unterstützt.

Wenn auch der HAKO die größte Aufmerksamkeit galt, so gab es doch weitere Projekte und Aktivitäten. So wurde beispielsweise die Oldtimer-Rally „Tradition meets Style“ durchgeführt; der Erlös wurde sozialen Zwecken gespendet. Zudem initiierte der Juniorenkreis eine Gründermesse; seine Mitglieder führten zahlreiche Bewerbungstrainings an Bremer Schulen durch, und daneben veranstalteten sie noch ein Schülerquiz mit anschließender Siegerehrung im Haus Schütting.

Wirtschaftsjunioren der IHK Bremerhaven

Im Jahr 2013 wurde Maria Groß zur Sprecherin der Bremerhavener Wirtschaftsjunioren (WJ) gewählt. Unterstützt wurde sie in ihrer Arbeit von Sebastian Dräger, der 2012 Sprecher war, und von Marina Peters, der neu gewählten stellvertretenden Vorsitzenden. Außerdem gehören Dr. Peter Dahlke (Finanzen), Anika Maurer, Claudia Haake und Pia Abendroth dem Vorstand an.

Unter dem Jahresmotto: „Bremerhaven – aktiv mitgestalten“ präsentierten die Junioren Bremerhaven als interessanten Wirtschaftsstandort. Neben der Veranstaltungsreihe „Bremerhaven goes Offshore“ des Arbeitskreises Wirtschaft, dem alljährlichen Ball des Arbeitskreises Freizeit und dem monatlichen Gründer- und Unternehmertreff wurde die Veranstaltung „Watt's Up“ ein zweites Mal durchgeführt. Bremerhaven richtet sie gemeinsam mit den Junioren Cuxhavens aus. Sie wurde 2013 mit dem Hanseraumpreis in der Kategorie „Beruf und Familie“ ausgezeichnet.

Ehrenamt, Geschäftsbereiche

Ehrenamt der Handelskammer Bremen

Das Ehrenamt in Bremen

Die Handelskammer ist die Selbstverwaltung der bremischen Wirtschaft und wird von ihren mehr als 42.000 Mitgliedsunternehmen getragen. Aus diesem Kreis engagieren sich mehr als 3.000 Personen ehrenamtlich in der Handelskammer – in Arbeitskreisen, Ausschüssen und anderen Gremien sowie als Prüfer und Sachverständige. Dem Plenum, dem höchsten Kammergremium, gehören Einzelhändler und Inhaber mittelständischer Betriebe ebenso an wie Vorstandsvorsitzende großer Bremer Unternehmen. Aus dem Plenum heraus werden das Präsidium und der Präses gewählt.

Mitglieder des Präsidiums

Christoph Weiss (Präses)
Matthias Claussen (Vizepräses)
Frank Dreeke (Vizepräses)
Eduard Dubbers-Albrecht (Vizepräses)
Wiebke Hamm (Vizepräses)
Otto Lamotte (Vizepräses)
Joachim Linnemann (Vizepräses)
Janina Marahrens-Hashagen (Vizepräses)
Lutz H. Peper (Vizepräses)
Peter Schöler (Vizepräses seit dem 21.8.2013)
Dr. Patrick Wendisch (Vizepräses)

Mitglieder des Plenums

Annette Bengs
Ludwig Blomeyer
Kay R. Brennecke
Ursula Carl
Matthias Claussen (Vizepräses)
Dr. Günther W. Diekhöner
Jens Dörken
Frank Dreeke (Vizepräses)
Eduard Dubbers-Albrecht (Vizepräses)
Harald Emigholz
Berend Jürgen Erling
Hans Eulenbruch
Christian Freese
Marco Fuchs
Christian von Georg
Imke Goller-Wilberg
Prof. Dr. Dietrich Grashoff
Wiebke Hamm (Vizepräses)
Peter Hoedemaker
Peter Hoffmeyer
Dr. Stephan-Andreas Kaulvers
Andreas Kellermann
Dr. Torsten Köhne
Otto Lamotte (Vizepräses)

Joachim Linnemann (Vizepräses)
Janina Marahrens-Hashagen (Vizepräses)
Martin Marris
Carsten Meyer-Heder
Hasso G. Nauck
Dr. Tim Nesemann
Lutz Oelsner
Detlef Pauls
Lutz H. Peper (Vizepräses)
Simon Reimer
Dr. Dietmar Ringel
Angelika Saacke-Lumper
Ralph Sandstedt
Bernd Schmielau
Peter Schöler (Vizepräses seit dem 21.8.2013)
Michael F. Schütte
Dirk Schwampe
Tilman Sieglin
Michael Vinnen
Heinz-Jürgen Wagner
Christoph Weiss (Präses)
Dr. Patrick Wendisch (Vizepräses)

Geschäftsbereiche Bremen

Ausschüsse und Kommissionen

Finanzausschuss

Vorsitzender: Präses Christoph Weiss

Rechnungsführerin:

Vizepräses Janina Marahrens-Hashagen

Kommission für den Jahresbericht

Vorsitzender: Präses Christoph Weiss

Mittelstandsausschuss

Vorsitzender: Andreas P. Berghöfer

Ausschuss für Industrie,

Umwelt- und Energiefragen

Vorsitzende:

Vizepräses Janina Marahrens-Hashagen

Ausschuss für Informations- technologie, Design und Medien

Vorsitzender: Stefan Messerknecht,

bis März 2013; ab April 2013: Vizepräses

Wiebke Hamm

Außenwirtschaftsausschuss

Vorsitzender: Vizepräses Matthias Claussen

Ausschuss für Häfen,

Verkehr und Logistik

Vorsitzender: Vizepräses Eduard Dubbers-

Albrecht

Ausschuss für Einzelhandel

und verbraucherorientierte

Dienstleistungen

Vorsitzender: Peter Schöler

Ausschuss für Stadtentwicklung

und städtischen Verkehr

Vorsitzender:

Vizepräses Joachim Linnemann

Berufsbildungsausschuss

Vorsitzender: Dr. Paul Benteler

Arbeitskreise

- Arbeitskreis Kultur-Wirtschaft
- ERFA-Kreis Ideenmanagement
- ERFA-Kreis Umwelt, Energie
- ERFA-Kreis Zoll
- Arbeitskreis Gefahrgut
- Arbeitskreis Tourismus
- Arbeitsgruppe Prüfungswesen
- Arbeitsgruppe Ausbildungsberatung
und Eignung der Arbeitsstätte
- Wirtschaftsjuvenen

Hauptgeschäftsführung

Grundsatzfragen der

Wirtschafts- und Finanzpolitik

Dr. Matthias Fonger (I. Syndicus)

I Standortpolitik, Häfen, Verkehr

Verkehrsgewerbe, Schifffahrt und Häfen,

Immobilienwirtschaft

Dr. Andreas Otto (Syndicus)

II Industrie, Innovation und Umwelt

Industrie, produktionsorientierte

Dienstleistungen, IuK-Wirtschaft

Dr. Frank Thoss (ab 1.4.2013)

III International

Groß- und Außenhandel

Volkmar Herr

IV Einzelhandel, Tourismus, Recht

Einzelhandel, Dienstleistungen, Tourismus

Karsten Nowak

V Aus- und Weiterbildung

Karlheinz Heidemeyer

VI Zentrale Dienste

Günther Lübke (Syndicus)

VII Public Relations

Dr. Stefan Offenhäuser (Syndicus)

Ehrenamt der IHK Bremerhaven

Die IHK Bremerhaven ist die Selbstverwaltung der Bremerhavener Wirtschaft. Sie wird von mehr als 6.000 Mitgliedsunternehmen getragen. Aus diesem Kreis engagieren sich mehr als 640 Personen ehrenamtlich in den Arbeitskreisen, Ausschüssen und anderen Gremien der IHK sowie als Prüfer und Sachverständige. Der Vollversammlung gehören Einzelhändler und Inhaber mittelständischer Betriebe ebenso an wie Spitzen der großen Bremerhavener Unternehmen.

Mitglieder des Präsidiums der IHK Bremerhaven

Ingo Kramer (Präsident)
Claus Brüggemann (Vizepräsident)
Hans-Joachim Fiedler (Vizepräsident)
Piet Rothe (Vizepräsident)
Stephan Schulze-Aissen (Vizepräsident)
Hans-Christoph Seewald (Vizepräsident ab dem 16.10.2013)
Dr. jur. Joachim Ditzen-Blanke (Ehrenpräsident)

Mitglieder der Vollversammlung

Jens Assheuer
Holger Bartels (ab 16.10.2013)
Norbert Blank
Claus Brüggemann (Vizepräsident)
Bernhard Cordes (bis 11.12.2013)
Dr. Peter Dahlke
Matthias Ditzen-Blanke
Hans-Joachim Fiedler (Vizepräsident)
Ralf Forner
Heiko Frisch
Jens Grotelüschen
Wolfgang Grube
Carsten J. Haake
Dirk Kassen (bis 1.10.2013)
Andre Kiwitz
Ingo Kramer (Präsident)
Jörn Langfermann
Klaus-Peter Miéville
Ferdinand Möhring
Lutz Natusch
Dr. Götz Pätzold
Thorsten Rönner
Piet Rothe (Vizepräsident)
Nils Schnorrenberger
Michael Schoer
Stephan Schulze-Aissen (Vizepräsident)
Hans-Christoph Seewald (Vizepräsident ab dem 16.10.2013)
Manfred de Vries
Andreas Wencke

Ausschüsse und Arbeitskreise Absatzwirtschaft, Handel, Dienstleistungen

Vorsitzender: Stephan Schulze-Aissen
Berufsbildungsausschuss
Vorsitzende: Ines Karger
Fisch- und Lebensmittelwirtschaftlicher Ausschuss
Vorsitzender: Heiko Frisch
Hafen- und Verkehrsausschuss
Vorsitzender: Ferdinand Möhring
Sachverständigen-Ausschuss
Vorsitzender: Heiko Damken
Tourismus-Ausschuss
Vorsitzender: Martin Seiffert
Arbeitskreis Wirtschaftsstruktur Region Bremerhaven
Arbeitskreis Kultur und Wirtschaft
Arbeitskreis Energie
Sprecher: Axel Siemsen
ERFA-Kreis Gefahrgut
ERFA-Kreis Sicherheitsgewerbe
ERFA-Kreis Umwelt
ERFA-Kreis Zoll- und Außenwirtschaft

Geschäftsbereiche Bremerhaven

Hauptgeschäftsführung

Grundsatzfragen, Standortpolitik, Tourismus, Marketing, Öffentlichkeitsarbeit, Stiftung der Bremerhavener Wirtschaft Michael Stark

Geschäftsbereich I

Aus- und Weiterbildung, Handel, Recht, Existenzgründung und Unternehmensförderung Martin Johannsen

Geschäftsbereich II

International, Industrie, Umwelt/Energie, Förderverein Pro A 20 e. V., Hafenanbindung Bremerhaven e. V. Wilfried Allers

Geschäftsbereich III

Zentrale Dienste Hans-Hermann Witthohn (bis 30.6.2013)

Stellungnahmen

Bremen (Auswahl)

Gegenstand der Stellungnahme

Gemeinsame Stellungnahme der Handelskammer Bremen und der IHK Bremerhaven zum Strukturkonzept Land Bremen 2020
Versicherungssteuer auf Erlöspools in der Schifffahrt
Hafenpaket der EU
IHK Nord-Positionspapier zur Nationalen Maritimen Konferenz
IHK Nord-Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl 2013 / Kapitel 5 „Maritime Wirtschaft und Seehäfen“
Konjunkturumfrage Maritime Wirtschaft Frühjahr 2013
Konjunkturumfrage Maritime Wirtschaft Herbst 2013
Wohnen und Wohnungsbau in Bremen

Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes Bremen
Verkehrsentwicklungsplan Bremen 2025
Bebauungsplan 1288 (ehemalige Bremer Wollkämmerei)
Feldversuch Lang-Lkw

Änderung der Bremischen Hafengebührenordnung
Bebauungsplan 2439 – Änderung des Bebauungsplanes 2300, Bremen-Horn-Lehe zwischen Leher Heerstraße, Lilienthaler Heerstraße und Bundesautobahn A 27
19. Flächennutzungsplanänderung – Neustadt/Obervieland (Autobahneckverbindung A 281, 2. Baustufe; 2. Bauabschnitt)
Busbahnhof Blumenthal „Ständer“
Vorhabenbezogener Bebauungsplan 52 (Verbrauchermarkt Farger Straße)
Rechtsabbieger zum Weserpark am Knotenpunkt Hans-Bredow-Straße/Thalendorststraße an der Zufahrt Weserpark Süd 1
Gleisersatzbaumaßnahme in der Gröpelinger Heerstraße
Erschließung Graubündener Straße
Neubau Schellackstraße

Wilhelm-Kaisen-Brücke/Balgebrückstraße, Radwegfurtbegradigung und barrierefreie Gestaltung auf der Seite Tiefer
46. Änderung des Flächennutzungsplanes Bremen (Gesundheitspark Peenemünder Straße)
Bebauungsplan 2300 (Erschließung Mühlenviertel in Bremen-Horn-Lehe)
Stellungnahme zur Verkehrsdurchsetzung der konturlosen Farbmarke „grün“
Verfahren zur Neuaufstellung des Landschaftsprogramms Bremen – Bereich der Stadtgemeinde Bremen – frühzeitige Beteiligung der Träger öffentlicher Belange
Konjunkturreport zum Jahresbeginn 2013, Frühjahr 2013, Sommer 2013, Herbst 2013

Wirtschaftspolitische Positionen 2014
Anträge auf Gewährung von Investitionszuschüssen an KMU über das Landesinvestitionsförderungsprogramm (LIP)
Stellungnahme zur Tragfähigkeit von Existenzgründungsvorhaben
Stellungnahmen zu Bürgerschaftsanträgen
Stellungnahmen zum Ortsgesetz zur Änderung des Ortsgesetzes über die Entsorgung von Abfällen in der Stadtgemeinde Bremen sowie zum Erlass der Gebührenordnung
Positionspapier „Bürgerföderalismus – Ein Konzept zur Reform des föderalen Finanzausgleich“
Diverse Stellungnahmen zum handelspolitischen Ursprung

gerichtet an

Der Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen

Bundesministerium der Finanzen
EP-Abgeordneter Fleckenstein, IHK Nord
Bundesregierung, Konferenzteilnehmer
IHK Nord
IHK Nord
IHK Nord
Bürgermeister Böhrnsen, Der Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr, Parteien
Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr
Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr
Bauamt Bremen-Nord
Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr, Der Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen
Der Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen
Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr

Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr

Amt für Straßen und Verkehr
Bauamt Bremen-Nord
BPR Beraten Planen Realisieren Dipl.-Ing. Bernd F. Künne & Partner
Bremer Straßenbahn AG
Amt für Straßen und Verkehr
BPR Beraten Planen Realisieren Dipl.-Ing. Bernd F. Künne & Partner
Amt für Straßen und Verkehr

Bauamt Bremen-Nord
M + O Ingenieurgesellschaft für das Bauwesen mbH
DIHK
Senator für Umwelt, Bau und Verkehr

Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, Senatorin für Finanzen, Senatskanzlei, Senat der Bremischen Bürgerschaft
DIHK
Wirtschaftsförderung Bremen

Agentur für Arbeit, Bremen
Bürgerschaftsbank Bremen GmbH
Senator für Umwelt, Bau und Verkehr

Bremer Senat und DIHK
Europäisches Parlament

Stellungnahmen Bremen, Forts.

Stellungnahmen zu den Wirtschaftspolitischen Positionen	DIHK
Stellungnahmen zu den Europapolitischen Positionen	DIHK
Stellungnahmen zur Erteilung der Aufenthaltserlaubnis für eine selbstständige Gewerbeausübung von Ausländern aus Nicht-EU-Staaten	Ausländerbehörde
Stellungnahmen zur Gewährung eines Zuschusses im Rahmen der Richtlinien Messförderung	Wirtschaftsförderung Bremen
Stellungnahmen zu verbindlichen Ursprungsankünften	DIHK

Bremerhaven (Auswahl)

Gegenstand der Stellungnahme

Stellungnahme zu Flächennutzungsplanänderungen und Bebauungsplanentwürfen
Stellungnahmen zur Erteilung von Genehmigungen im Gelegenheitsverkehr mit Taxen
Stellungnahmen zur Erteilung von Genehmigungen von Linienverkehren mit Kraftomnibussen
Stellungnahme zu Anträgen der Gewerbeausübung durch Ausländer
Anträge auf Gewährung von Investitionszuschüssen (GRW)

Stellungnahmen zu Ausfallbürgschaften
Stellungnahme zur Genehmigung von Gemeinschaftslizenzen im Güterkraftverkehr
Stellungnahmen zum Handelsregister
Stellungnahmen zu Anträgen auf Erteilung einer Erlaubnis nach § 34 c der Gewerbeordnung
Stellungnahmen zu Anträgen auf Ausstellung von Unbedenklichkeitsbescheinigungen für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen
Gewährung eines Zuschusses zur Förderung der Außenwirtschaft

Stellungnahme zum Bremischen Gesetz über die Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen
Stellungnahme zum Erlass einer Naturschutzgebietsverordnung „Luneplate“
in der Stadtgemeinde Bremerhaven

Erlass einer Verordnung zur Änderung der Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Rohniederung“ in der Gemarkung Wulsdorf der Stadtgemeinde Bremerhaven in Zusammenhang mit den im parallelen Verfahren befindlichen Bauleitplänen (13. Flächennutzungsplanänderung sowie Bebauungsplan Nr. 444) im südlichen Stadtgebiet Bremerhavens

Festsetzung eines Wasserschutzgebietes für das Wasserwerk Wulsdorf gemäß § 51 des Wasserhaushaltsgesetzes

Einführung der getrennten Kanalbenutzungsgebühr

Wasserrechtliche Planfeststellungsverfahren für den Neubau eines Offshore-Terminals in Bremerhave,

Antrag auf Erteilung eines wasserrechtlichen Planfeststellungsbeschlusses

IHK-Studie „Die Wasserentnahmeentgelte der Länder – Ein Vergleich“

Szenariorahmen für den Netzentwicklungsplan Strom 2014 NEP und

Offshore-Netzentwicklungsplan O-NEP

Verordnung über Sicherheit und Gesundheitsschutz bei der Verwendung von Arbeitsmitteln und dem Betrieb von Anlagen (Arbeitsmittel- und Anlagensicherheitsverordnung – ArbmittV)

Umfrage Gewerbliche Sammlungen, §§ 17 u. 18 KrWG – Termin 1.3.2013

IHK Energiewende-Barometer

Entwurf Verordnung des BMWi zur Anerkennung von Managementsystemen als Voraussetzung für Entlastungen von der Strom-/Energiesteuer

Positionspapier des Unternehmerkuratoriums Energie

Monitoring-Umfrage-Ergebnisse für Norddeutschland (IHK-Nord-Region)

IHK Nord Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl 2013/ Kapitel 7: Energiepolitik

DIHK-Positionspapier Strommarktordnung

gerichtet an

Stadtplanungsamt Bremerhaven
Bürger- und Ordnungsamt Bremerhaven
Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr
Bürger- und Ordnungsamt Bremerhaven
BIS Bremerhavener Gesellschaft für Investitionsförderung und Stadtentwicklung mbH
Bürgerschaftsbank Bremen GmbH
Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr
Amtsgericht Bremen
Bürger- und Ordnungsamt Bremerhaven
Jobcenter Bremerhaven

BIS Bremerhavener Gesellschaft für Investitionsförderung und Stadtentwicklung mbH
Die Senatorin für Bildung und Wissenschaft
Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr

Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr

Amt Wasser- und Abfallwirtschaft Cuxhaven

Magistrat der Stadt Bremerhaven

Senator für Umwelt, Bau und Verkehr

IHK-Pfalz

DIHK

DIHK

DIHK

DIHK

DIHK
IHK Nord

IHK Nord

IHK Nord

DIHK

Impressum

Herausgeber Handelskammer Bremen
Am Markt 13
28195 Bremen
Telefon 0421 3637-0
www.handelskammer-bremen.de
service@handelskammer-bremen.de

Industrie- und Handelskammer Bremerhaven
Friedrich-Ebert-Str. 6
27570 Bremerhaven
Telefon 0471 92460-0
Fax 0471 92460-90
www.bremerhaven.ihk.de
info@bremerhaven.ihk.de

Redaktion Dr. Stefan Offenhäuser

Grafik, Realisation presse,contor Dr. Christine Backhaus

Fotonachweis Frank Pusch, Jörg Sarbach, Helmut Gross,
Antje Schimanke, Peter Adamik, Deutsche
Telekom Stiftung, datev, B.E.G.IN, Jacobs University
Bremen, DB AG, Jan Rathke/Messe Bremen,
Pitopia, Flughafen Bremen, Matthias Haase/
Übersee-Museum

Druck Druckerei Asendorf

Januar 2014

www.handelskammer-bremen.de

www.bremerhaven.ihk.de